

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 2.21

Klimaangepasstes Superfood _ 30

Masterplan Jugend _ 36

Mobilität in Deutschland _ 40



Klimawandel: Zeit, sich anzupassen

Inhalt



Seite 30 __
Klimaangepasstes Superfood



Seite 36 __
Masterplan Jugend



Seite 40 __
Mobilität in Deutschland

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** __ Deutsches Projekt gewinnt in Brüssel
- 05** __ Kooperationsgesuch
- 05** __ DVS-Planspiele für die Schule

DAS WAR

- 06** __ Bundesweites LEADER-Treffen
- 06** __ Online-Beteiligung
- 07** __ Tagung „ELER und Umwelt“
- 07** __ Farminar „Stallbau und Tierwohl“

DAS WAR / DAS KOMMT

- 08** __ Workshop-Reihe zur Dorf- und Regionalentwicklung

DAS KOMMT

- 09** __ Workshop „Gleichberechtigte Teilhabe der Jugend“
- 09** __ Workshop-Reihe zu „Farm to Fork“

Im Fokus

10 __ INTRO

EINLEITUNG

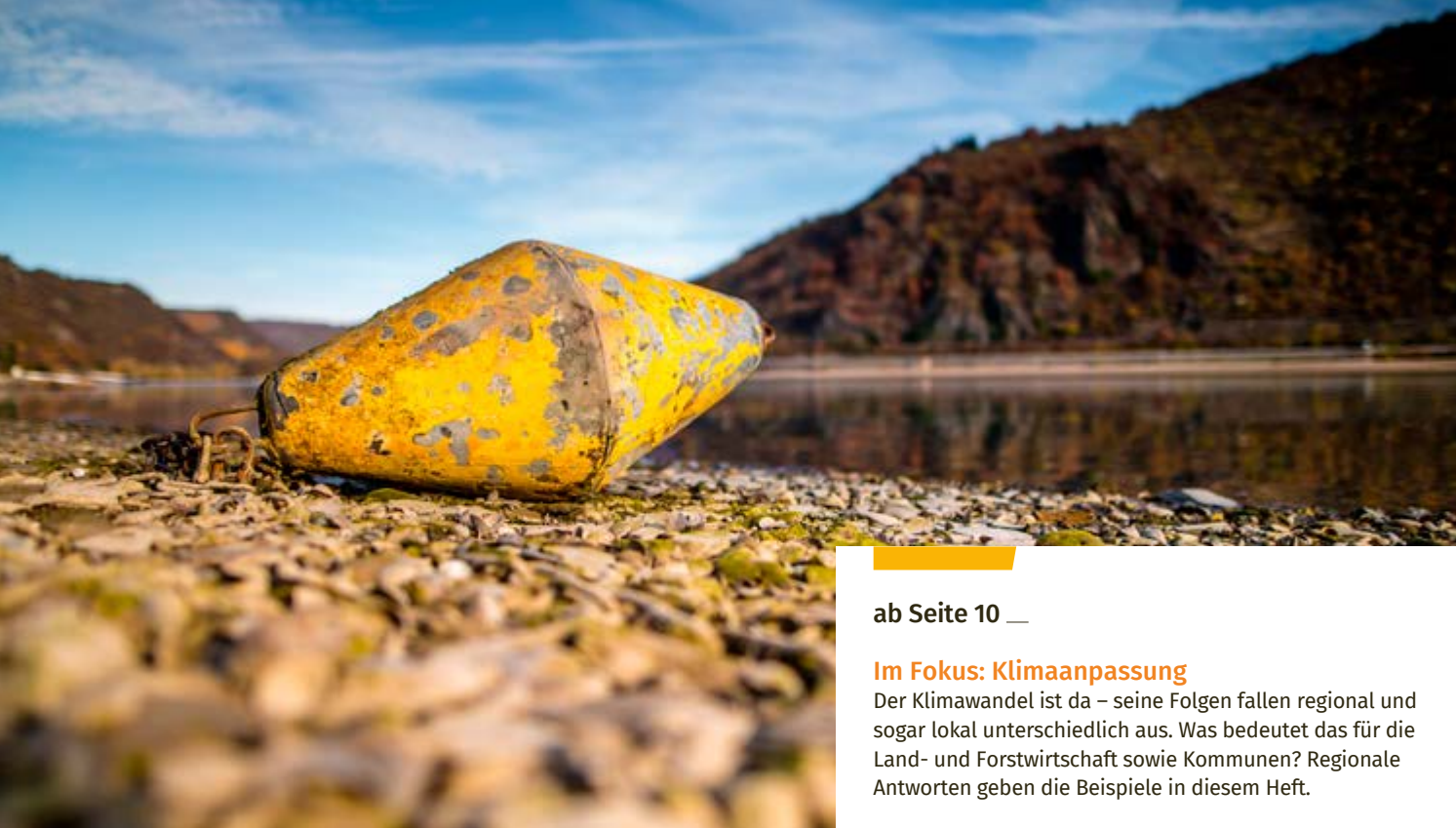
- 12** __ Anpassung an die Klimafolgen jetzt beginnen
- 14** __ Was brauchen kleine Gemeinden?
- 15** __ Ein Thema für LEADER? – Interview

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

- 16** __ Wie sich die Landwirtschaft anpassen kann
- 18** __ Wasser ernten
- 19** __ Klimaresistente Pflanzen – Interview
- 20** __ Wald mit Zukunft
- 22** __ Klimaresistenter kleiner Wald? – Interview

KOMMUNEN

- 23** __ In der Bauleitplanung mitdenken
- 24** __ Neue Wege für das Wasser
- 26** __ Die Wattenmeerküste schützen
- 28** __ Anpassung in sieben Schritten
- 29** __ Brauchen Kommunen mehr Konzept? – Interview



ab Seite 10 —

Im Fokus: Klimaanpassung

Der Klimawandel ist da – seine Folgen fallen regional und sogar lokal unterschiedlich aus. Was bedeutet das für die Land- und Forstwirtschaft sowie Kommunen? Regionale Antworten geben die Beispiele in diesem Heft.

Aus der Praxis

30 — Eine Kostprobe Zukunft

Ein Projekt aus Sachsen-Anhalt will die Landwirtschaft für die Folgen des Klimawandels wappnen. Dafür setzt das Team auf neue Pflanzen, innovative Anbausysteme – und die Erschließung eines Marktes für pflanzenbasierte Ernährung aus der Region.

32 — Medien im Kindergarten

34 — Gärten als Treffpunkte

Prozesse und Methoden

36 — Jugend gestaltet mit

„Nichts für uns ohne uns“: Mit diesem Credo ist der Masterplan Jugend im Werra-Meißner-Kreis entstanden. Darin haben Jugendliche aus der Region Themen bestimmt, die ihnen für ihr Leben vor Ort wichtig sind.

Forschung trifft Praxis

38 — Potenziale migrantischer Unternehmen

Perspektiven

BILDUNG & FORSCHUNG

40 — Wie die Verkehrswende gelingen kann

Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Damit der ländliche Verkehrssektor seinen Beitrag dazu leistet, muss sich im öffentlichen Personennahverkehr einiges tun.

42 — Blühende Mosaik schaffen Vielfalt

POLITIK & GESELLSCHAFT

44 — Wie fördert man ein Mosaik? – Interview

46 — Mit AKIS ungenutztes Potenzial nutzen

PARTNER & EXPERTEN

48 — Agrarprodukte von morgen – Interview

49 — Die Position – ein Gastkommentar

49 — Leserbrief

Service

50 — ANGELESEN

51 — ANGEKÜNDIGT

52 — TERMINE



Liebe Leserinnen und Leser,

das Nachrichtenportal Der Spiegel hat eine eigene Rubrik zur Klimakrise mit Artikeln wie „Bundesamt warnt vor Trinkwasserknappheit in Deutschland“ oder „Erdsystemforscher warnt vor neuer Heißzeit“. Viel Stoff in kurzer Folge, mit Aussagen, die durchaus bedrohlich wirken können.

In den vergangenen drei Jahren haben wir alle persönlich erfahren, was Sommer-temperaturen von zwei Grad und mehr über dem langjährigen Mittel bedeuten. „Wir müssen uns in den deutschen Mittelgebirgslagen auf ein Weinbauklima einstellen“, sagt ein Interviewpartner in diesem Heft. Klimagase zu vermeiden, bleibt wichtig, reicht aber nicht. Parallel dazu geht es um die Anpassung an heißere Zeiten – auch über den Hitzeknigge des Umweltbundesamts hinaus.

Die mit weitem Blick 2008 entwickelte Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel benennt 15 Handlungsbereiche. Sie hilft, Länder- und Bundesindikatoren zu synchronisieren sowie Monitoringergebnisse vergleichbarer zu machen. Modellprojekte wurden gestartet, Leitfäden für Klimawirkungs- und Vulnerabilitätsanalysen veröffentlicht. Trotzdem haben inzwischen über 70 deutsche Kommunen den Klimanotstand ausgerufen: Neben vielen Großstädten auch einige kleine Orte im ländlichen Raum. Sie können von den Prozessen lernen, die große Städte bei der Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen nutzen. Die jeweils wichtigen klimasensiblen Bereiche in Region, Stadt oder Dorf zu ermitteln, ist sicher die Basis. Gleichzeitig müssen neben Verwaltung und Wirtschaft auch die Menschen, die dort wohnen, mitgenommen werden, Zuständigkeiten, Ansprechpartner und, nicht zuletzt, die Finanzierung klar sein.

Wenn man sieht, wie groß der Widerstand gegen das Landschaftsbild beeinflussende Windräder ist, stellt sich die Frage, was helfen kann, die Menschen für die sehr wahrscheinlich stärker spürbaren Einflüsse der Anpassung zu gewinnen. Gerade beim Flutmanagement kann es da auch mal um private Grundstücke gehen.

Sicher ist es hilfreich, die Wirkung von Klimaänderungen zu visualisieren, die Risiken und Anpassungsmöglichkeiten in die Öffentlichkeit zu kommunizieren und dann auch Maßnahmen umzusetzen. Viele Akteure sind hier gefragt, und die Regionalentwicklung kann dazu beitragen. Wer aber noch? Die Verfahren sind komplex, teuer und es gibt keine verpflichtende gesetzliche Basis, auf der beispielsweise Personal angestellt und Ausrüstung beschafft werden könnte. Es ist also noch einiges zu tun.

In diesem Heft finden Sie dazu einige Projekte und Hilfestellungen. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche
Räume (DVS),
Redaktion: Anja Rath, Andrea Birrenbach,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Sophia Neuhoff, Isabella Mahler,
neues handeln AG

Titelbild: Klaus-Dietmar Gabbert /
picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild

Rückseite: petert2 / stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3435
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medienservice.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die
Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung
übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine
Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort,
Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der
Quelle und Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen. Deshalb
investieren wir Zeit und Mühe, um die Texte
diskriminierungsfrei zu gestalten. Wir wenden dabei die Regeln
der deutschen Sprache an.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im
Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige
Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Camilla Bentkamp: cbe, Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf,
Isabell Friess: isf, Stefan Kämper: stk, Moritz Kirchesch: mok,
Felix Kupfernagel: fku, Irene Lange: ila, Isabella Mahler: ima,
Sophia Neuhoff: sne, Dagmar Nitsch: dan, Anja Rath: arh, Bettina Rocha:
ber, Tim Schneider: tsr, Susanne Schniete: sus, Jan Swoboda: jas,
Anke Wehmeyer: awr

Für das Netzwerk

Deutsches Projekt gewinnt in Brüssel

EU-Agrar-Kommissar Janusz Wojciechowski zeichnet „Die HofladenBOX“ bei den Rural Inspiration Awards 2021 aus.



Das regionale Online-Handel-Projekt „Die HofladenBOX“ der fränkischen LEADER-Region Landkreis Fürth e. V. hat den Rural Inspiration Award in der Kategorie „Digital Future“ gewonnen. „Das Projekt hat einen Nutzen und inspirierenden Wert über das Modell der kurzen Wertschöpfungsketten hinaus: Es verbindet Landwirte direkt mit Konsumenten“, begründete David Lamb vom Europäischen Netzwerk für den Ländlichen Raum (ENRD) die Jury-Entscheidung bei der Online-Preisverleihung am 25. März. Positiv habe sich zudem ausgewirkt, dass das Projekt von zwei Frauen initiiert wurde.

Die Rural Inspiration Awards wurden vom ENRD in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in fünf Kategorien vergeben. 125 Projekte aus 22 EU-Mitgliedstaaten hatten sich dafür beworben. [ima]

Ausgezeichnete
Gründerinnen:
Birgit Wegner und
Mareike Schalk



SERVICE:
Informationen zu Preisträgern und Finalisten unter:
<https://enrd.ec.europa.eu/news-events/events/rural-inspiration-awards/>

DVS-Planspiele für die Schule

Vor einiger Zeit hat die DVS ein Planspiel entwickelt: Interessierte können damit in verschiedene Rollen schlüpfen und ausprobieren, wie es sich anfühlt, als unterschiedlich Betroffene gemeinsam an einem konkreten Thema der ländlichen Entwicklung zu arbeiten. Eine Spielanleitung stellt die Methode vor und enthält praktische Tipps für die Umsetzung. Nun gibt es zwei weitere: Damit können Schulen spielerisch Themen, die vor Ort für junge Menschen relevant sind, aufgreifen. Ein Ziel dabei ist, die Problemlösungskompetenz der Schüler zu fördern.

Die neue Broschüre „DVS-Planspiel Schule“ richtet sich an Lehrkräfte der Sekundarstufen eins und zwei. Sie erläutert die Phasen des Spiels von der

Einführung über die Rollenverteilung und Gruppenarbeit bis zur abschließenden „Konferenz“. Sie erläutert, wie sich die Methode in schulische Abläufe integrieren lässt und welche Aufgaben die Lehrer dabei übernehmen. Die Broschüre gibt Impulse für Fragestellungen – die DVS bietet auf Anfrage auch vorbereitete Arbeitspakete zu bestimmten Themen an.

Wie das aussehen kann, zeigt die zweite neue Spielanleitung „Mobil sein als Schüler – aber wie?“. Sie entwirft anhand einer fiktiven ländlichen Gemeinde ein konkretes Szenario mit offenen Fragen zum Schülerverkehr und definiert mögliche Rollenprofile für die Auseinandersetzung. Dazu gibt es Arbeitsmaterialien und konkrete Aufträge. [arh]



SERVICE:
Beide Broschüren sind als kostenlose Downloads im BLE-Medienservice erhältlich:
www.ble-medienservice.de >
Suche: Planspiel

KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de



Kooperationsgesuch

Regionale Küche promoten

Unter dem Titel „Our Flavours“ sucht die polnische Lokale Aktionsgruppe Ostrzeszów europäische Partner, um sich über traditionelle Küche auszutauschen. Dazu sollen insbesondere Online-Cooking-Formate beitragen. [arh]

KONTAKT:
Izabela Cichoń
Lokale Aktionsgruppe Ostrzeszów
Telefon: +48 667 777024
olgd@olgd.org.pl
www.olgd.org.pl

KOOPERATIONSGESUCH:
<https://enrd.ec.europa.eu> >
Suche: our flavours





Aus dem Studio: Anke Wehmeyer und Stefan Kämper moderierten das diesjährige LEADER-Treffen, das via Livestream übertragen wurde.

Das war



Online-Beteiligung sinnvoll einsetzen

Aus der Krise in eine neue Förderperiode

Beim diesjährigen bundesweiten LEADER-Treffen der DVS war alles anders: Aus einem Studio in Köln moderiert, fand es als Online-Konferenz mit Livestream statt. Rund 340 Teilnehmer waren dabei und auch eine „rasende Reporterin“ schaltete sich live dazu.

Ganz im Zeichen technischer Neuerungen bei der DVS begann die Online-Veranstaltung inklusive Livestream am 20. April in der Eifel: Isabell Friess begrüßte die Zuschauer als Außenreporterin aus der LEADER-Region mit einem Drohnenflug über den Naturpark. Während der beiden Veranstaltungstage gab es immer wieder Schalten zu ihr und den Stationen im Mittelgebirge: zu Mitfahrbänken, zur „Geno Eifel“, zum „Na-Türlich Dorf“ und zum Trekkingnetzwerk Eifel. Anke Wehmeyer und Stefan Kämper moderierten aus einem Studio in Köln die Online-Arbeitsgruppen und Diskussionen. Verschiedene Vortragende gaben dafür Impulse.

Den ersten setzte der Zukunftsforscher Daniel Dettling mit seinem Vortrag „Das Land neu denken!“. Er prognostizierte eine progressive Provinz: Da das Leben zunehmend dezentral organisiert werde – was zahlreiche digitale Konzepte bereits zeigten –, verschmelzen die Grenzen von Stadt und Land. Der Futurologe schloss: „Lasst uns die Region größer denken!“ Den Förderrahmen dafür

bildet die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): Sie wird weiterhin der größte EU-Haushaltsposten bleiben, wenngleich die LEADER-Mittel gekürzt werden. Was sich voraussichtlich noch ändert, stellte der für LEADER zuständige Frank Bartelt vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung vor.

Im Anschluss an die zweitägige Konferenz gaben einige Teilnehmende positives Feedback: „Es ist toll, wie ihr auch in Corona-Zeiten solche Veranstaltungen auf die Beine stellt.“ Obwohl das digitale Format Herausforderungen barg, gab es dafür Lob: „Auch wenn die Technik hier und da mal nicht funktionierte, war das überhaupt nicht schlimm.“ Einige Zuschauer und Teilnehmende deuteten an, sich bei künftigen eigenen Veranstaltungen des hybriden Konzepts oder einer professionellen Technik bedienen zu wollen: „Den Umgang mit der Technik müssen wir alle lernen, daher freue ich mich über jede Gelegenheit, mich damit mehr und mehr vertraut machen zu können, mir die Anwendungen anzueignen und zu üben.“ [fku]

Die ersten Regionen in Deutschland starten mit dem Beteiligungsprozess für die Gestaltung der neuen Lokalen Entwicklungskonzepte (LES). Die meisten möchten dabei vor allem auf Präsenzveranstaltungen setzen, wie bei insgesamt fünf Durchläufen der DVS-Reihe zu Online-Schulungen deutlich wurde. Dennoch bilden Online-Formate eine sinnvolle Ergänzung, denn sie sprechen Akteure, die sich online zu Hause fühlen, an. Lange Fahrtwege bleiben den Teilnehmenden erspart, spontane Abfragen und unterschiedliche Formate sind möglich.

Zu den Werkzeugen, die die Regionen dafür benötigen, gehören ein stabiles und funktionales Videokonferenzsystem, ein Abfragetool und ein digitales Whiteboard, um Ideen oder Feedbacks zeitnah sammeln und online präsentieren zu können. Ein Online-Portal zur Beteiligung ist eine gute Ergänzung, bedarf aber zusätzlichen Knowhows. Welches Tool für wen das richtige ist, ist Geschmackssache. Zudem sind die Angebote vielfältig und in ständiger Veränderung. Dementsprechend fiel der abschließende Tipp an die Teilnehmenden aus: ausprobieren, welches Tool am einfachsten erscheint und die nötigen Funktionen bietet. [awr]



SERVICE:
Die Dokumentation zur Veranstaltung ist online unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen

KONTAKT:
Anke Wehmeyer, DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de



KONTAKT:
Anke Wehmeyer, DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de

Das war

Wie grün wird der ELER?

Wird in der künftigen Agrarpolitik mehr Umwelt- und Naturschutz möglich? Darüber diskutierten über 400 Teilnehmende bei der Online-Tagung „ELER und Umwelt“ Anfang März 2021.



Möglichkeiten zum Austausch über die neue Förderperiode und die Potenziale der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Umwelt- und Naturschutz boten acht Workshops: Sie wurden von Verbänden und Vereinen aus dem DVS-Netzwerk, die die Veranstaltung mitorganisierten, zu unterschiedlichen Themen angeboten. Dabei kamen die Bewirtschaftung von Moorböden, der Waldumbau in Zeiten des Klimawandels, Grünlandschutz, Landverpachtung nach Gemeinwohlaspekten und ein unbürokratisches Punktemodell zur Umsetzung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) sowie neue Fördermöglichkeiten zur Sprache. Ebenfalls im Fokus stand, wie Ökosystemleistungen zukünftig honoriert und kooperative Modelle zur Umsetzung von regionalem Agrarumweltschutz eingesetzt werden können. Beiträge aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis bildeten die Grundlage für die Diskussionen.

Ansätze aufeinander abstimmen

Maßnahmen, die sich für Natur und Umwelt als erfolgreich erwiesen haben, sind insbesondere der Vertragsnaturschutz und eingriffsintensive Maßnahmen der Agrarumweltprogramme aus der zweiten Säule der GAP. Zukünftig sollen sie durch Ökoregelungen in der ersten Säule ergänzt werden. Entscheidend ist, ob beide Säulen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden, so ein Fazit der Diskussionen. Die Teilnehmenden

hielten kooperative Ansätze und eine kollektive Umsetzung von AUKM in einem regionalen Kontext für besonders vielversprechend. Wichtig ist ihnen außerdem, dass Landwirte für die Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz von Natur und Umwelt angemessen honoriert werden.

Jetzt gilt es, nicht nur diese neuen Ansätze in den nationalen GAP-Strategieplan einzubinden, sondern auch die bestehenden und wirksamen Maßnahmen zukünftig mit ausreichend Mitteln auszustatten. Deutlich wurde jedoch, dass es neben der GAP weitere Finanzierungsinstrumente braucht, um Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem Wunsch nach mehr Tierwohl und den wachsenden Biodiversitätsverlusten zu begegnen. [sus/cbe]



SERVICE:

Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eler-umwelt

KONTAKT:

Susanne Schniete und
Camilla Bentkamp, DVS
Telefon: 0228 6845-2675, -2770
susanne.schniete@ble.de
camilla.bentkamp@ble.de



Nah an der Kuh beim Filmdreh auf dem Hof Mann: Azubi Jasper Landahl vom medienWERK – Studio für Kommunikation und Film im Werra-Meißner-Kreis

Stallbau für mehr Tierwohl

Über einen Hofladen und ein Hofcafé vermarktet der Milchviehbetrieb Mann aus Steinbeck in Mecklenburg-Vorpommern seine Produkte. Derzeit bauen die Betriebsleiter Rainer und Christian Mann einen neuen Kuhstall für mehr Tierwohl. Davon erzählen sie in einem Kurzfilm: Dieses Betriebsporträt war Teil des Online-Farminars „Stallbau und Tierwohl“, das die DVS Ende März gemeinsam mit dem Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) durchführte. Rund 100 Fachkundige aus Beratungsinstitutionen, Agrarverwaltung, Interessenverbänden und der Landwirtschaft nahmen teil.

Ein zweites Betriebsporträt von Gut Dummerstorf in Mecklenburg-Vorpommern zeigte, wie sich Klimaschutz im Kuhstall umsetzen lässt. Ein neuer Boden trennt zunächst Kot und Harn, wodurch Ammoniak-Emissionen reduziert werden.

Ergänzt wurden die Betriebsporträts durch Vorträge, etwa zum Immissionsschutz. Die Teilnehmenden diskutierten im Anschluss über den politischen und rechtlichen Handlungsbedarf für mehr Tierwohl. [ber]



SERVICE:

Weitere Informationen unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/stallbau-tierwohl

KONTAKT:

Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de

Das war / das kommt



Digibus im Testeinsatz: Der autonom fahrende Kleinbus beförderte die Nutzer einer Buslinie von der Haltestelle ins Ortszentrum der Salzburger Gemeinde Koppl.

„Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri).

Julia Soriat-Castrillón von der österreichischen LEADER-Region Fuschlsee Mondsee-land stellte das Projekt „FUMOBil“ vor, das 2015 startete, um die Mobilität in der Region nachhaltiger zu gestalten. Seitdem sind für alle Gemeinden Masterpläne mit Analysen und Empfehlungen, beispielsweise für Rufbushaltestellen und Verkehrsflussregelungen, entstanden. Folgeprojekte wie Aktionstage zum Testen von E-Bikes, -Scootern, und -Mopeds für Jugendliche, der Demobetrieb eines autonom fahrenden Kleinbusses oder der Ausbau der E-Lade- und Carsharing-Stationen sollen die Bevölkerung für die nachhaltige Verkehrswende begeistern. LEADER eigne sich gut dafür, Mobilitätsprojekte zu initiieren, so Soriat-Castrillón: „Für das Mobilitätsmanagement ist der Regionsbezug von LEADER sehr wichtig. Bei den Netzwerkpartnerschaften sind wir bei LEADER am besten aufgestellt.“

Grüner mit LEADER

Wie können sich LEADER-Regionen nach dem Green-Deal-Leitbild der Europäischen Union künftig klima- und umweltfreundlicher aufstellen? Im ersten Online-Workshop der DVS-Reihe „Aktuelle Themen der Dorf- und Regionalentwicklung“ stellten LEADER-Aktive rund 250 Teilnehmenden erfolgreiche Ansätze vor.

Die EU will Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Viele LEADER-Regionen nehmen diesen „Green Deal“ auch in Bezug auf die Regionalentwicklung sehr ernst: Einer Umfrage der DVS unter LAG-Vorständen und -Managements zufolge soll er bei knapp 80 Prozent der Regionen in der Lokalen Entwicklungsstrategie für die kommende Förderperiode eine Rolle spielen.

Ideen dazu, wie sich Regionen grüner aufstellen können, brachte Michael Fischer vom österreichischen LEADER-Netzwerk „Zukunftsraum Land“ in den Online-Workshop mit: „Sie sollten Menschen mit einer Affinität zu grü-

nen Themen in ihre LAG-Gremien holen und für die Zusammenarbeit Akteure begeistern, die entsprechende Projekte umsetzen können.“ Auch über Projektauswahlkriterien oder eine Nachhaltigkeitsberatung von Projektträgern könnten sich Regionen umweltfreundlicher ausrichten. Er empfahl LAGs, selbst Leuchtturm-Projekte zu verwirklichen und so in der Region wichtige Akzente zu setzen.

Aktive aus LEADER-Managements und Regionalentwicklung berichteten zudem über ihre Erfahrungen mit grünen Themen wie Bioökonomie, Energiemanagement, Klima- und Naturschutz und der Zusammenarbeit mit der Europäischen Innovationspartnerschaft

Im Münsterland hat ein Kooperationsprojekt mehrerer LEADER-Regionen dazu beigetragen, die regionale Wertschöpfung bei Bio-Lebensmitteln zu stärken: Es unterstützte die Gründung der Bürgeraktiengesellschaft „Regionalwert AG“. Über 100 Aktionäre haben bislang rund 600 000 Euro in landwirtschaftliche Betriebe der Region investiert. „Das war eine unerwartet gute Resonanz“, so Carsten Rech, LEADER-Manager der Region Steinfurter Land. „Der Ansatz ist gut übertragbar.“

Der nächste DVS-Workshop aus der Reihe soll sich um digitale Dörfer und Regionen drehen und ist für den 21. Juni 2021 geplant. [ima]



SERVICE:

Dokumentation unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-greendeal

KONTAKT:

Isabella Mahler, DVS
Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de

Das kommt

Gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen

Workshop der DVS in Kooperation mit „Kinder stärken e. V.“ auf dem „ÜBERLAND Festival“ am 11. September 2021 in Görlitz



Für Jugendliche sind Freizeitangebote von großer Bedeutung: etwa Musik und Sport im Verein oder Treffen in Jugendclubs. Doch ist das wirklich alles? Brauchen sie nicht auch die Möglichkeit und die Freiheit, ihre Zeit selbst zu organisieren?

In der Jugendarbeit und in der Regionalentwicklung werden junge Menschen zu selten als Aktive wahrgenommen. Vielmehr überlegen sich Erwachsene Projekte und Angebote für sie.

Junge sich selbst entfalten lassen

Mit unserem Workshop möchten wir zeigen, wie es gelingen kann, Ermöglichungskulturen auf dem Land zu entwickeln, die junge Engagierte unterstützen, ihre eigenen Ideen zu verwirklichen. Wir möchten zeigen, dass junge Menschen selbst aktiv sind. Regionalentwicklungsprozesse brauchen Themen und Formate, die Jugendliche bewegen und die sie eigenverantwortlich gestalten können.

Bei unserem Workshop laden wir junge Menschen ein, uns zu erzählen, was Regionalentwickler anders machen können. Was hilft der Jugend, ihre Ideen umzusetzen? Was stört? Und was muss sich ändern?

Wie gelingt es, junge Aktive in Netzwerke zu integrieren? All diese Fragen möchten wir mit Teilnehmenden jedweden Alters und jungen Referierenden diskutieren.

Der Workshop ist Teil des „Überland Festivals für Akteure“. Es lädt zum Austausch von Menschen ein, die das Landleben neugestalten, und bietet Raum für ein gemeinsames Nachdenken über gesellschaftspolitische Fragestellungen im Großen und Kleinen. Die Veranstaltung vom 10. bis 12. September ist eingebunden in die besondere Festival-Atmosphäre im Kühlhaus Görlitz (siehe dazu auch Seite 51). [isf/stk]



SERVICE:
Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicherraum.de/jugend
www.landlebtdoch.de/ueberland-festival

KONTAKT:
Isabell Friess und Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3459, -3722
isabell.friess@ble.de
stefan.kaemper@ble.de

Workshop-Reihe zu „Farm to Fork“

Wir suchen Praxisbeispiele zu Biodiversität in der Wertschöpfungskette für den ersten Veranstaltungstermin im September.



Die Europäische Kommission will mehr Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz: Dabei zielt ihre übersetzt „vom Hof auf den Teller“ lautende Strategie auf die gesamte Prozesskette von Lebensmitteln. Sie berücksichtigt also auch die vor- und nachgelagerten Bereiche wie Produktion und Handel.

Diesen Ansatz greift die DVS mit drei Veranstaltungen auf. Wir thematisieren die biologische Vielfalt, den Klimawandel und die (Re-)Regionalisierung der Vermarktungsstrukturen. In jedem Workshop stellen wir Best-Practice-Beispiele aus Landwirtschaft und Produktion vor, die zeigen, wie nachhaltige Prozessketten aussehen können.

Im ersten Workshop im September 2021 möchten wir der Frage nachgehen, wie die Lebensmittelproduktion Biodiversitätsziele erfüllen kann. Unsere Beispiele sollen zeigen, dass Landwirte die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft erhöhen können, indem sie vielfältige Kulturen und Tierarten in ihre Bewirtschaftung einbeziehen. Doch wie kann es gelingen, Produktionsstandards zur Förderung der Biodiversität in der Lebensmittelkette zu etablieren und die Bewirtschaftenden dafür angemessen zu honorieren?

Sie kennen gute Beispiele aus der Praxis? Wir freuen uns über Ihren Input! [sus/cbe]



KONTAKT:
Susanne Schniete und Camilla Bentkamp, DVS
Telefon: 0228 6845-2675, -2770
susanne.schniete@ble.de
camilla.bentkamp@ble.de

IM FOKUS

Klimawandel: Zeit, sich anzupassen

Der Klimawandel ist da – seine Folgen fallen regional und sogar lokal unterschiedlich aus. Nichtsdestotrotz müssen wir uns in Deutschland über kurz oder lang alle über Anpassungen Gedanken machen, darüber sind sich unsere Autoren einig. Was bedeutet das für die Land- und Forstwirtschaft sowie Kommunen? Regionale Antworten geben die Beispiele in diesem Heft.



Anpassung an die Klimafolgen jetzt beginnen



Die Folgen des Klimawandels werden mit Starkregen, Hitze- und Dürreperioden immer deutlicher. Wie können ländliche Regionen darauf reagieren und welche Unterstützung erhalten sie?

[VON ANDREAS VETTER, LAURA DALITZ,
VALENTIN MEILINGER UND PETRA VAN RÜTH]

Wetterkapriolen oder Klimawandel? Diese Frage stellen wir uns, wenn früh im Jahr sommerliche Temperaturen auftreten oder wir Blüten entdecken, mit denen wir eigentlich erst Wochen später rechnen. Oft ist die Freude von der Sorge begleitet, ob Spätfröste die Ernten schmälern werden.

Was sich ändert

Der Monitoringbericht im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) verfolgt mit ausgewählten Zeitreihen die klimatischen Veränderungen. Der zweite Bericht wurde im November 2019 veröffentlicht. Die Zeitreihen zeigen: Der Klimawandel ist da. Sichtbar ist er zuallererst in der Natur; die Jahreszeiten haben sich verschoben. In Deutschland tritt der Frühling heute früher ein als vor 70 Jahren, das zeigt das Wachstum von Wildpflanzen und landwirtschaftlichen Kulturen. Die Winter sind kürzer, Kälteperioden seltener. Auch bei der Ressource Wasser gibt es Trends: im Grundwasser zu niedrigeren Pegelständen, in Fließgewässern zu geringeren Abflüssen während des Sommers. In manchen Regionen fallen die Wasserspiegel der Seen dramatisch. Die Bodenwassergehalte gehen bundesweit zurück. Sommer- und Hitzetage haben deutlich zugenommen und die Jahresmitteltemperatur in Deutschland ist im Zeitraum zwischen 1881 und 2019 um 1,6 Grad Celsius gestiegen.

All dies wirkt sich auf fast alle Lebensbereiche der Menschen aus. Es gilt, sich anzupassen, um Schäden zu vermeiden. So ersetzen Forstwirte trockenheitsempfindliche und sturmgefährdete Fichtenmonokulturen durch Mischwälder; Landwirte passen Aussaat- und Ernterhythmen an und nutzen vielfältigere und trockenheitsresistentere Sorten; mehr sommerlicher Wärmeschutz für Nutztiere wird nötig; Winzer setzen vermehrt auf wärmeliebende Rotweinsorten.

Schutz und Anpassung gehören zusammen

In den trockenen Sommern der vergangenen Jahre traten häufiger Starkregenfälle auf, die aber die Wasservorräte nicht auffüllten. Weil ausgetrocknete Böden kaum Wasser aufnehmen, wurde öfter wertvoller Oberboden abgeschwemmt. Die Dürren der vergangenen Jahre machen deutlich, dass wir einen anderen Umgang mit den beschränkter werdenden Wasserressourcen entwickeln müssen. Es ist nötig, Niederschläge in der Landschaft zu halten und zielgerichteter und effizienter zu nutzen.

Anpassung an den Klimawandel bedeutet eine nachhaltige Veränderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise – und sie ist bereits jetzt nötig. Dringlich bleibt ein umfassender Klimaschutz, also die Verringerung

der Emission von Treibhausgasen, um die Erwärmung aufzuhalten. Daher sollten beim Thema Klima die Anpassung und der Schutz zusammen gedacht werden.

Neben der DAS auf Bundesebene liegen in den Ländern Strategien und Maßnahmenpläne vor, die die Akteure bei der Anpassung an den Klimawandel befähigen und unterstützen sollen. Die Maßnahmen zum Umgang mit den Klimafolgen sollten absehbare Veränderungen und Szenarien einbeziehen und eine nachhaltige Entwicklung fördern. Dabei sind naturbasierte Lösungen besonders wichtig: Eine Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zeigt auf, dass diese meist positiver abschneiden als rein technische Lösungen, wenn die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt in den Blick genommen wird. Vorteilhaft sind Maßnahmen, die unterschiedliche Anforderungen verknüpfen. So setzt die Region Elbe-Elster auf einen verbesserten Wasserrückhalt mittels ökosystembasierter Lösungen: Die Wiedervernässung ehemaliger Feuchtgebiete soll beispielsweise mit der Bewirtschaftung als Schilfpolder kombiniert werden; eine Renaturierung von Fließgewässern oder die Bewirtschaftung von gewässerbegleitenden Gehölzstreifen sollen die Region klimaresilienter machen. Elbe-Elster ist eine von sechs Modellregionen in der Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Regionale Informationen zum Klimahandeln“ (RegIKlim).

Regional zusammenarbeiten

Bei der Entwicklung von Maßnahmen gilt es vieles erst zu erproben: Was ist jetzt bereits umsetzbar? Was kann in Folgeschritten gelingen? Und es geht um die Frage, wo neue Wege gegangen werden sollten, um Klimafolgen zu minimieren und gleichzeitig den ländlichen Raum lebenswerter zu gestalten.

Klimafolgen betreffen unterschiedliche Handlungsbereiche: Die DAS benennt von menschlicher Gesundheit über das Bauwesen, die Land- und Forstwirtschaft bis hin zur Verkehrsinfrastruktur und Tourismus insgesamt 15. Für die Anpassung vor Ort ist es bedeutsam, sich untereinander zu vernetzen und die Frage aufzuwerfen, ob alle relevanten Akteure mitgedacht wurden: Sind die Gesundheitsämter und sozialen Träger einbezogen? Wird nachhaltige Mobilität auch unter dem Aspekt des Klimawandels entwickelt? Einige Kommunen richten ämterübergreifende Arbeitsgruppen ein, um die unterschiedlichen betroffenen Bereiche zu koordinieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Die Abstimmung zwischen benachbarten Landkreisen und Gemeinden ist wertvoll und oft unerlässlich, wenn beispielsweise eine Gewässerrenaturierung über die eigenen Verwaltungsgrenzen hinaus umgesetzt werden soll. Im Vorhaben „Kommunen vernetzen“

„Schutz und Anpassung gehören zusammen.“

des UBA arbeiten in der Bodenseeregion, in Schleswig-Holstein und im Landkreis Emsland Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanager in Werkstätten zusammen, um voneinander zu lernen und gemeinsam Ideen zu entwickeln, wie eine Anpassung an den Klimawandel vor Ort besser etabliert werden kann.

Dafür müssen sich viele für das Thema engagieren, sei es für die Aufstellung der lokalen oder regionalen Anpassungsstrategie oder um Maßnahmen umzusetzen. Heute oder möglicherweise erst zukünftig Betroffene gilt es, für Klimafolgen zu sensibilisieren oder zum Handeln zu motivieren. Die Broschüre „Anpassung an den Klimawandel: Gute Beteiligungspraxis im Alpenraum“ zeigt, wie das gelingen kann: mit klaren Zielen, passenden Methoden, einem transparenten Ablauf und der Fokussierung auf erkennbare Ergebnisse.

Dabei können Fördermittel helfen, und die Förderlandschaft wird immer umfassender. Es lohnt sich, zu recherchieren, welche Fördermöglichkeiten EU, Bund und Länder bereitstellen. Das Bundesumweltministerium fördert beispielsweise lokale Klimaanpassungskonzepte und -manager sowie investive Vorsorgemaßnahmen in sozialen Einrichtungen. Das Klimavorsorgeportal des Bundes bündelt qualitätsgesicherte Daten, Leitfäden und Anwendertools, die kostenfrei nutzbar sind. Das UBA stellt in der sogenannten Tatenbank gute Praxisprojekte bereit sowie mit dem „Klimalotsen“ ein Instrument, das eine schrittweise kommunale Anpassungsstrategie unterstützt.

Klimaanpassung in die Praxis bringen

Die Klimafolgen sind regional unterschiedlich. Deshalb entwickeln Forschungspartner zusammen mit Praxisakteuren in RegIKlim digitale

Tools zur Entscheidungsunterstützung. An den Küsten Ostfrieslands, im Alpenvorland, in dünn besiedelten Mittelgebirgsregionen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie im Landkreis Elbe-Elster in Süd-Brandenburg wird Wissen zum Klimawandel so aufbereitet, dass lokale Akteure eigenständig mit Maßnahmen darauf reagieren können.

Derartige Ansätze zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels gilt es zu übertragen. Die Informationsbasis sowohl für wasser-, land- und forstwirtschaftliche Aktivitäten als auch für solche der kommunalen Daseinsvorsorge muss deutlich verbessert und den Praxisakteuren zugänglich gemacht werden. Wird das Wissen genutzt, um multifunktionale und nachhaltige Lösungen zu entwickeln, kann die Anpassung an den Klimawandel die Lebensqualität in den ländlichen Räumen erhöhen. ■

SERVICE:

Weiterführende Links:

Klimavorsorgeportal: www.klivoportal.de

Tatenbank:

www.umweltbundesamt.de/tatenbank

Klimalotse:

www.umweltbundesamt.de/klimalotse

Broschüre Beteiligungspraxis Alpen:

www.umweltbundesamt.de/publikationen/anpassung-an-den-klimawandel-gute

RegIKlim: www.regiklim.de



KONTAKT:

Andreas Vetter

Umweltbundesamt

Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung

andreas.vetter@uba.de

www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung



Wenn der Sommer zu trocken wird:
Notbewässerung des Stadtgrüns
in Zwickau

über Hemmnisse bei der Planung und Umsetzung und tauschten sich mit den Kommunen über Fördermöglichkeiten aus.

Während der fünfjährigen Projektlaufzeit ist die Anzahl der Fördermaßnahmen zur Klimawandelanpassung gestiegen, beispielsweise mit den sächsischen Angeboten „Mehrwert-Initiative“ und „Nachhaltig aus der Krise“ oder dem Programm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ des Bundesumweltministeriums. Im Rahmen von Local Adapt wurde das Online-Tool „ReKIS kommunal“ entwickelt: Damit werden auf Gemeindeebene klimarelevante Daten, Faktenblätter und Informationen – beispielsweise in Form von Best Practices – zur Verfügung gestellt.

Handlungsempfehlungen

Das Interesse an Förderangeboten ist gestiegen. Sie werden jedoch selten genutzt, da es am Bekanntheitsgrad mangelt und die Antragstellung für kleine und mittlere Gemeinden eine große Hürde darstellt. Um sie zu unterstützen, bedarf es einer dauerhaften Ansprechstelle und fachlicher Begleitung von Experten. Eine weitere Erkenntnis von Local Adapt: Die Klimaanpassung in Kommunen ist gesetzlich häufig unzureichend geregelt und hat nur Empfehlungscharakter. Eine Schärfung wäre wünschenswert.

Das Projektteam von Local Adapt ist für die beteiligten Kommunen zu einem zuverlässigen Ansprechpartner bei Fragen zu Klimawandel und -anpassung geworden. Ein abschließender Leitfaden soll Politikern und Entscheidungsträgern über die Projektlaufzeit hinaus Handlungsempfehlungen geben. ■

Was brauchen kleine Gemeinden?

Auf Extreme wie Hitze-, Dürre-, Starkregen- und Erosionsereignisse müssen Kommunen reagieren. Im Freistaat Sachsen hat sich ein LIFE-Projekt damit auseinandergesetzt, wie Gemeinden mit diesen Aufgaben umgehen.

[VON IMMO WOSCHNY, DOMINIC RUMPF, MAJANA HEIDENREICH UND JÖRG FÖRSTER]

Die Notwendigkeit, sich an den Klimawandel anzupassen, stellt insbesondere kleine und mittlere Kommunen mit weniger als 100 000 Einwohnern vor Herausforderungen: Es fehlen Informationen darüber, wie sich der Klimawandel vor Ort auswirkt, Risiken und Folgen werden deshalb oft unterschätzt. Das zeigen Umfragen aus dem Projekt „LIFE LOCAL ADAPT – Integration der Klimaanpassung in die Arbeit lokaler Verwaltungen“. Das Projekt wurde über das europäische Programm LIFE mit rund drei Millionen Euro gefördert: Von 2016 bis 2021 arbeiteten die Technische Universität (TU) Dresden und das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) Sachsen mit europäischen Partnern daran, die Kommunen dabei zu unterstützen, klimaresiliente Strukturen aufzubauen.

Was Kommunen sagen

Zu Beginn und am Ende des Projekts führten das LfULG und die TU eine Online-Umfrage über das sächsische Beteiligungsportal durch. Zur ersten Befragung wurden 65 am „European Energy Award“ teilnehmende Gemeinden und Landkreise Sachsens eingela-

den. Die zweite Umfrage im Frühjahr 2021 war sachsenweit.

Danach besteht einerseits ein großer Bedarf an fachspezifischen Informationen zu Anpassungsmaßnahmen. Andererseits fehlen vielerorts die nötigen finanziellen und personellen Mittel, sich den neuen Aufgaben adäquat zu widmen. So wird ein Bewusstsein für den Handlungsbedarf oft erst erkannt, wenn bereits Probleme bestehen. Diese Erkenntnisse wurden durch ergänzende Interviews in 24 Kommunen bestätigt. Die Befragungen zeigen aber auch eine wachsende Sensibilisierung der Gemeinden: Sie beziehen das Thema Klima neben dem demografischen Wandel und der Landflucht vermehrt mit ein, wenn sie regionale Risiken für die Zukunft abschätzen.

Angebote

Zu Local Adapt gehörten zwei Wettbewerbe mit insgesamt über 300 000 Euro Preisgeld. Darüber konnten in zehn Kommunen Klimaanpassungsmaßnahmen geplant werden. In den Workshops, die im Rahmen der Wettbewerbe stattfanden, gewannen die Projektmitarbeiter Informationen

SERVICE:

Mehr zum Projekt:

www.life-local-adapt.eu/de
www.klima.sachsen.de > Projekte > Drittmittel



KONTAKT:

Majana Heidenreich
Technische Universität Dresden
Professur für Meteorologie
Telefon: 0351 463-39103
majana.heidenreich@tu-dresden.de

Dominic Rumpf
Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft
und Geologie Sachsen
Referat Klima, Luftqualität
Telefon: 0351 2612-5110
dominic.rumpf@smul.sachsen.de

Foto: Stadt Zwickau

Ein Thema für LEADER?

In Schleswig-Holstein haben alle LEADER-Regionen – dort AktivRegionen genannt – das Thema Klimaschutz in ihrer Strategie verankert. Wird für sie zukünftig auch Klimaanpassung eine Rolle spielen? Das fragen wir zwei Experten, die unterschiedliche Perspektiven mitbringen.



Herr Rietz, Ihre Aktiv-Region hat sich mit der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien überregional einen Namen erarbeitet und das Thema Klimaschutz vorangetrieben. Welche Rolle spielt die Anpassung an den Klimawandel?
Rietz: Klimaanpassungsstrategien waren bei uns bisher kein Thema. Mit Überhitzung oder Starkregenereignissen kann der ländliche Raum zudem besser umgehen, als es die Städte können.

Aber Schleswig-Holstein steht als Küstenland vor der Herausforderung steigender Meeresspiegel.
Rietz: Dass die Klima- und Energieprojekte bei uns so gut funktionieren, hat auch damit zu tun, dass die Menschen sich der Deichproblematik bewusst sind. Beim Ausbau der sogenannten Klimadeiche wurden die Deiche in den Küstenregionen erhöht und können zukünftig schrittweise einem steigenden Meeresspiegelanstieg von bis zu zwei

Metern angepasst werden. Aber das ist etwas, was man nicht mit LEADER umsetzen kann, weil es hunderte Millionen Euro kostet.

Sommer: Und für Küstenschutzmaßnahmen gibt es auch eigene, extra dafür ausgelegte Fördermaßnahmen.

Die gibt es auch für erneuerbare Energien und Klimaschutz. Trotzdem hat Schleswig-Holstein allen AktivRegionen zu Beginn der aktuellen Förderperiode nahegelegt, die Themen in einem von vier gemeinsamen Handlungsfeldern zu bearbeiten.

Sommer: Der zuständige Minister war damals Robert Habeck von den Grünen. Er hat den strategischen Impuls gegeben und einen Diskurs mit den LEADER-Akteuren eröffnet. Wir haben uns gefragt: Wären gemeinsame Schwerpunkte nicht interessant? Wenn alle AktivRegionen ähnlich agierten, würde das die Wirkung erhöhen? Nach einer anfängli-

chen Zurückhaltung haben sich alle darauf verständigt. Momentan diskutieren wir, ob sich das bewährt hat, und es ist eine Tendenz erkennbar, dass sich die Regionen erneut selbst zu gemeinsamen Schwerpunkten verpflichten werden. Einige Regionalmanager haben die Arbeitsgruppe Klimaschutz und LEADER initiiert und diskutieren, welche Beiträge LEADER bis 2027 für ein klimaneutrales Schleswig-Holstein einbringen kann. Dabei ist klar: An das Thema Klimaschutz schließen sich zunehmend auch Aktivitäten zur Klimawandelanpassung an.

Bieten sich dafür Machbarkeitsstudien an?

Rietz: Regionale Anpassungsstrategien wie eine Gründachstrategie oder Hinweise für Fassadenbegrünung zu erarbeiten, halte ich bei uns nicht für zielführend. Man könnte bei konkreten Projekten ansetzen, beispielsweise mit Verbraucherbildung zum Thema einwandernde Tier- und Pflanzenarten. Oder wenn sich eine private Initiative bildet und als Verein selbstversorgend Gemüse anbaut, könnte man sie beim Anbau von klimaresistenten Arten unterstützen. Damit kann man auch auf kurzfristige Veränderungen reagieren. Denn wir müssen mit unseren regionalen LEADER-Strategien einen definierten Zeithorizont abdecken, obwohl wir nicht wissen, was sich alles verändern wird.

Sommer: Das gilt auch für die Förderlandschaft. Einige AktivRegionen werden beim Thema Klima ihre selbst definierten Ziele für die aktuelle Förderperiode nicht erreichen. Denn es gab in den vergangenen Jahren zunehmend andere, attraktivere Förderprogramme, sodass tolle Projekte, die über LEADER entstanden sind, woanders umgesetzt wurden. Es gilt also, möglichst flexibel zu bleiben. Beim landesweiten Treffen aller LEADER-Akteure werden die Regionen darüber diskutieren, welche Rolle Klimaanpassung spielen soll. Sie entscheiden schlussendlich, welche selbstverpflichtenden landesweiten Schwerpunkte sie gegebenenfalls gemeinsam setzen und vor allem, wie sie diese dann individuell und regionsspezifisch in ihrer Strategie ausgestalten.

Vielen Dank für das Gespräch!
 Das Interview führte
 Anja Rath. ■

Wie sich die Landwirtschaft anpassen kann

Mit vielseitigen, nachhaltigen Maßnahmen kann es landwirtschaftlichen Betrieben gelingen, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu reduzieren. Der Nebeneffekt: Sie wirken sich zudem positiv auf Umwelt und Klima aus.

[VON ANDREAS ZIERMANN, SABINE SOMMER UND CAROLINA WACKERHAGEN]

Hirschberg an der Bergstraße liegt im Nordwesten Baden-Württembergs und im Regenschatten des Odenwalds. „Zwischen April und Oktober fällt kaum Niederschlag“, beschreibt Martin Krauch, Betriebsleiter der Gräflich von Wiserschen Gutsverwaltung, eine Herausforderung, mit der er es zu tun hat. „Zur Trockenheit kommt oft noch Hitze.“ Die mengenmäßig wichtigsten Kulturpflanzen in Deutschland haben ihr Temperaturoptimum zwischen 18 und 25 Grad Celsius. Ist es wärmer, so stagniert beispielsweise beim Weizen die Kornfüllung; kommt Wassermangel hinzu, so leitet er die Notreife ein. Beides kann zu erheblichen Ertragseinbußen führen. Hitze und Trockenheit setzen auch dem Bodenleben zu, Humus wird schneller abgebaut.

Aktive Landwirte

Auch Rainer Buck kennt diese Probleme. Sein Schweinemastbetrieb im Landkreis Biberach ist von Hitze und Trockenheit sogar doppelt betroffen: indirekt über die Futterproduktion und direkt über seine Tiere. Schweine können nicht schwitzen, sie werden bei hohen Temperaturen krankheitsanfälliger und nehmen weniger zu. Beim Ackerbau sind Spätfröste ein Problem: Durch die früher einsetzende Vegetationszeit sind die Pflanzen in der Entwicklung oft schon zwei Wochen weiter als früher. „Während wir in Hitzeperioden bei Getreide oder Ackerbohnen mit Ertragsdepressionen zu kämpfen haben, droht bei Spätfrösten bei Zuckerrüben ein Totalausfall“, so Buck.

Buck und Krauch sind sich bewusst, dass Wetterextreme wie Hitze, Trockenheit und Starkniederschläge durch den Klimawandel häufiger und heftiger auftreten können. Aber auch längere Vegetationsperioden und wärmere Winter, die Schädlinge und Ackerunkräuter begünstigen, sind in weiten Teilen Deutschlands zunehmend wahrscheinlich. Beide Landwirte haben Maßnahmen ergriffen, um ihre Anfälligkeit zu reduzieren – und als Pilotbetriebe bei einem EU-Projekt zur Anpassung an den Klimawandel mitgemacht.

Ziel: stabile, nachhaltige Betriebe

In dem über das EU-Förderprogramm LIFE unterstützten Projekt AgriAdapt haben die Bodensee-Stiftung und Partner aus Estland, Frankreich und Spanien von September 2016 bis April 2020 Wissen um Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft sowie nachhaltige Anpassungsmaßnahmen zusammengetragen. Insgesamt 126 Ackerbau-, Tierhaltungs- und Dauerkulturbetriebe aus den beteiligten Ländern nahmen teil.

Zur Darstellung des aktuellen Klimarisikos der Betriebe wurde der Klimawandel-Check entwickelt: Die Projektpartner bewerteten die jeweiligen Wetter- und Ertragsdaten der vergangenen 15 Jahre und ergänzten sie durch betriebsindividuelle Informationen. Klimaprojektionen ermittelten die mögliche Anfälligkeit in den folgenden 30 Jahren. Darauf aufbauend diskutierten die Projektpartner mit den Pilotbetrieben mögliche Anpassungsmaßnahmen. Jeder Betrieb erhielt danach einen individuellen Maßnahmenplan

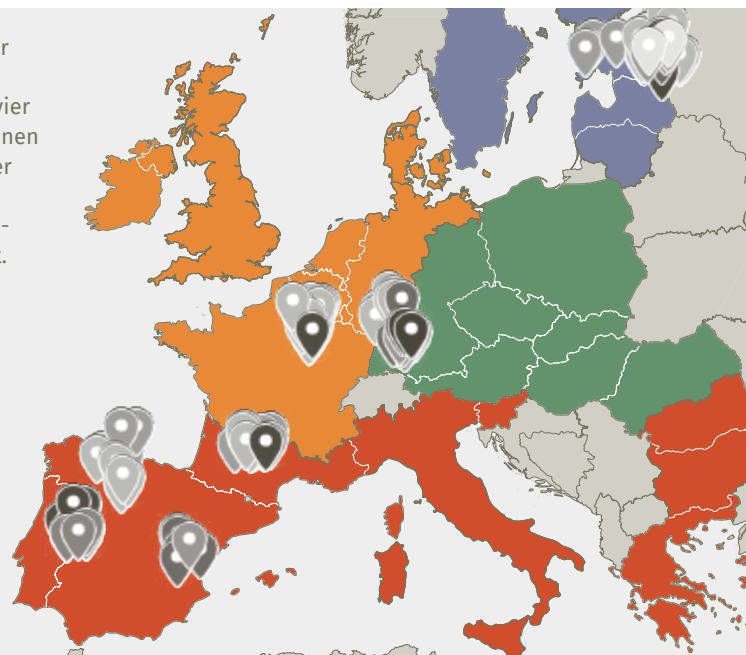
zur nachhaltigen Anpassung an den Klimawandel, um das einzelbetriebliche Risiko zu reduzieren.

Anfangen und ausprobieren

Rainer Buck macht sich bereits seit der Übernahme im Jahr 2000 Gedanken darüber, wie er den Betrieb zukunftsfähig ausrichten kann. Er beobachtete, dass sich der Schädlingsdruck erhöhte: Durch verlängerte Vegetationsperioden konnten einzelne Schadinsekten mehr Generationen ausbilden als früher und in den wärmeren Wintern mehr Individuen überleben. Dem Problem wollte er nicht länger nur mit chemischen Pflanzenschutzmitteln begegnen. Kontinuierlich erweiterte er seine Fruchtfolge von damals drei bis zu zehn Gliedern heute. Dabei wechselt er klassisch zwischen Winterungen und Sommerungen sowie zwischen Blatt- und Halmfruchtarten. Durch die langen Anbaupausen werden kulturspezifische Schädlinge wie der Rapsglanzkäfer und vor allem Ackerunkräuter im Getreide natürlich zurückgedrängt.

AgriAdapt hat für die europäische Landwirtschaft vier Klimarisikoregionen definiert. In jeder haben Betriebe Anpassungsmaßnahmen erprobt.

Quelle: AgriAdapt





Hitzeschutz in den Ställen ist ein Handlungsfeld bei der Anpassung an den Klimawandel.

Ackerbohnen und Erbsen baut Buck im Gemenge an. In feuchteren Jahren profitiert die Ackerbohne, in trockeneren die Erbse. Er stellt jedoch fest: Nasse Jahre kommen wohl immer seltener vor und die Vorteile der Ackerbohne damit weniger zum Tragen. Die Sojabohne dagegen profitiere. „Das ist ein positiver Effekt des Klimawandels“, sagt Buck.

Seinen Stall baute er mit Auslauf und guten Lüftungsmöglichkeiten: Zwei große Tore und Fenster, die man aushängen kann, sowie eine Entlüftung über das Dach ermöglichen einen guten Luftaustausch. Selbst im warmen Jahr 2018 gab es keine Probleme mit der Gewichtszunahme der Mastschweine, die als ein Maß für das Wohlbefinden bewertet werden kann.

Ackerbauer Krauch setzt vor allem auf ganzjährige Bodenbedeckung und widmet sich damit der Ressource Boden, die mit am stärksten vom Klimawandel betroffen ist. Ziel ist es, den Boden durch Humusaufbau resilient zu machen, ihn vor Hitze, Starkniederschlägen und Erosion zu schützen und dem Bodenleben möglichst ganzjährig Nahrung zu bieten. Krauch sät mit den Kulturen eine Untersaatmischung insbesondere mit Weißklee, die das Unkraut gut unterdrückt. Nach der Ernte der Hauptfrucht mulcht er das auf der Fläche verbleibende Stroh und lässt den Klee wachsen. So ist der Boden in den Monaten mit der höchsten Sonneneinstrahlung vor Austrocknung geschützt. Das Bodenleben arbeitet weiter. Der Klee bindet über die Photosynthese Kohlenstoff und reichert in seinen Wurzelknöllchen Stickstoff für die Fol-

gekultur an. „Bei Zwischenfrüchten verwenden wir vielfältige Mischungen, denn Vielfalt über dem Boden bedeutet auch Vielfalt im Boden“, so Krauch. Zusätzliche, langjährige Blühstreifen mit Wertholzbäumen als Agroforst im Acker reduzieren Winderosion. Sie bieten Insekten, Vögeln und Niederwild einen Lebensraum und begünstigen ein Gleichgewicht von Nützlingen und Schädlingen.

Webtool gibt Hilfestellungen

Ein Ergebnis aus dem Projekt AgriAdapt: Maßnahmen zur Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel lassen sich auf vier Hauptbereiche herunterbrechen. Die Diversifizierung trägt zu einer Risikominimierung bei, sowohl betrieblich durch weitere Standbeine als auch ackerbaulich durch weite Fruchtfolgen, Gemengeanbau oder den Anbau verschiedener Sorten. Ein Hauptaugenmerk gilt dem Bodenschutz und der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit. Nur ein vitaler Boden mit einem vielseitigen Bodenleben und einer gesunden Struktur kann Starkniederschläge aufnehmen, Verschlammung und Erosion länger standhalten und die Feuchtigkeit lange bewahren, sodass sie den Kulturpflanzen auch in trockeneren Perioden zur Verfügung steht. Weitere Handlungsfelder sind die Extensivierung und das Tierwohl.

Welche Maßnahmen für den einzelnen Betrieb zutreffen, muss im Einzelfall entschieden werden. Unterstützen kann hierbei das im Projekt entwickelte „AgriAdapt Webtool zur Anpassung“ (AWA). Das kostenlos nutzbare Instrument besteht aus

drei Modulen: einem Quiz, Ertrags- und Wetterdaten sowie Anpassungsmaßnahmen für die verschiedenen Betriebstypen Ackerbau, Tierhaltung sowie Obst- und Weinbau in Europa.

Folgeprojekt zu Bildung und Beratung

Damit sich die Ergebnisse aus dem AgriAdapt-Projekt verstetigen, hat die Bodensee-Stiftung das vom Bund geförderte Projekt „GeNIAL – Bildung zur nachhaltigen Anpassung der Landwirtschaft in Deutschland an den Klimawandel“ gestartet. Gemeinsam mit dem Landesbetrieb Landwirtschaft in Hessen, dem Landwirtschaftlichen Technologiezentrum Augustenberg sowie der Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum erarbeitet sie Materialien für landwirtschaftliche Fachschulen sowie Fortbildungskonzepte für Beratungskräfte in Hessen und Baden-Württemberg. ■

SERVICE:

Dokumentation, Handbuch und Videos aus dem LIFE-Projekt AgriAdapt:
www.agriadapt.eu

Zum AWA-Webtool:
<https://awa.agriadapt.eu>



KONTAKT:

Bodensee-Stiftung
Telefon: 07732 9995-40
info@bodensee-stiftung.org
www.bodensee-stiftung.org



1 2

1_ Silvia Geier, Mitgründerin von Hof Windkind, an einem Retentionsbecken

2_ Das Retentionsbecken hat Wasser gesammelt.

Wasser ernten

In Brandenburg sind langanhaltende Trockenheit und auch Starkregen keine Seltenheit. Damit das Regenwasser dennoch den Boden speist, nutzt Hof Windkind eine ressourcenschonende Methode: Wasserretentionsbecken. [VON ANDREA BIRRENBACH]

Wenn es in Brandenburg in den Sommermonaten regnet, dann oft sintflutartig. Der ausgetrocknete sandige Boden kann die Wassermassen nicht aufnehmen, sodass das eigentlich dringend benötigte Nass schnell abfließt. Pflanzen profitieren kaum. Nicht so auf dem Hof Windkind nördlich von Berlin. Abhilfe schafft hier ein ausgeklügeltes, passives Wassermanagementsystem. „Wir haben damit eine Lösung gefunden, die jeder Landwirt, Forstwirt und Landeigentümer nachmachen kann, weil sie nicht aufwendig ist“, sagt David Geier, Mitgründer von Hof Windkind in der Gemeinde Löwenberger Land.

Wasser länger verfügbar machen
Auf Hof Windkind werden Walnüsse und Haselnüsse angebaut. Um die Bäume ausreichend mit Wasser zu versorgen, hat der Öko-Betrieb zwei Wasserretentionsbecken geschaffen. Das Erdreich wurde dazu in der Form von naturnahen Gewässern mit einem Bagger ausgehoben. Die etwa 250 und 300 Quadratmeter großen Becken hat Geier mit Lehm

ausgestampft: Dadurch ist der Boden der Becken nicht dicht, sondern lässt das Wasser gleichmäßig in den Erdkörper sickern. „Das ist der Clou: Es sind keine Sammelbecken, die wie ein Staudamm funktionieren“, so Geier. „Das Wasser wird gehalten und dringt langsam in den Boden ein. So kann man die Wasserverfügbarkeit über Tage und sogar Wochen verlängern.“

Sowohl der Regen im Sommer als auch im Winter hält dadurch die Erde lange feucht. Ein weiterer Nebeneffekt der Becken: Kommt es zu Starkregen, der Überflutungen nach sich ziehen könnte, schaffen die Becken Abhilfe. Ein Zuviel an Wasser kann hineingepumpt werden und somit Ernte oder Häuser vor Schaden bewahren.

Kaum Wartungskosten

Im September 2019 hat Geier die Becken graben lassen; den Effekt habe er sofort an seinen Pflanzen gespürt, sagt er. Um wie viel sich die Ernte steigern lässt, werden die nächsten Jahre zeigen. Bei den beiden Becken soll es aber nicht bleiben. „Wir sind noch lange nicht fertig, wir werden

Das Wasser wird gehalten und dringt langsam in den Boden ein.

nach und nach weitere Retentionsbecken ausgraben und so miteinander verbinden, dass das Wasser zirkulieren kann.“ Die Position und die Tiefe der Becken hat Geier selbst festgelegt und an die natürlichen Höhenlinien im Gelände angepasst: „Dabei kann man wenig falsch machen – ein Landwirt kennt sein Land.“

Wartung oder Pflege brauchen die Becken nicht, somit sind sie kein Kostenfaktor für den Hof. Allein das Ausheben mit dem Bagger und der Lehm schlagen als Kosten zu Buche; in die beiden Becken hat Geier rund 3 000 Euro investiert. Wie viel das Anlegen von Retentionsbecken im Einzelfall kostet, kann aufgrund der örtlichen Gegebenheiten variieren.

Mit dem Nutzen seiner ersten beiden Retentionsbecken ist er sehr zufrieden, eine Alternative für solch schonende Eingriffe in die Umwelt gibt es für ihn nicht. „Die Lösung kann nicht sein, Brunnen zu bohren und Grundwasser abzapfen. Dadurch leidet das ganze Areal und das beeinträchtigt auch die Wälder. Wir haben eine Methode gefunden, die sehr wenig Energie-Input benötigt, leicht umzusetzen und nicht zu teuer ist.“

Fotos: Hof Windkind



KONTAKT:

David Geier
Hof Windkind
Telefon: 0176 40450515
info@hof-windkind.com
www.hof-windkind.com



Klimaresistente Pflanzen

Mithilfe der Züchtung lassen sich Pflanzen an neue Herausforderungen anpassen. Welches Potenzial steckt darin?

Stefan Lütke Entrup

ist Geschäftsführer der Gemeinschaft zur Förderung von Pflanzeninnovation e. V. (GFPI). Die GFPI koordiniert Gemeinschaftsforschung und arbeitet eng mit der Pflanzenzüchtungsforschung und mit Züchtungsunternehmen zusammen.

www.gfpi.net

**„Herr Lütke Entrup, in den vergangenen Sommern konnte man den Ein-
druck gewinnen, dass sich unser
Klima sehr schnell ändert. Kann die
Pflanzenzüchtung mit diesem Tem-
po mithalten?“**

Ja, aber es ist eine Herausforderung. Pflanzenzüchtung ist ein langwieriger Prozess. Eine neue Sorte zu entwickeln, dauert zehn bis 15 Jahre, weil wir an die Wachstumsperioden der Pflanzen gebunden sind. Wir müssen uns aber auf den Klimawandel einstellen und unsere Sorten so weiterentwickeln, dass sie stressresistent werden. Gemeint ist abiotischer Stress, also solcher, der durch Trockenheit und Hitze oder auch Kälte und Frost verursacht wird. Im Februar 2012 ist beispielsweise bei Spätfrösten regional das Getreide stark geschädigt worden. Im Frühjahr der vergangenen Jahre standen die Pflanzen unter Trockenstress, sodass sie ihre Entwicklung in einer

ausgesetzt, außer dem Regen. Genotypen, die sich als besonders geeignet zeigen, werden dann selektiert, um mit ihnen weiter zu züchten.

Sind neue Sorten und angepasste Pflanzen eine Möglichkeit, die Landwirtschaft zukunftsfähig zu machen?

Züchtung gibt auf jeden Fall eine wichtige Antwort. Die Pflanzen, die wir hierzulande anbauen, brauchen wir für unsere Ernährung und als Futtermittel für unsere Nutztiere. Deshalb sollten wir sie weiterentwickeln, widerstandsfähiger und nährstoffeffizienter machen. Bei der stofflich-energetischen Nutzung von Pflanzen kann die Pflanzenzüchtung dazu beitragen, Kreisläufe zu schließen. Wenn wir mit Pflanzenbiomasse in Zukunft weitgehend klimaneutral Energie gewinnen wollen, dann braucht die Landwirtschaft neue Sorten, die passende Eigenschaften mitbringen. Insofern ist die Züchtung eine Schlüsseltechnologie!

Welche Ansätze verfolgen Sie derzeit, um Pflanzen widerstandsfähig zu machen?

Wir begleiten viele Projekte. Eines unserer Ziele ist es, bei der Abwehr von Schadinsekten besser zu werden, denn einige haben nach milden Wintern leichtes Spiel: Beispielsweise kann der Rapsglanzkäfer den Ertrag von Raps stark mindern. Im Rahmen von Gemeinschaftsforschung untersuchen wir seit etwa fünf Jahren, wie sich die Pflanze selbst schützen kann. Wir haben festgestellt, dass der Käfer den Senf, einen Verwandten des Raps, nicht

mag. Der Senf ist also resistent. Jetzt müssen wir herausfinden, woran das liegt. Dieses Merkmal könnte in den Raps eingekreuzt werden.

Um Trockentoleranz geht es zum Beispiel bei einem Projekt zum Deutschen Weidelgras. Es gilt, herauszufinden, wie man diese Futterpflanze trockenresistenter machen kann, damit sie auch in regenarmen Sommern weiterwächst.

Wie offen müssen wir dafür sein, alle Methoden zu nutzen – auch die Gentechnik –, um Pflanzen anzupassen? Züchter kreuzen und selektieren, sie schaffen Variabilität. Ein breites Spektrum an Züchtungsmethoden ist dafür wichtig. Mit neuen Methoden wie dem sogenannten Genome Editing kann man beispielsweise gezielt eine Mutation in der Pflanze auslösen und den aufwendigen Züchtungsprozess an bestimmten Stellen verkürzen. Derzeit sind die Hürden sehr hoch: Die Gesetzgebung stuft Pflanzen, die nach den neuen Methoden entstanden sind, pauschal als gentechnisch veränderte Organismen ein – auch dann, wenn sie sich nicht von klassisch gezüchteten unterscheiden. Wir sehen Handlungsbedarf: Die EU-Gesetze sind schon viele Jahre alt, doch die Methoden entwickeln sich weiter und bedürfen einer differenzierten Bewertung. Wir möchten, dass sie auch von kleinen und mittleren Unternehmen eingesetzt werden können.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte
Andrea Birrenbach. ■

„Züchtung ist eine Schlüsseltechnologie.“

sehr kurzen Zeitspanne durchliefen, was sie arg strapazierte. Klimaangepasste Pflanzen brauchen Eigenschaften, die nicht einfach zu züchten sind. Trockenheit simulieren wir in sogenannten Rain-Out-Shelters: Die Pflanzen stehen dabei draußen und sind allen Umwelteinflüssen



Wald mit Zukunft

Orkane, Trockenjahre und Borkenkäfer: Insbesondere Nadelwälder leiden darunter. Eine Gemeinde in Thüringen setzt deshalb seit 2016 auf den klimaangepassten Wald mit einem Potpourri von Baumarten. [VON ANJA RATH]

Deutschland hat viele walddreiche Landschaften. Eine davon, das Eichsfeld, erstreckt sich über das Länderdreieck Niedersachsen, Hessen und Thüringen. Etwa ein Drittel der rund 1 500 Quadratkilometer großen Fläche ist bewaldet.

Buchen am Berg, Fichte auf den Hügeln
Besonders auf den Muschelkalkhängen und Plateaus der Höhenzüge wachsen Wälder, die von der heimischen Buche dominiert werden. Auf den Böden des von Buntsandstein geprägten Hügellandes im Norden finden sich Eichenmischwälder sowie durch frühere Aufforstungen entstandene Nadelholzbestände, die sich vor allem aus Fichten zusammensetzen. „Sie sind durch das Sturmereignis Friederike 2018 und die beiden darauffolgenden Trockenjahre geschwächt und leiden an starkem Borkenkäferfraß“, sagt Ralf Goldmann vom Forstamt Leinefelde. „Die so geschädigten Fichtenreinbestände werden deshalb derzeit eingeschlagen.“ Das ist auch im thüringischen Berlingerode so.

Etwa 47 Prozent der Waldfläche im Eichsfeld sind Landes- oder kommunales Eigentum. Der restliche Wald ist Privatbesitz. Dieser wird großflächig von zahlreichen Waldgenos-

senschaften und Zusammenschlüssen von Eigentümern ehemaliger Bodenreformwälder genutzt. Über 60 Prozent des Nichtstaatswaldes betreuen die staatlichen Forstämter Leinefelde und Heiligenstadt in Form einer sogenannten vertraglichen Beförsterung.

Ehemaliger Vorzeigebaum vor dem Aus
Die Gemeinde Berlingerode bewirtschaftet etwa 95 Hektar Kommunalwald. Rund zwei Drittel davon waren 2012 mit Fichten im Alter zwischen 35 und 100 Jahren bestockt. Dass die Art derart großflächig vorzufinden war, hat historische und forstwirtschaftliche Gründe: Wie vielerorts in Deutschland setzten Waldbewirtschafter auch in Thüringen ab dem 19. Jahrhundert verstärkt auf den schnellwüchsigen Nadelbaum. Nach einer Kahlschlagwirtschaft, die in den siebziger Jahren häufig praktiziert wurde, forstete man die genutzten Flächen erneut mit Fichten auf. Denn da sie auf den nährstoffreichen Standorten des Buntsandsteins sehr gute Wuchsleistungen zeigte, gab man dieser Baumart den Vorzug vor der ebenfalls geeigneten, aber aufwendiger anzusiedelnden Eiche. Doch die flachwurzelnende Fichte mag es eher kühl und feucht: Ursprünglich kommt sie in europäischen Gebirgen und in Skandinavien vor.

Noch ist sie klein: Die Eiche kann dem sich ändernden Klima Widerstandskraft entgegenbringen, so die Hoffnung der Forstleute.

„In den Althölzern traten nach dem warmen Spätsommer 2003 erste Schäden auf“, erinnert sich Goldmann. „Danach mussten erste Sanierungshiebe durchgeführt werden, um die Ausbreitung des Borkenkäfers zu verhindern.“ Einige Jahre später, 2007, fegte Orkan Kyrill über Deutschland hinweg. „Dadurch wurden diese Bereiche nochmals aufgelichtet, sodass die Stabilität der bis dahin noch nahezu geschlossenen Fichtenbestände stark abnahm.“ Nach weiteren Sturmereignissen brachen die alten und mittelalten Fichtenreinbestände völlig zusammen und es entstanden große Kahlflächen.

ELER-Mittel für Mischwald

Unbestockte Areale auf guten Böden und zusätzliche Nährstoffe, die durch die verrottenen Reste des einstigen Fichtenforsts freigesetzt werden: Das sind paradiesische Voraussetzungen dafür, dass sich Brombeeren, Himbeeren und Birken rasch und großflächig ausbreiten – für Waldbesitzer eine wenig wünschenswerte Perspektive. Gemeinsam erstellten das Forstamt Leinefelde und die Gemeinde Berlingerode deshalb ein regionales Aufforstungskonzept mit einer neuen Vision. „Das Ziel ist die Schaffung von laubholzdominierten Mischwäldern“, sagt Goldmann. „Der Nadelholzanteil soll vornehmlich aus Lärche, Weißtanne und Douglasie bestehen und nicht mehr als 30 Prozent der Fläche im kommunal bewirtschafteten Wald einnehmen.“ Vorerst spielen Nadelbäume auf den ehemaligen Fichtenstandorten nur noch eine untergeordnete Rolle. Da die Eiche für die um Berlingerode vorherrschenden Böden ideal geeignet ist, soll sie dort die neue Hauptbaumart werden, Buche und Bergahorn ihre Begleiter. An den Randbereichen soll wärmeliebendes Wildobst wachsen.

Mit diesem Konzept beantragte die Gemeinde Berlingerode erfolgreich eine finanzielle Unterstützung im Rahmen der Fördermaßnahme „Naturnahe Waldbewirtschaftung“ über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER): 85 Prozent der Kosten, rund 34 000 Euro, erhielt sie als Zuschuss, rund 6 000 Euro brachte sie als Eigenteil ein.

Über 32 000 Bäumchen

Als die Umsetzung begann, waren Brombeere & Co. bereits dabei, die Fläche in Besitz zu



Nachdem die Fichtenreinkultur zusammengebrochen war, blieb eine kahle Fläche: Insgesamt 32 500 Setzlinge von sieben Baumarten sollen dort zum neuen Mischwald heranwachsen.



12 000
Traubeneiche



19 000
Buche



550
Bergahorn



400
Winterlinde



100
Wildbirne



50
Speierling



50
Elsbeere

nehmen. „Wir entschlossen uns deshalb dazu, den Boden streifenweise vorzubereiten“, so Goldmann. Er wurde etwa 40 Zentimeter tief und in rund 35 Zentimeter breiten Streifen bearbeitet. Dazu bedurfte es einer besonderen Technologie. Im Rahmen eines Vergabeverfahrens beauftragte Berlingerode eine auf Baumschulleistungen spezialisierte Firma, die sowohl die Vorbereitungsarbeiten als auch die Pflanzenlieferung und den Forstschutz übernahm. Ein Vierteljahr vor der Anpflanzung begannen die Bodenvorarbeiten, im Frühjahr 2016 dann die eigentliche Aufforstung. „Aufgrund der hervorragenden Beschaffenheit des Pflanzbettes konnten wir auf mindestens dreijährige Pflanzen zurückgreifen, die bereits 50 bis 80 Zentimeter groß waren“, sagt Goldmann. Sie wurden unter-schnitten oder verschult – das sind Verfahren, um eine kompakte Wurzelbildung anzu-regen. Schließlich wurden die jungen Bäume mit Pflanzspaten in den vorbereiteten Boden eingebracht.

Die Verantwortlichen legten Wert auf die Herkunft der Bäume. „Entsprechend der Thüringer Förderrichtlinien konnten nur Arten verwendet werden, deren Herkunft für die Region empfohlen wird.“ Beim Ergebnis kann man leicht den Wald vor lauter Bäumen

übersehen: Gepflanzt wurden 12 000 Traubeneichen, 19 000 Buchen, 550 Bergahorne und 400 Winterlinden. Als seltene Baumarten kamen 100 Wildbirnen, 50 Elsbeeren und 50 Speierlinge hinzu, die auch in warmen und trockenen Lagen gut gedeihen.

Aber nicht nur Förster lieben junge Bäume, auch Rehwild, das in dem Gebiet zahlreich vorkommt. „Wir mussten die Kulturen schützen“, sagt Goldmann. Die jungen Eichen umfriedete ein Zaun, wobei zwei Gatter dem Wild einen Wechsel durch den Bereich ermöglichten. Bergahorn und Wildobst, die außerhalb der Zäunung lagen, erhielten Wuchshüllen – die Kosten für diese Maßnahmen machen etwa 20 Prozent des gesamten Budgets aus.

Vielversprechender Vorzeigebestand

Das Konzept geht bislang auf: „Die Anwuchskontrolle 2017 ergab kaum Ausfälle“, so Goldmann. Dadurch, dass große Pflanzen verwendet worden waren, bedurfte es im ersten Jahr weder einer Nachbesserung noch einer Kulturt Pflege. Im Jahr 2020 waren die Bäumchen im Durchschnitt bereits drei Meter hoch und im Herbst konnte mit dem Abbau der Schutzeinrichtungen begonnen werden.

Im Rahmen von Exkursionen stellt der Thüringer Waldbesitzerverband den Bestand als Beispiel für die aktive und vielerorts notwendige Steuerung des Waldumbaus hin zu einem zukunftsfähigen Mischwald vor. „Sowohl Mitglieder der örtlichen Gemeindevertretung als auch Fachleute aus der Forstwirtschaft und Waldbesitzer nehmen daran teil“, sagt Goldmann. „Eine Wiederaufforstung mit Nadelholzreinbeständen ist im Gemeindevald von Berlingerode keine Option mehr. Darin sind sich der Gemeinderat und der Bürgermeister einig.“ Der Erhalt stabiler, zukunftsfähiger Wälder habe Vorrang gegenüber nur kurzfristig attraktiven ökonomischen Interessen. Nun hofft der Forstwirt, dass der junge Mischwald den Klimaveränderungen in Zukunft gewachsen bleibt. ■



KONTAKT:

Ralf Goldmann
Forstamt Leinefelde
Telefon: 03605 2009-621
ralf.goldmann@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de



Klimaresistenter kleiner Wald?

Viele Wälder dominierte bis vor kurzem die schnellwüchsige Fichte, doch ihr setzt der Klimawandel besonders zu. Was können, was sollen und was müssen Kleinprivatwaldbesitzer für ihren Wald tun? Das fragen wir einen Experten, der die bayerischen Wälder im Blick hat.

Josef Ziegler

ist Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbands und Vorsitzender der Waldbesitzervereinigung Cham-Roding, in der rund 2 400 Kleinprivatwaldbesitzer aus dem Landkreis Cham organisiert sind.

www.bayer-waldbesitzerverband.de

„Herr Ziegler, wie reagieren die Eigentümer kleiner Waldstücke auf Schäden in ihrem Bestand?“

Wenn die Lücken so großflächig sind, dass sie sich nicht im Zuge der natürlichen Verjüngung schließen, können sich Kleinprivatwaldbesitzer in Bayern vom Förster beraten lassen und eine geförderte Wiederaufforstungsmaßnahme planen und durchführen. Die Wiederbewaldung ist gesetzlich vorgeschrieben und es hat sich herumgesprochen, dass es dafür Förderprogramme gibt. Der Kleinprivatwald, also alles unter 20 Hektar, macht die Hauptmasse des deutschen Privatwaldbesitzes aus. In Bayern gehören dazu etwa eine Million Hektar, das ist mehr als der Landeswald.

„Es braucht Beratung und Waldoffensiven.“

Der Freistaat Bayern hat im Jahr 2015 drei große regionale Waldinitiativen gestartet, um Waldbesitzer zum Umbau zu motivieren: Fehlte es ihnen an Bewusstsein, sich anpassen zu müssen?

In Bayern stehen rund 700 000 Waldbesitzerinnen und -besitzer mit einer durchschnittlichen Fläche von 2,3 Hektar im Grundbuch. Trotz des

ländlichen Strukturwandels ist das Eigentum in den Familien geblieben. Unsere Waldbesitzer repräsentieren – neben vielen Landwirten – heute nahezu die Bevölkerung: von der Krankenschwester und dem Polizisten über die Lehrerin und den Finanzbeamten bis zu Bewohnerinnen von Pflegeheimen. Waldeigentum ist in breiten gesellschaftlichen Schichten angekommen. Dieses breit gestreute Eigentum ist aus sozial- und gesellschaftspolitischen Gründen eine gute Sache, allerdings liegt es in der Natur dieser vielfältigen Gruppe, dass die Eigentümer nicht alle genau wissen, was in ihren Wäldern zu tun ist.

Aber sie bewirtschaften ihren Wald?

Sie besitzen ihren Wald gerne! Aber die Bewirtschaftung wurde verlernt. Nirgendwo wird so wenig Holz geschlagen wie in den kleinen Wäldern. Einer Wiederaufforstung oder einem Waldumbau geht deshalb häufig ein Schadensfall voraus, auf den die Eigentümer reagieren müssen. Das geht jedoch nicht ohne Motorsäge: Um zu wissen, wie man so etwas macht und was dafür notwendig ist, braucht es Beratung und Waldoffensiven. Manche Waldbesitzer bauen danach konsequent um und wechseln von der Fichte zu so vielen verschiedenen Baumarten, wie es der Standort zulässt – so etwas hätte man früher nicht gemacht. Aber wir müssen uns in den deutschen Mittelgebirgslagen auf ein Weinbauklima einstellen. Das Portfolio zu streuen, ist also Risikovorsorge.

Reden wir dabei auch von exotischen Baumarten?

Ja, als Begleitarten. Es ist sinnvoll, denjenigen Baumarten, die in einigen Jahrhunderten bei uns heimisch sein werden, bei der Ausbreitung zu helfen. Unsere heutigen wärmetoleranten Bäume wie zum Beispiel die Eichenarten könnten das Hauptgerüst eines zukünftigen Waldes sein. Daneben sollten wir Neues ausprobieren und beispielsweise Schwarzkiefer, Atlaszeder oder Eichenarten aus dem südlichen Frankreich und vom Balkan in kleinerem Flächenumfang testen – wohl wissend, dass auch einige dieser Versuche nicht klappen werden.

Wer berät die Kleinprivatwaldbesitzer dabei?

Das ist in den Bundesländern unterschiedlich. In Bayern steht die Beratung auf zwei Beinen: Es gibt zum einen die staatlichen Forstämter, die flächendeckend kostenlos beraten. Daneben haben sich, staatlich forciert, seit den 1970er-Jahren über 130 Forstbetriebsgemeinschaften gegründet. Diese Vereine beschäftigen mittlerweile über 500 hauptamtliche Mitarbeiter – darunter auch Fachpersonal für ihre eigene Beratung. Sie sind also sozusagen eine Art Selbsthilfeorganisation. Diese beiden Standbeine halte ich für eine zukunftsfähige Struktur.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath. ■



Interdisziplinär denken

Gemäß Baugesetzbuch sollen Kommunen die Anpassung an den Klimawandel in ihrer Bauleitplanung verstärkt berücksichtigen. Wie das konkret aussehen könnte, hat ein Forschungsprojekt untersucht. Insbesondere kleinere Kommunen brauchen dafür noch Grundlagen und stehen oft am Anfang. [VON ANDREAS WITTE]

Bis Vorhaben von Stadt- und Raumentwicklungsstrategien als Gebäude oder Flächen in einem Ort sichtbar werden, müssen sie viele Instanzen durchlaufen: Der vorbereitenden Bauleitplanung folgen städtebauliche Entwürfe und Bebauungspläne, bevor schließlich konkrete objektbezogene Regelungen festgelegt werden. Dabei gilt es, das Thema Klimaanpassung frühzeitig und in allen Planungsschritten mitzudenken. Ländliche Gemeinden müssen sich insbesondere auf Überflutungen durch Starkregen oder Flusshochwasser, Oberflächenerosionen, Trockenheit und vielleicht auch innerörtliche Hitze wellen einstellen. Aber wie wägen sie den Schutz vor einer zukünftigen Gefahr gegen konkrete wirtschaftliche Argumente, beispielsweise die Kosten für Schutzeinrichtungen oder den Verzicht auf die Ausweisung von Bebauungsbereichen in der Außenlage, ab?

Digitale Daten und Handreichungen sind nötig

Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen setzte sich im Projekt „Entwicklung StädteRegionaler KlimaAnpassungsProzesse“ (ESKAPE) gemeinsam mit den Kommunen der StädteRegion Aachen mit den Fragen auseinander, wie Fachreferate

Klimaanpassung in ihre Planungen aufnehmen, Daten bereitstellen und Planer damit umgehen können. Die „Checkliste für eine klimaangepasste Bauleitplanung“ fasst die Antworten zusammen. Im Projekt ESKAPE wurde zudem ein einheitlich strukturiertes Geoinformationssystem für alle beteiligten Kommunen etabliert. Denn örtliche oder regionale Klimaanalysen sind die Basis allen Handelns. So lassen sich beispielsweise lokale Gefährdungslagen aus den Starkregengefahrenkarten des Fachinformationssystems Klimaanpassung in Nordrhein-Westfalen berechnen. Ein darauf aufbauendes kommunales oder kreisweites Klimaanpassungskonzept kann dann ein zielgerichtetes Handeln von Verwaltung und lokaler Politik ermöglichen.

Im Blick der Politik

Dieses Vorgehen empfiehlt auch das in NRW geplante und bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz. Für die Bauleitplanung bedeutet das, Klimaanpassung in allen Planungsbereichen interdisziplinär mitzudenken. Denn im Sinne des Vorsorgeprinzips gehört es zu ihren Aufgaben, die Folgen des Klimawandels zu vermeiden

oder zu mindern. Das Baugesetzbuch bietet zahlreiche Möglichkeiten für Klimaanpassungsmaßnahmen. Sie müssen sich aus den vorherigen Analyse- und Planungsschritten ergeben: So gilt es, bei der Gefahr von Oberflächenabflüssen durch Starkregen Schutz- oder Vorsorgemaßnahmen festzulegen; gleichzeitig vermindern mehr Grün- und Wasserflächen die Aufheizung von Flächen. Die Umsetzung solcher Maßnahmen erfordert neue Formen der interdisziplinären Zusammenarbeit sowie neue Lösungswege. Kleinere und ländliche Kommunen bringen durch kurze Wege dafür gute Voraussetzungen mit.

Doch das Thema ist für viele Kommunen noch relativ neu und vielfach fehlt geschultes Personal. Sofern im Gemeindegebiet noch keine größeren Extremwetterereignisse vorgekommen sind, ist oft wenig politischer Wille vorhanden, Klimaanpassung aktiv anzugehen. Allerdings wird sich mit fortschreitendem Klimawandel jede Kommune dem Thema widmen müssen. Förderprogramme unterstützen sie bei der Erarbeitung von Anpassungskonzepten und Datengrundlagen sowie bei der Umsetzung von Maßnahmen. Für die Planer vor Ort gibt es mittlerweile zahlreiche Informations- und Beratungsangebote. Planen und Handeln ist somit auch in kleineren Kommunen möglich. ■

SERVICE:

Mehr zum Projekt ESKAPE und zur Checkliste www.isb.rwth-aachen.de > Forschung > Klima- und Strukturwandel > Abgeschlossene Projekte > ESKAPE
www.staedtereion-aachen.de > Suche: ESKAPE



KONTAKT:

Dr.-Ing. Andreas Witte
Institut für Stadtbauwesen und
Stadtverkehr (ISB) der RWTH Aachen University
Telefon: 0241 8025202
witte@isb.rwth-aachen.de

Neue Wege für das Wasser

Der kleine Ort Poppau im Altmarkkreis Salzwedel wurde in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach überflutet. Durch ein Flurneuordnungsverfahren konnte die Gemeinde Bürger und Umwelt schützen – und klare Verhältnisse schaffen. [VON MICHAEL TUSCHIK]

Das Gelände rund um Poppau ist nicht stark hügelig, doch durch das Höhengefälle nordöstlich und östlich des 300-Seelen-Ortes kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Überschwemmungen, zuletzt 2010. Bei Starkregen wurden Sedimente wie Sand und Lehm von den angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen abgeschwemmt. Die Wassermassen flossen unkontrolliert in den Ort und beschädigten dort die Gebäude.

Poppau ist ein Ortsteil der Gemeinde Beetendorf im Norden von Sachsen-Anhalt. Die Gemeinde beabsichtigte zunächst, die Wasserproblematik aus eigener Kraft zu lösen. Schnell wurde aber klar, dass ihre Möglichkeiten sowohl in finanzieller und planerischer als auch in eigentumsrechtlicher Hinsicht begrenzt waren. Bei Gesprächen mit Fachkundigen der Wasserbehörde und dem Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark (ALFF) kam die Idee eines Bodenordnungsverfahrens auf. Es bietet weitere Möglichkeiten: Neben dem Schutz vor Überschwemmungen könnte gleichzeitig das in die Jahre gekommene und nicht mehr zeitgemäße ländliche Wegenetz an die Ansprüche einer modernen Landwirtschaft angepasst werden. Außerdem könnten dadurch

eigentumsrechtliche Problemfälle geklärt werden: Als Folge der DDR-Zeit gab es bei einigen Flächen Fragen zur Wiederherstellung von Privateigentum.

Im Mai 2013 gab das ALFF den Startschuss; eine Finanzierung des Großteils der Kosten über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) war bewilligt. Das Verfahrensgebiet erstreckt sich über eine Fläche von rund 830 Hektar rund um Poppau. Die Verantwortlichen tauschten sich vorab auch mit der zuständigen Wasserbehörde aus – und kamen zu dem Schluss, dass die anfangs angedachten Schutzmaßnahmen nicht ausreichen würden: Es würde schlichtweg zu wenig bringen, die bestehenden Entwässerungsanlagen wieder instand zu setzen. Deshalb beauftragte das ALFF ein Ingenieurbüro mit der Planung.

Keine Wege für das Wasser

Im ersten Schritt prüften die Experten, wie die Entwässerung der Ortslage Poppau bisher erfolgt war. Das geschah im Wesentlichen über zwei Regenwasserkanalnetze. Das Regenwasser floss teilweise in Versickerungs- und Rückhaltebecken und teilweise in den Dorfteich. Doch die Versickerungsmulden waren nicht groß genug: Das Wasser konnte kaum noch versickern. Auch der Dorfteich

war nur in geringem Ausmaß als Wasserspeicher geeignet. Oberflächenwasser aus dem Ort wurde über zwei Leitungen in ein sehr stark verlandetes Kleingewässer, das Biotop „Rötzel“, geleitet. Dadurch war die ökologische Funktion des Biotops beeinträchtigt.

Zu DDR-Zeiten hatte man nur notdürftige Maßnahmen getroffen, um das Wasser zurückzuhalten. Als das Expertenteam ein provisorisch angelegtes Becken untersuchte, stellte es erhebliche Sand- und Schlammablagerungen fest. Das Wasser konnte darin somit nicht versickern, sondern nur zurückgehalten werden. Auch eine im Jahr 2011 angelegte Versickerungsmulde mit einer Sickerfläche von knapp 400 Quadratmetern und einer Tiefe von 40 Zentimetern hatte keine Verbesserung gebracht. Sie nahm einen geringen Teil des Oberflächenwassers auf, das sich auf den südöstlich gelegenen Ackerflächen sammelte. Dadurch diente es zwar der Entschärfung der Situation, reichte jedoch bei Weitem nicht aus, um die Menschen in Poppau vor Überschwemmungen zu schützen. Bei Starkregen und ungünstigen Vegetationsverhältnissen floss das Oberflächenwasser angrenzender Felder und Äcker auf den Ort zu, überlastete das Kanalnetz und führte zu Schäden an den Gebäuden. Um das Oberflächenwasser besser zurückzuhalten, ließen einige Eigentümer auf ihren privaten Flächen einfache Mulden ausheben, was aber zu Problemen bei der Unterhaltung dieser Flächen führte.

Versickern oder abführen

Im nächsten Schritt entwickelten die Experten ein Gesamtkonzept, das alle diese Umstände berücksichtigte. Hauptziel war, das Oberflächenwasser abzufangen, das von den an den Ort angrenzenden Ackerflächen stammt. Es soll bereits vor der Ortschaft versickern, um das innerdörfliche Regenwasserkanalnetz zu entlasten. Dabei galt es, die vorhandenen, aber kaum wirksamen Entwässerungsanlagen in ihrem Bestand zu erhalten, zu erweitern und in das Konzept zu integrieren.

Wie viel Regenwasser versickert, kommt auch auf die Landwirtschaft an: Einfluss hat hier vor allem die Richtung, in der die Felder bewirtschaftet werden, beispielsweise mit großen Landmaschinen. Bei der Neuordnung der Flächen achteten die Verantwortlichen daher besonders darauf, dass die Richtung der Be-



Das Rötzel ist nun wieder ein funktionierendes Biotop.



Ein neues Versickerungsbecken nimmt Starkregen auf.

wirtschaftung das Versickern begünstigt. In diese Planungsschritte waren die Landwirte des Orts mit eingebunden. Auch die Standorte und Formen der geplanten Versickerungsanlagen wurden mit ihnen abgestimmt.

Insbesondere ein landwirtschaftlicher Großbetrieb ist von den Maßnahmen in Poppau betroffen. Der Landwirt trägt das Konzept mit, das für ihn einen kleinen Flächenverlust bedeutet – ein Gewässerrandstreifen wurde ausgewiesen. Doch die Neuerungen überzeugten ihn. Er sorgt mittlerweile auf seinen Flächen zudem für eine wechselnde Fruchtfolge und ständige Bodenbedeckung: Auch das dient dem Erosionsschutz. Die Plangenehmigung erfolgte Ende 2017 durch das ALFF im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens. Das erleichterte der Gemeinde die Arbeit, denn sie musste keine weitere Abstimmung durchführen. 2019 wurde mit den Bauarbeiten begonnen: Insgesamt 13 Baumaßnahmen unterschiedlichen Umfangs waren Teil des Plans. Sechs Versickerungsbecken und -mulden mit einer Fläche von rund 6 000 Quadratmetern und vier Versickerungs- und Absetzungsgräben auf einer Länge von etwa 1 400 Metern sind dabei entstanden. Zwei Gräben mit rund 700 Metern Länge wurden neu gebaut sowie eine Rohrleitung auf etwa 100 Metern verlegt. Zum Abschluss gelang es, das

„Rötzel“ vor weiterem Oberflächenwasser des Dorfes zu schützen. So kann es sich wieder erholen und als sogenanntes Trittsteinbiotop und Amphibienlaichplatz fungieren.

Klare Verhältnisse geschaffen

Die Gemeinde Beetzendorf konnte früher nur über einige der Anlagen für den Überschwemmungsschutz verfügen, weil ihr nicht alle Flächen gehörten. Über das Bodenordnungsverfahren wurde diese Problematik gelöst, für alle Privateigentümer konnten einvernehmliche Lösungen gefunden werden.

Die Gesamtkosten aller Maßnahmen belaufen sich auf rund 591 000 Euro. Der Förderanteil macht bei einem 90-prozentigen Fördersatz etwa 533 000 Euro aus. Den erforderlichen Eigenanteil in Höhe von zehn Prozent erbrachte zum einen die Gemeinde Beetzendorf für die wasserbaulichen Schutzmaßnahmen der Ortslage Poppau mit rund 44 500 Euro. Zum anderen übernahm die Teilnehmergeinschaft des Bodenordnungsverfahrens – also alle Flächeneigentümer, die vom Verfahren betroffen waren – die Kosten für die Wiederherstellung des Biotops „Rötzel“, die sich auf etwa 15 000 Euro beliefen. Die Maßnahme zum Schutz des kleinen Gewäs-

sers soll auch den Wegebau ausgleichen, der noch folgt. Da die Teilnehmergeinschaft diese Naturschutz-Maßnahme begrüßt, hat sie entschieden, die Kosten dafür allein zu tragen und die Gemeinde Beetzendorf nicht weiter zu belasten.

Bei den meisten Einwohnern kamen die Maßnahmen gut an, insbesondere bei all jenen, die zuvor von den Überschwemmungen betroffen waren. Gegenstimmen gab es von einigen Unbeteiligten, die den Umfang der Bauarbeiten hinterfragten. Für die Gemeinde Beetzendorf hat sich die Bodenordnung auf jeden Fall gelohnt: Sie konnte ihre jahrelang bestehenden Probleme bei der Rückhaltung von Wasser lösen und die Ortschaft Poppau vor künftigen Starkregenereignissen schützen. Aus eigener Kraft – ohne die Förderung – wäre dies nicht gelungen. ■



KONTAKT:

Michael Tuschick
Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark
Telefon: 03901 846-137
michael.tuschick@alff.mule.sachsen-anhalt.de
www.alff.sachsen-anhalt.de

Die Wattenmeerküste schützen



Der Klimawandel bedroht das Wattenmeer. Der WWF hat gemeinsam mit Partnern drei Zukunftsvarianten für eine Küstenniederung vor Husum erarbeitet. Das Ziel: Küste und Natur schützen, an den Klimawandel anpassen sowie Tourismus und Naherholung fördern.

[VON JANNES FRÖHLICH UND HANS-ULRICH RÖSNER]

Die Erderhitzung bringt Mensch und Natur weltweit in Gefahr, denn der Meeresspiegel steigt zukünftig erheblich schneller. Auch die Natur im Nationalpark und Weltnaturerbe Wattenmeer ist davon bedroht. Kann das Wattenmeer nicht schnell genug mitwachsen, droht es, zu „ertrinken“. Das heißt, in Zukunft könnten viele Wattflächen, Salzwiesen und Teile von Inseln dauerhaft überflutet werden. Dann verlieren auch Vögel ihren Lebensraum. Immer häufiger zerstören außerdem Sturmfluten die Nester von Vögeln, die in den Salzwiesen brüten. Um diese Gefahr für die Menschen und die Natur abzuwenden, ist nicht nur weltweit Klimaschutz notwendig: Es bedarf außerdem großer Anstrengungen, um sich dem auch bei erfolgreichem Klimaschutz weiter ansteigenden Meeresspiegel anzupassen.

Kooperativer Planungsprozess

Mit dem Projekt „Pilotmaßnahmen zur Klimaanpassung mit Kommunen in der schleswig-holsteinischen Wattenmeer-Region“ (PiKKo-Watt) hat sich der World Wide Fund for Na-

ture (WWF Deutschland) für eine naturverträgliche Klimaanpassung des Wattenmeeres engagiert. Dafür arbeitete der WWF mit Fachkundigen der Stadt Husum, aus Behörden, Wirtschaft, Tourismus und mit Aktiven der Bürgerinitiative Dockkoog am Beispiel der Küstenniederung Dockkoog zusammen. Gefördert wurde das Projekt von 2015 bis 2018 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) im Programm „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“.

Das Pilotgebiet Dockkoog liegt im Westen der Stadt Husum direkt am Wattenmeer. Laut des Generalplans Küstenschutz des Landes Schleswig-Holstein muss der Seedeich vor der Küstenniederung („Koog“) verstärkt werden. Zugleich liegt die durch ihn geschützte Niederung zwischen Deich und der Stadt Husum bereits unterhalb des Meeresspiegels. Lokalpolitik und Wirtschaft möchten ein neues Hotel bauen; gleichzeitig suchen die Husumer Bürger dort Erholung. In einem informellen Planungsprozess wurden die kommunalen Entwicklungsziele der Stadt Husum,

die Ziele des Küsten- und Naturschutzes sowie des Tourismus mit den Wünschen der am Projekt Beteiligten zusammengeführt und Pilotaktivitäten umgesetzt.

Drei Varianten für die Zukunft

Als Ergebnis stellte die Projektgruppe Dockkoog Ende 2016 drei Zukunftsvarianten vor: „Weites Land“, „Hotel am Deich“ und „Husumer Hallig“. Alle drei Varianten sorgen für einen besseren Schutz vor Sturmfluten, unterscheiden sich aber in anderer Hinsicht.

In der Variante „Weites Land“ würde der Deich auf der bestehenden, vorderen Linie verstärkt und kein Hotel errichtet. Im Mittelpunkt der Variante stehen der Erhalt der historischen Kulturlandschaft sowie der Schutz des Landschaftsbildes. Störungen der offenen Marschlandschaft würden vermieden und der bereits vorhandene Campingplatz könnte bestehen bleiben.

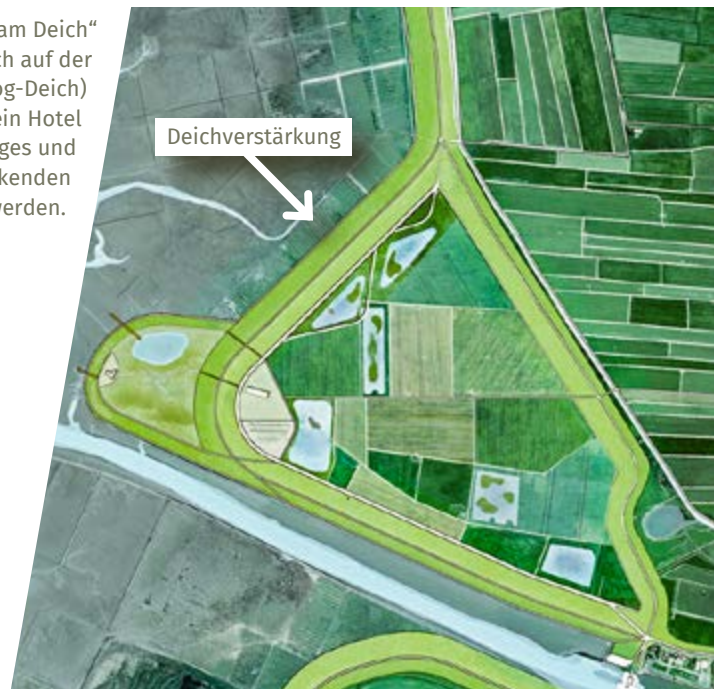
In der Variante „Hotel am Deich“ würde der Deich auf der vorderen Linie verstärkt und es könnte ein größeres Hotel im Westen des Dockkooges hinter dem zu verstärkenden alten Deich neu gebaut werden. Im Mittelpunkt der Variante stehen das Hotel und damit die Weiterentwicklung des Tourismus.

In der Variante „Husumer Hallig“ würde der Deich auf der früheren, weiter im Land liegenden Linie verstärkt und es entstünde eine neue Warft, auf der ein Hotel gebaut werden könnte. Diese Variante steht für ein touristisches Alleinstellungsmerkmal für Husum: ein Hotel auf einer Warft wie auf einer Hallig



In der Variante „Hotel am Deich“ würde der Deich auf der vorderen Linie (Dockkoog-Deich) verstärkt und es könnte ein Hotel im Westen des Dockkooges und hinter dem zu verstärkenden alten Deich neu gebaut werden.

Dockkoog-Deich mit Campingplatz (links) und Badestelle Dockkoog-Spitze (rechts)



wäre etwas Besonderes. Gleichzeitig würde die Natur profitieren, denn durch die Anpassung der Deichlinie könnte das Gebiet aufwachsen. Das heißt, durch regelmäßige Überflutungen würde sich wieder Sediment ablagern und langfristig höheres Land entstehen.

Keine Mehrheit in der Lokalpolitik

Die Planungsvarianten für den Dockkoog wurden frühzeitig den Ausschüssen der Husumer Stadtpolitik vorgestellt, dort debatiert und in einem Ergebnisbericht veröffentlicht. Die Küstenschutzbehörde bescheinigte allen Varianten einen gleich guten Schutz vor Sturmfluten. Bei einer Informationsveranstaltung im Husumer Rathaus im Januar 2017, an der fast 200 Interessierte teilnahmen, stellte die Projektgruppe den Menschen vor Ort die verschiedenen Varianten vor. Es wurde deutlich, dass viele Menschen aus Husum die Hallig-Idee spannend finden, denn sie wäre eine Investition in die Zukunft.

Im Mai 2017, noch vor Abschluss des Projekts, entschied die Stadtvertretung jedoch mehrheitlich, die von vielen Akteuren bevorzugte innovative Variante einer „Husumer Hallig“ nicht weiter zu verfolgen. Stattdessen soll der Deich auf der bestehenden Linie verstärkt und die Variante „Hotel am Deich“ umgesetzt werden. Bis heute hat die Umsetzung noch nicht begonnen, unter anderem aufgrund von offenen Fragen zum bestehenden alten Hotel.

Herausforderung Klimaanpassung

Das Beispiel Dockkoog zeigt, dass ungewöhnliche, praktische und anschauliche Ideen

neue Impulse für die Klimaanpassung setzen können. Fast überall gab es in Husum – und darüber hinaus – eine ausgeprägte Bereitschaft zum Dialog. So wurde die an der Küste insgesamt notwendige Debatte über den Umgang mit dem Meeresspiegelanstieg vor Ort zu einer konkreten Fragestellung geführt. Ziel war es, die Interessen des Küsten- und Naturschutzes, Tourismus sowie der Naherholung bestmöglich zu bündeln.

Gleichzeitig zeigt das Beispiel, dass Fachplanungen nicht zwangsläufig mit politischen Positionen übereinstimmen. Obwohl die Variante „Husumer Hallig“ mit dem Hotel auf einer Warft sehr viel Zustimmung fand, entschieden sich die Mehrheitsfraktionen der Stadtvertretung vor Abschluss des Prozesses dagegen und stattdessen für die Variante „Hotel am Deich“. Politisch gab man der Variante den Vorzug, die unter anderem kurzfristig schneller umsetzbar erschien und weniger Umdenken erforderte, weil sie eine geringe Veränderung der Landschaft bedeutet: Vor allem, da der Dockkoog-Deich bei dieser Variante auf der bestehenden Linie verstärkt wird, das heißt, die bestehende Deichlinie unverändert bleibt. Dagegen fand die für die Klimaanpassung, aber auch für Natur- und Küstenschutz, Tourismus und Naherholung attraktive Variante „Husumer Hallig“ keine Mehrheit. Das verdeutlicht die Herausforderungen, vor denen Maßnahmen zur Klimaanpassung an der Küste stehen. ■

„Das Beispiel Dockkoog zeigt, dass ungewöhnliche, praktische und anschauliche Ideen neue Impulse für die Klimaanpassung setzen können.“

SERVICE:

Mehr über das Projekt:
www.wwf.de/watt/pikkowatt

Zur Dockkoog-Website:
www.wwf.de/themen-projekte/projektregionen/wattenmeer/zukunft-fuer-den-husumer-dockkoog



KONTAKT:

Jannes Fröhlich
WWF Deutschland – Wattenmeerbüro
jannes.froehlich@wwf.de
www.wwf.de/wattenmeer

Klimawandelanpassung in sieben Schritten

Mit einer mittleren Jahrestemperatur von elf Grad war 2020 in Rheinland-Pfalz das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bei einem Coaching-Projekt haben dortige Kommunen erprobt, wie sie mit den Folgen eines veränderten Klimas umgehen können. [VON HANS-JOACHIM RITTER]

Insgesamt 15 unterschiedlich strukturierte Modellkommunen wurden für das Projekt „KlimawandelAnpassungs-COACH RLP“ ausgewählt: Neben fünf Städten waren es drei Landkreise, sechs Verbandsgemeinden sowie eine Ortsgemeinde. Projektträger war die Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V., die bereits positive Erfahrungen mit dem kommunalen Bildungsprojekt „KlimawandelLernen RLP – BauGB“ gesammelt hatte. Gefördert wurde das dreijährige Projekt vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit; als Kooperationspartner wirkte das Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen mit.

Anpassung in sieben Schritten

Während in Städten wie Trier und Koblenz eher die Hitzevorsorge im Fokus stand, ging es im ländlichen Raum vor allem um die Starkregenvorsorge und die Anpassung der Wälder an den Klimawandel. Die Maßnahmen der Kommunen reichten von Leitstrategien zur Klimawandelanpassung über ein Bürgerpartizipationsprojekt zur Begrünung eines öffentlichen Platzes, Dach- und Fassadenbegrünungen bis hin zu Neubauten mit Solar- oder Photovoltaik-Anlagen.

Um ihre Maßnahmen festzulegen, durchliefen die Kreise, Städte und Kommunen sieben Prozessschritte: Es bedurfte zuallererst des politischen Willens und der Handlungsmotivation der Verwaltung, die ein Klimawandelanpassungs-Management institutionalisierten. Auf Grundlage von Betroffenheits- und Vulnerabilitätsanalysen sowie Wetterdaten erarbeiteten die Verantwortlichen aus den Kommunen danach eine Leitstrategie. Daraus ließen sich Anpassungsmaßnahmen ableiten und in die Praxis übertragen. Dabei galt es, die Anpassung in Planungsinstrumenten wie der Bauleitplanung zu verankern sowie die Bürger durch Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen.

Das Projekt KlimawandelAnpassungsCOACH RLP wurde für seine Leistungen mit dem Blauen Kompass des Umweltbundesamtes ausgezeichnet. Bei der Preisverleihung im November 2020 gratulierte auch Bundesumweltministerin Svenja Schulze (links oben).

Innerorts: das „3-Farbenprinzip“

Jede Modellkommune verabschiedete Maßnahmensteckbriefe; Abschlussdokumentationen fassen die Aktivitäten zusammen. Außerdem entstanden ein Gesamtbericht des Projekts und neun Hintergrundpapiere, beispielsweise zur klimagerechten Stadtentwicklung.

Konkrete Maßnahmen – mit der Empfehlung zur Nachahmung – stellt die projektabschließende Broschüre vor, denn auch andere Kommunen können sich im bebauten Bereich auf die zu erwartenden Folgen des Klimawandels einstellen: indem sie Stadtbäume pflanzen, Wasserflächen anlegen und den Biorohstoff Holz verwenden. Die Handlungsfelder lassen sich im 3-Farbenprinzip „Grün, Blau, Beige“ zusammenfassen. Grün: Stadtgrün schützt vor innerörtlicher Hitze und Trockenheit; Blau: Das sogenannte „Schwammstadt-Prinzip“ mit Retentionsflächen mildert negative Folgen von Starkregen und Hochwasser ab; Beige: Der Baustoff Holz bindet klimaschädliches Kohlendioxid und dämmt gegen Temperaturextreme.

Gut angekommen

Bei der Abschlussveranstaltung des Projekts sah Ulrich Matthes, Leiter des Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen, seine Erwartungen übertroffen: „Es ist nicht nur

gelingen, im Dialog mit Verwaltungsakteuren Maßnahmen zu erarbeiten und den Weg zur Umsetzung in die Praxis zu skizzieren, sondern es konnten – als Kür des Projekts – sogar erste Maßnahmen gestartet und umgesetzt werden.“ Das Projekt hat überregionale Bekanntheit erlangt und andere Länder haben das Konzept für eigene Anpassungsstrategien aufgegriffen. Im November 2020 wurde es mit dem „Blauen Kompass“ des Umweltbundesamtes ausgezeichnet. ■

SERVICE:

Mehr zum Projekt unter:
www.kwis-rlp.de > Anpassungsportal > Für Städte und Kommunen

Die gedruckte Abschlussbroschüre „GRÜN BLAU BEIGE. Klimawandelangepasste Kommunen zeigen wie's geht“ kann gegen eine Schutzgebühr von zehn Euro bei der Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V. angefordert werden.



KONTAKT:

Hans-Joachim Ritter
Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.
Telefon: 07272 3648
stiftung-fuer-oekologie-u-demo@t-online.de
www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de



Foto: Umweltbundesamt



Brauchen Kommunen mehr Konzept?

Die Anpassung an den Klimawandel ist eine Herausforderung. Trotz aller Prognosen weiß niemand genau, was auf Deutschland zukommt. Wie können und sollten Kommunen agieren?

Daniel Knopf

ist Geschäftsführer des Thüringer Instituts für Nachhaltigkeit und Klimaschutz (ThINK). Er forscht und berät Kommunen zum Thema Klimawandel.
www.think-jena.de

„Herr Knopf, viele ländliche Kommunen wappnen sich bereits für den Klimawandel, andere unternehmen noch nichts. Ist der Handlungsbedarf nicht bei allen gegeben?“

Das Thema wird jede Kommune und jeden Landkreis sukzessive treffen – den einen Ort früher als den anderen. Das Thema ist noch nicht im Bewusstsein angekommen, es rückt jedoch mehr und mehr in den Fokus. Unser Büro hat nach den trockenen Sommern 2018 und 2019 ein verstärktes Interesse der Kommunen wahrgenommen. Diese Ereignisse haben wachgerüttelt. So ist es häufig: Man muss erst etwas erleben, bevor man aktiv wird. Reine Projektionen der Wissenschaft reichen oft nicht aus, sondern es bedarf schadhafter Ereignisse. Ich fürchte, das ist menschlich.

„Förderprogramme sind die wichtigste Stellschraube, damit es vorangeht.“

Fehlt es darum in vielen Verwaltungen an Aufgeschlossenheit?

Eine Verwaltung hat ihr eigenes Geschäft: Sie verwaltet und befasst sich mit dem Status quo. Perspektiven entwickeln, Konzepte entwerfen und zukunftsgerichtet agieren, das ist eine relativ neue Herangehensweise

an die Verwaltungsarbeit; sie hält immer stärker Einzug. In der Regel müssen sich die Mitarbeitenden mit Themen befassen, die viel naheliegender sind, etwa mit aktuellen Problemen. Meist sind die Verwaltungen unterbesetzt, sodass die Mitarbeitenden keine Kapazitäten haben, über ihren Tellerrand hinauszublicken, und sie werden es auch nicht tun, wenn es nicht dringlich wird.

Braucht es also gesetzliche Vorgaben wie Klimaanpassungsgesetze?

Ich bin kein Befürworter von gesetzlichen Regularien. Ich finde es nicht gut, die Kommunen zu etwas zu zwingen, zu dem sie nicht bereit sind oder wofür sie keine Kapazitäten haben. Das erzeugt Probleme an anderer Stelle, sodass andere Aufgaben womöglich nicht erfüllt werden. Wenn man diesen Weg geht, dann muss man Kommunen befähigen, etwa über Förderungen oder Gelder für zusätzliche Arbeitsstellen. Darüber hinaus bin ich der Ansicht, dass wir den Klimawandel auf einer übergeordneten Ebene angehen müssen: Er wirft eine Systemfrage auf, denn er betrifft unsere gesamte Wirtschaftsweise, große Bereiche wie Mobilität und Energieversorgung. Die Politik suggeriert den Bürgern dagegen gerne, dass wir den Klimawandel in den Griff bekommen, wenn jeder Einzelne etwas tut. Ich finde es natürlich auch gut, wenn sich alle bemühen – das sind aber Tropfen auf den heißen Stein. In der Summe macht es bestimmt etwas aus, aber aufhalten werden wir den Klimawandel dadurch nicht. Das geht nur übergeordnet.

Wären für die Klimaanpassung mehr Förderprogramme hilfreich?

Absolut. Es gibt bereits verschiedene Bundes- und Landesprogramme, die Maßnahmen mit bis zu 90 Prozent fördern. Ohne diese Programme würde es einen Großteil der Konzepte gar nicht geben, die derzeit umgesetzt werden. Sie sind die wichtigste Stellschraube, damit es vorangeht. Doch die Förderangebote sind ausbaufähig.

Was braucht es noch?

Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass es nur der erste Schritt ist, ein Konzept zu erstellen. Unsere Aufgabe als Büro ist es, den Verantwortlichen in den Kommunen klarzumachen, dass sie damit den Grundstein gelegt haben, mit dem die eigentliche Arbeit erst beginnt. Häufig versteht die Politik nämlich mit dem Konzept ihre Aufgabe als erledigt – dann ist es nur für die Schublade. Doch das Konzept beschreibt die Schritte, die die Kommune gehen muss, auch wenn aktuelle Themen dringender erscheinen. Dazu sollten sich Arbeitsgruppen bilden, denn das Thema Klimawandel spielt in alle Bereiche der Kommune hinein: Tiefbau, Stadtgrün, Katastrophenschutz, medizinische Versorgung. Vertreter dieser Bereiche sollten sich regelmäßig über aktuelle Probleme und künftige Herausforderungen austauschen – und evaluieren, was bereits erreicht wurde.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte
Andrea Birrenbach. ■

Eine Kostprobe Zukunft

Ein Projekt aus Sachsen-Anhalt will die Landwirtschaft für die Folgen des Klimawandels wappnen. Dafür setzt das Team auf neue Pflanzen, innovative Anbausysteme – und die Erschließung eines Marktes für pflanzenbasierte Ernährung aus der Region. [VON SABRINA STRECKER]

Artischocken, Kichererbsen oder Quinoa aus Mitteldeutschland? Wenn es nach dem Projekt „Zukunftsspeisen – Superfoods aus Sachsen-Anhalt“ geht, ist das keine kühne Wunschvorstellung. Das interdisziplinäre Team aus der Ernährungs- und Agrarwissenschaft will der Landwirtschaft neue Perspektiven eröffnen und sie bei der Klimaanpassung unterstützen. Denn der Anbau von Kulturpflanzen, auf den die Landwirtschaft momentan setzt, wird durch den Klimawandel erschwert: lange Hitzeperioden, Dürre, Schädlinge und Bodenerosion setzen ihm zunehmend zu.

Deshalb starteten Agrar- und Umweltwissenschaftlerin Urte Grauwinkel und Ernährungswissenschaftler Dr. Toni Meier von der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg mit einem Team aus Forschenden und Studierenden unterschiedlicher Disziplinen im Frühling 2019 die Zukunftsspeisen. „Wir brauchen Projekte, bei denen wir zusammen an einem Tisch sitzen. Denn wir alle sprechen über die Ernährungswende und den Klimawandel“, sagt Grauwinkel. Gemeinsam arbeiten sie nun an Wegen, die Landwirtschaft klimaresilienter zu machen. Dafür kooperieren sie mit fünf Bio-Betrieben, darunter drei Landwirtschaftsbetriebe und zwei Gärtnereien. Gefördert wird das Projekt über die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri).

Alte Technologien, neue Pflanzen

Auf den Feldern und in den Gärtnereien widmet sich das Team drei zentralen Fragen: Wie bleibt das Wasser im Boden? Wie lassen sich darin Nährstoffe bewahren? Und welche Kulturpflanzen eignen sich in Zukunft für den regionalen Anbau? Dafür führt es auf den Flächen der Landwirtschaftsbetriebe Versuche unter anderem mit Agroforstsystemen durch. Früher waren häufig Hecken und Bäume auf dem Acker oder an seinen Rändern zu finden – im Zuge der Intensivierung der Landwirtschaft wurden sie entfernt, um größere zusammenhängende Ackerflächen zu schaffen. „Jetzt kommen wir zu dem Schluss, dass wir wieder Bäume auf dem Acker brauchen“, resümiert die Agrarwissenschaftlerin. Der erhoffte Effekt: Sie stoppen den Wind, sodass Feuchtigkeit und Nährstoffe im Boden bleiben und er nicht abgetragen wird. Um diese Ziele in den Gärtnereien zu erreichen, probierte das Team weiterhin verschiedene Mulchsysteme aus – etwa mit Schafwolle, eine alte Technik.

Parallel dazu experimentiert das Team auf den Feldern mit Pflanzenkohle, die in thermisch-chemischen Verfahren aus Pflanzenresten gewonnen wird. „Die Pflanzenkohle wirkt wie ein Schwamm“, erklärt Grauwinkel. „Wir haben festgestellt, dass da, wo sie in den Boden eingearbeitet war, ein höherer Feuchtigkeitsgehalt herrscht.“ Ob die Pflanzenkohle auch die Bodenfruchtbarkeit er-

höht, ließ sich nach einem Jahr noch nicht nachweisen. Herausfordernd bleibt die Praxisstauglichkeit: „Damit sich der Einsatz von Pflanzenkohle für die Betriebe lohnt, müsste sie regional verfügbar und erschwinglich sein. Das ist aktuell noch nicht der Fall.“ Solche Angebote aufzubauen, könnte sich aber umso mehr lohnen: Pflanzenkohle birgt auch die Möglichkeit, CO₂ auf den Ackerflächen zu binden.

Kombiniert mit Pflanzenkohle testen die Betriebe den Anbau von Pflanzen, die in der Regel nach Deutschland importiert werden – zum Beispiel Quinoa oder Kichererbsen –, sowie von Hirse oder Hanf. Gerade Quinoa hat für den regionalen Anbau viel Potenzial, da die Pflanze als anspruchslos gilt. Die Aussaat erfolgt auf lockeren Böden, zusätzlichen Dünger oder Wasser benötigt sie kaum. Im Sommerwetter in Deutschland kann sie gut gedeihen. Noch fehlt allerdings die Nachfrage. „Der Markt ist momentan gedeckt durch Ware aus Bolivien und Peru“, sagt Grauwinkel. „Wir müssen zeigen, dass Quinoa auch hier wächst und regionale Ware sein kann.“ Weitere 30 trockenresistente Pflanzen werden in diesem Jahr in den Gärtnereien erprobt. Dazu gehören Amarant, das eigentlich in Lateinamerika wächst, die Minihirse Teff aus Äthiopien oder Artischocken, die vor allem in Südfrankreich und Italien angebaut werden. Eine Herausforderung dabei sind allerdings die hierzulande auftretenden Spätfröste.

Landwirtschaft nutzt Nischen

Einige der im Projekt getesteten Pflanzen sind inzwischen schon in Deutschland verbreitet, vor allem Quinoa und Kichererbsen sieht Grauwinkel auf dem Vormarsch. „Das liegt vor allem daran, dass die Bauern nach neuen Möglichkeiten suchen, nach Nischen im Absatzmarkt. Auf einer Konferenz in Baden-Württemberg traf ich mehrere Kichererbsen-Bauern, in Bayern setzen einige auf Quinoa und ich habe auch Interessenten für Hirse, die anrufen und um Rat fragen.“ Auch die Gärtnereien würden mehr probieren, etwa Physalis, Paprika oder Melonen. „Ich



Die Kichererbse wird hierzulande auf immer mehr Feldern angebaut: Der Biohof Schulze Niehoff in der Magdeburger Börde setzt seit 2019 auf die Hülsenfrucht.



Wollen die landwirtschaftliche Produktion klimaresilienter gestalten und gesundheitsfördernde Lebensmittel entwickeln: Ernährungswissenschaftler Dr. Toni Meier und Agrar- und Umweltwissenschaftlerin Urte Grauwinkel.

komme aus einer Gärtnerfamilie, Melonen gab es früher nicht bei uns im Anbau“, sagt Grauwinkel. „Das hat sich geändert.“

Dennoch sei es vielfach so, dass sich landwirtschaftliche Betriebe nicht einfach an neue Pflanzen herantrauen, schließlich sei das kostenintensiv und passendes Saatgut mitunter schwer zu bekommen. „Deswegen ist es gut, dass wir das im Projekt ausprobieren und Daten liefern können.“ Dafür begleitet das Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der Universität Halle/Wittenberg die Feldversuche – unterstützt von Studierenden, die ihre Abschlussarbeiten darüber schreiben. Im Labor werden Humus- und Nährstoffgehalte untersucht, auf dem Feld die Feuchte der Böden, außerdem die Photosyntheseleistungen und Klimaresilienz der Pflanzen – und am Ende auch deren Gesundheitswerte.

Für bunte Speisepläne

Denn das Projekt endet nicht beim Anbau. Gemeinsam mit Ernährungswissenschaftlern und Studierenden auf diesem Gebiet entwickelt das Projektteam Speisepläne und Pro-

dukte aus Quinoa, Kichererbsen, Hirse oder Buchweizen. „Wir fokussieren uns im Projekt auf die Gemeinschaftsverpflegung wie Kantinen, Groß-, Schul- und Kindergartenküchen, um die Speisepläne bunter zu machen“, sagt Grauwinkel. Für eine gleichermaßen zukunftsfähige wie gesunde Ernährung eignen sich Hirse, Quinoa und Co. sehr gut: Sie sind glutenfrei und reich an Proteinen, Vitaminen und Mineralstoffen.

Ob Hirsekroketten, QuinoacROUTONS oder Buchweizenbratlinge in der Breite ankommen, testet das Team bei Verkostungen auf Wochenmärkten in der Region und direkt auf dem Campus. „Unsere größten Kritiker sind letztlich aber nicht die Kunden, sondern die Köche selbst“, sagt Grauwinkel. „Wenn sie 25 Kilo Quinoa vor sich haben, dann schauen sie mich groß an und fragen: ‚Und was soll ich damit machen?!‘“ Um sie zu erreichen, bietet das Team Koch-Workshops an. Seit dem vergangenen Jahr unterstützt es außerdem die Initiative „Zukunftsmensa“ von Studierenden der Universität Halle, die sich für nachhaltiges Essen in der Mensa einsetzt.

Grauwinkel: „Ich finde bemerkenswert, wie sie sich engagieren, welche Power sie haben und welchen Willen, etwas zu bewegen.“

Inzwischen läuft das Projekt Zukunftsspeisen seit zwei Jahren. Die Unterstützung von vielen Seiten wächst, neben Akteuren der Universität ist auch ein Magdeburger Unverpackt-Laden als Projektpartner involviert; weitere Abnehmer für Kichererbsen und Quinoa fanden sich im Bio-Großhandel und in der Gastronomie. Das Kernteam hat sich inzwischen verdoppelt und bindet immer mehr Interessierte in die Arbeit ein. „Wir haben noch viel vor“, resümiert Grauwinkel. ■



KONTAKT:

Urte Grauwinkel
Zukunftsspeisen
Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg
Telefon: 0341 3081269
post@zukunftsspeisen.de
www.zukunftsspeisen.com

Medien im Kindergarten

Wer früh mit Medien in Berührung kommt, muss auch früh in der richtigen Nutzung geschult werden. Die Online-Weiterbildung Kit@ unterstützt die medienpädagogische Arbeit in Kindertagesstätten und fördert Medienkompetenz bei den ganz Kleinen.

[VON „GENERATIONEN GEHEN GEMEINSAM (G3) E. V.“]

Mamas Handy, Papas Tablet oder der Fernseher: Medien üben schon auf die ganz Kleinen eine Faszination aus. Fotos machen ist oft kein Problem, aber allein die technische Handhabung ist noch keine Medienkompetenz. Sie frühzeitig zu schulen, wird immer wichtiger. Dieser Aufgabe hat sich das Projektteam von „Kit@“ angenommen. „Wir zeigen, wie Medienerziehung mit wenig Aufwand in der Kita umgesetzt werden kann, und schulen Erzieherinnen und Erzieher online – im eigenen Tempo, wann und wo es passt“, sagt Anke Robert. Sie ist Projektkoordinatorin beim Verein „Generationen gehen gemeinsam (G3) e. V.“, der das Kit@-Projekt leitet und koordiniert.

Der Verein sitzt in Finsterwalde im Landkreis Elbe-Elster. Medienpädagogen gibt es vor Ort wenige und entsprechende Weiterbildungen sind für pädagogische Fachkräfte aus der Region oft mit mehrtägigen Dienstreisen und hohen Kosten verbunden. Auch technisch unterscheiden sich die Voraussetzungen der ländlichen Kindertagesstätten von modernen Großstadt-Kitas: WLAN oder Computer für jede Fachkraft sind Mangelware – das muss bei Weiterbildungen einbezogen werden. Kit@ macht genau das und zeigt, wie Medienerziehung auch mit geringer technischer Ausstattung funktionieren kann.

Europäische Projektarbeit

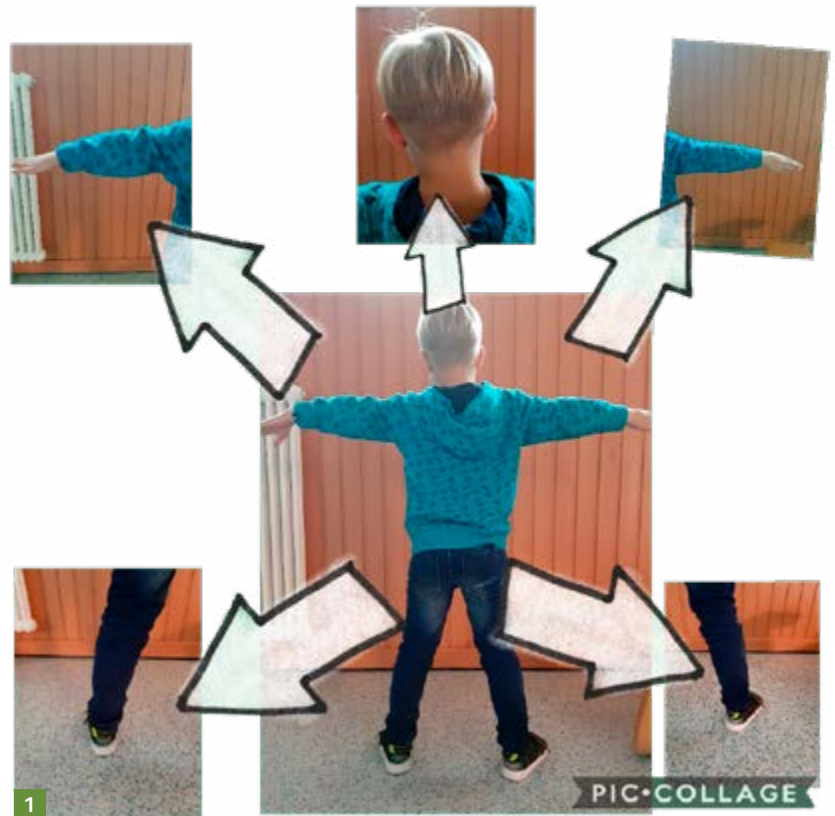
Für die optimale Entwicklung und Umsetzung des Projekts hat sich der Verein mit internationalen Partnern zusammengetan. Möglich wird dies durch das Programm „Erasmus+“ der Europäischen Union. Über drei Jahre wurde das Projekt gefördert. „Viele europäische Partner leben in ganz ähnlichen ländlichen Regionen wie wir. Der Austausch über Voraussetzungen, Ausstattung und Anforderungen hat das Projekt bereichert“, so Anke Robert. Das Ergebnis: eine Lernplattform mit Online-Kursen in sechs Sprachen. Zehn Module bieten Basiswissen zu Medienerziehung und neuer Technologie, informieren über die Medienwahrnehmung von Kindergartenkindern und bieten zahlreiche Beispiele, wie Medien im Kindergartenalltag eingesetzt werden können. Mit einem Online-Test können Interessierte das Kit@ E-Learning-Tool abschließen.

Wissenschaftlich begleitet wurde Kit@ durch die Universität in Lissabon. In einer Studie verglich sie die Situation der beteiligten Länder, um daraus Schlüsse für das Weiterbildungskonzept zu ziehen. Das Projektteam brachte außerdem sein Wissen zur frühkindlichen Entwicklung ein, um die Unterrichtsthemen optimal abzustimmen. Die Inhalte der Online-Kurse wurden durch Medienpädagogin Eva-Maria Aurenz von der E&G Projekt Agentur GmbH erstellt. Sie arbeitet seit Jahren mit Erziehern und Lehrkräften und leitet Weiterbildungen zu dem Thema. „Medienkompetenz bedeutet nicht, nur über Medien zu sprechen und diese zu erklären, sondern sie aktiv zu nutzen und als Werkzeug zu verstehen“, sagt Aurenz.

Wie das im Alltag konkret umgesetzt werden kann, verdeutlichen die Praxisbeispiele. Sie wurden mit einer Finsterwalder Kindertagesstätte entwickelt, erprobt und angepasst. „Alle Beispiele wurden bereits mit Kindern getestet. Dauer, Umfang und Tipps ergänzen

die Schritt-für-Schritt-Erklärungen. Ziel ist es, dass jede Erzieherin und jeder Erzieher, unabhängig von Ausstattung und Wissenstand, mit Medien aktiv werden kann“, fasst Aurenz zusammen. Die Anwendung des Gelernten in der Kindertagesstätte sei ein wichtiger Aspekt des Projekts: „Bei der kreativen und aktiven Nutzung können Kinder nicht nur ihren Handlungsspielraum erweitern, sondern auch etwas über die Herstellung von Medienprodukten lernen. Denn wie Medien funktionieren, was sie beabsichtigen und wie sie uns beeinflussen, lernen Kinder am besten, indem sie selbst kreativ und aktiv mit diesen arbeiten.“

Pädagogen aus Griechenland und der Slowakei steuerten ihre Erfahrungen und ihr Wissen bei. Die Inhalte der Weiterbildung variieren von Land zu Land, denn länderspezifische Regelungen, beispielsweise beim Thema Jugendschutz, wurden berücksichtigt. Ein Partner aus Bulgarien lieferte die technische Expertise, um die Idee vom länderübergreifenden Online-Angebot umzusetzen.





Die Evangelische Kindertagesstätte Regenbogen in Finsterwalde hat den Einsatz von Medien getestet: beispielsweise die kreative Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper (1) oder bei Bastelaktionen (2).

2

Medien im Kita-Alltag

Übergreifendes Ziel der Weiterbildung ist, dass sich Erziehende so sicher im Umgang mit Medien fühlen, dass ihr Einsatz in der Kita ganz selbstverständlich als eine von vielen Möglichkeiten gesehen wird und Medienerziehung in den Kitas stattfindet.



Mit einer einfachen Digitalkamera lassen sich beispielsweise tolle Projekte machen – ohne, dass das Medium Kamera im Fokus steht. Vielmehr wird die aktive und kreative Benutzung von Medien unterstützt. So können Kinder beim Kennenlernen des eigenen Körpers beispielsweise selbst Körperteile eines anderen Kindes abfotografieren und diese dann gemeinsam in einer Collage zusammensetzen. Die Auseinandersetzung mit dem Körper und den einzelnen Körperteilen eignet sich gut, um Erfahrungen aus der realen mit der digitalen Lebenswelt zu verbinden. Dadurch wird das Körperbewusstsein der Kinder in einer kreativen und aktiven Weise gefördert. Beim Erstellen der Fotos trainieren die Kinder außerdem die Konzentration und die visuelle Wahrnehmung.

Vielleicht mutet dieses Beispiel angesichts der Selbstdarstellung vieler Jugendlicher auf TikTok und in anderen sozialen Medien erst einmal seltsam an. Kindergartenkinder können die Konsequenz ihrer Mediennutzung noch weniger abschätzen. Sie dafür zu sensi-

bilisieren und Medien auch kritisch zu hinterfragen: Auch darum geht es bei Kit@. Ob schnell umsetzbare Fotoprojekte oder anspruchsvollere und umfangreichere Video- und Coding-Projekte, die an das Programmieren heranführen, Aktionen mit oder ohne Medien – Kit@ liefert vielseitige Ideen, wie Erziehende Medien sinnvoll in den Kita-Alltag integrieren können.

Und nach dem Projekt?

Inzwischen ist das Projekt beendet, aber die Inhalte stehen weiter zur Verfügung. „Jeder, der sein Medienwissen erweitern möchte, ist eingeladen, unsere Weiterbildungsmodule zu absolvieren“, ermutigen die Kit@-Partners. Dabei sind die Inhalte nicht exklusiv für den ländlichen Raum erstellt – aber speziell an dessen Bedürfnissen ausgerichtet. Die Teilnahme an der Weiterbildung sowie der Download der Materialien sind im Sinne der Projekte von Erasmus+ kostenlos. Und auch wenn die nächste technische Neuerung sicher kommt: Kit@ vermittelt Grundlagenwissen zum Umgang mit und dem Einsatz von Medien, das unabhängig und auch über den Projektzeitraum hinaus funktioniert.

„Die positive Resonanz der Erzieherinnen und Erzieher hat gezeigt, wie relevant das Thema Medienerziehung in den ländlichen Räumen Europas

ist“, fasst Sven Guntermann, G3-Vereinsvorsitzender und Regionalmanager der LEADER-Region Elbe-Elster, das Projektergebnis zusammen. Doch nicht nur die Fachkräfte zeigen Interesse an der Weiterbildung, sondern auch Eltern. Aus diesem Grund steckt das Team bereits im nächsten Erasmus-Projekt: „MediaParents“ richtet sich an Eltern von Kindern zwischen zwei und 18 Jahren und bietet von Social Media bis Mediennutzung Themen, die Eltern beim Umgang mit Medien bewegen. Das Projekt regt die Durchführung von medienpädagogischen Elternabenden an, um die heimische Medienerziehung zu unterstützen. Geschulte Eltern und Pädagogen sollen sich weiter vernetzen und so auch über die Bildungseinrichtungen hinaus Medienkompetenz stärken. Denn nicht erst seit Corona ist die Nutzung von Handy, Tablet und Co. bei Kindern hoch im Kurs und sollte vor allem durch Eltern und Pädagogen begleitet werden. ■

SERVICE:

Weiterführende Links:

www.kita-project.eu
www.mediaparents.eu



KONTAKT:

Anke Robert
 Generationen gehen gemeinsam (G3) e. V.
 Telefon: 03531 718288
info@gdrei-web.de
www.gdrei-web.de

Gebt den Menschen mehr Natur

Der Garten – für die einen Ruheoase und Rückzugsort, für andere viel Arbeit.

Ein Verein in Sachsen-Anhalt sieht in Gärten, Parks und Grünanlagen viel mehr:

Orte zum Leben und Lernen, Erholen und Genießen, Helfen und Heilen. [VON SOPHIA NEUHOFF]

Bunte Kostüme, fröhliche Musik und ausgelassene Menschen: Der „Gartensommer“ war auch 2020 wieder ein voller Erfolg – trotz Corona, denn auf den weitläufigen, luftigen Flächen eines Gartens sind die Hygieneregeln leicht einzuhalten. Das Konzept der Veranstaltung der „gARTENakademie Sachsen-Anhalt e. V.“ ist schlicht, aber erfolgreich: Menschen öffnen ihre Gärten für andere Gartenfreunde und geben ihnen die Möglichkeit, abseits von Gartenarbeit und eigenem Anspruch die Natur zu erleben. Die Gäste sitzen bei Kaffee und Kuchen in einem fremden Garten und lassen sich von der Natur bezaubern. Wenn nicht gerade Führungen durch die Gastgebenden angeboten werden, fachsimpeln die Hobbygärtner dabei wild über Dieses und Jenes – von Anbaumethoden über Düngemöglichkeiten bis hin zur Sortenvielfalt.

Die Aktion „Offene Gärten“ lädt in Sachsen-Anhalt seit über zehn Jahren im Rahmen des Gartensommers in private Gärten ein. In den Jahren 2019 und 2020 besuchten sie mehr als 20 000 Gartenfreunde. Mit der Aktion will die Gartenakademie auch zeigen: Jeder Garten ist ein individueller Ausdruck der Menschen, die ihn gestalten und pflegen.

Mehr Naturnähe im Grünen

Seit der Gründung vor zehn Jahren verfolgt der gemeinnützige Verein eine Vision: Gärten und Parks als Begegnungsräume von kultureller und künstlerischer Bedeutung entwickeln und sie als Orte für Denkmal-, Landschafts-, Natur- und Umweltschutz für die nachfolgenden Generationen erhalten. „Private Gärten können ebenso wie öffentliche Grünräume auf anschauliche Weise Gartenwissen und ökologische Zusammenhänge vermitteln“, sagt Christa Ringkamp, die den Verein als Projektentwicklerin und Netzwerkerin unterstützt. Sie bringt rund 40 Jahre Be-



GARTENFREUNDE

Im Verein tauschen sich Gartenfreunde über Tipps und Tricks aus.

rufserfahrung als Landschaftsarchitektin mit. „Die Gärten machen das Wissen erleb- und begreifbar.“

Der Verein versucht, Garteneigentümer und Verantwortliche in Kommunen für das Thema ökologische Gärten und Parks zu sensibilisieren. „Insektenrückgang und Klimawandel sind in aller Munde“, so Ringkamp. Wenn sie gefragt wird, was man tun kann, ist ihre Antwort: „Vor der eigenen Tür beginnen!“ Sie bringt sich für die Gartenakademie bei der Projektentwicklung und -betreuung, der Fördermittelberatung sowie bei der Vernetzungsarbeit ein. „Wir wollen insbesondere Menschen erreichen, in deren Vorgärten bislang Steine liegen, weil sie keine Zeit zum Gärtnern finden.“

Ein Ziel des Vereins ist, zu zeigen, dass sich der Arbeitsaufwand beim ökologischen Gestalten und Pflegen in Grenzen hält und dass das Mittun im Netzwerk Garten interessante Menschen zusammenbringt. Deshalb fördert die Gartenakademie den direkten Austausch und lässt ihn zu einem persönlichen Erlebnis werden. „Es macht ganz einfach Spaß, Gäste in den eigenen Garten einzuladen und gemeinsam die Natur zu spüren“, so Ringkamp.

Auf Torf, Pestizide und chemisch-synthetische Dünger zu verzichten, das sind die Kernkriterien der Bewegung „NATUR im GARTEN“, der sich der Verein vor rund acht Jahren angeschlossen hat. Eigentümer, die auf diese Weise gärtnern, können ihren



„Offene Gärten“:
Seit über zehn Jahren
laden bei dieser Aktion private
Gartenbesitzer in Sachsen-Anhalt
auf ihre Flächen ein.



Garten durch den Verein zertifizieren lassen. „Mit der Plakette am Gartenzaun zeigen sie nach außen, dass sie umweltbewusst handeln, großen Wert auf biologische Vielfalt und die Gestaltung mit heimischen sowie ökologisch wertvollen Pflanzen legen“, sagt Ringkamp. Die Bewegung Natur im Garten wurde vor über 20 Jahren in Niederösterreich ins Leben gerufen: Europaweit sind seitdem rund 20 000 Anlagen mit dieser Plakette ausgezeichnet worden. Über 350 Gartenplaketten zieren mittlerweile sachsen-anhaltische Haus- und Kleingärten, historische Parkanlagen und auch Grünanlagen von Kindergärten und Schulen – also kommunale Flächen.

Kommunen haben Vorbildfunktion

Der Verein wünscht sich mehr „grüne Gemeinden“. Die Gartenakademie schult aus diesem Grund Bauhofmitarbeiter und Planungsverantwortliche in den Kommunen in der nachhaltigen Wiesen- und Rasenpflege, dem fachgerechten Strauch- und Obstbaumschnitt, der naturnahen Stauden- und Gehölzverwendung sowie dazu, wie naturverträgliche Wildkrautbeseitigung und Bodenpflege funktionieren. Denn vielfältig und naturnah gestaltete öffentliche Grünflächen trügen dazu bei, dass Menschen die eigenen Gärten ähnlich pflegten und entwickelten, sagt Ringkamp.

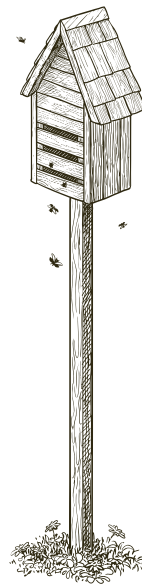
Im Gründungsjahr des Vereins war das Thema Nachhaltigkeit viel unbedeutender als heute. Seit einigen Jahren gewinnt es an Relevanz und die Kommunen müssen sich entsprechend positionieren. Der Verein berät sie zu Themen wie Klimawandel und Biodiversität: Die Gartenbe-

rater zeigen den Verantwortlichen beispielsweise, wie Blühwiesen angelegt und gepflegt oder wie Grünflächen von Sportplätzen, Friedhöfen, Kindergärten oder Schulen ohne Chemie bewirtschaftet werden können.

Spielraum für mehr Ökologie

Kommunen haben viele Möglichkeiten, sich für Ökologie und Nachhaltigkeit einzusetzen. Neben Blühwiesen für Biene & Co., die nur einmal jährlich gemäht werden, können sie beispielsweise für ihre Parkplatzgestaltung mehr Bäume und andere Bodenbeläge einplanen oder dort Elektroanschlüsse für Fahrräder implementieren. „Über die gesamte Bepflanzung einer Stadt oder Gemeinde muss nachgedacht werden“, sagt Dr. Christoph von Katte, Vorsitzender des Vereins. Wären statt vieler Zierrosen nachhaltigere Stauden denkbar? Ist es möglich, das zusammengefallene Laub auf kommunalen Flächen nicht zu entsorgen, sondern unter Bäumen und Sträuchern zu sammeln, sodass dort Igel überwintern?

Ein Anliegen der Gartenakademie ist, nachhaltig gestaltete kommunale Grünflächen in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und sie zu sozialen Treffpunkten zu machen. Der Verein ermuntert Kommunen dazu, Informationstafeln aufzustellen oder Gartenführungen anzubieten und Bildungsprojekte zu initiieren. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass Kommunen Gemeinschaftsgärten anlegen oder darüber informieren, wie die Menschen vor Ort im eigenen Garten oder auf dem eigenen Balkon Kräuter und Gemüse anpflanzen können.



BERATUNG

Die Beratenden veranschaulichen, wie Gärten und Grünräume ökologisch und naturnah gestaltet und gepflegt werden können.

Orte für lebenslanges Lernen

Die Gartenakademie möchte möglichst viele Menschen für Gärten begeistern. Deshalb bietet sie landesweit theoretische sowie praktische Schulungen und Fortbildungen in den Bereichen Gartendenkmalpflege, Gartenkunst, -bau und -pädagogik an. Die Beratenden veranschaulichen, wie Gärten und Grünräume ökologisch und naturnah gestaltet und gepflegt werden können, und informieren auch zu speziellen Themen wie Pflanzenkohle, Dachbegrünung oder Teichbau. Sie vermitteln Schülern grüne Berufe sowie Umweltbildung für Kinder und Senioren – zurzeit jedoch nicht. Darüber hinaus informiert der Verein über Gemüseanbau und Kräuterkunde und er organisiert Gartenreisen zu lokalen, regionalen, nationalen und auch internationalen privaten und öffentlichen Gartenjuwelen. Die Gartenakademie ist ein privater Verein ohne institutionelle Förderung und finanziert ihre Angebote über Förderung für Einzelprojekte, Mitgliedsbeiträge und Teilnahmegebühren.

Bei regelmäßigen Stammtischen, Treffen und Exkursionen vernetzen sich die Mitglieder: Sie besuchen sich und ihre Gärten und tauschen Erfahrungen aus. „Den Austausch über den Gartenzaun haben viele Menschen in Zeiten von Corona zu schätzen gelernt“, sagt Ringkamp. Seit dem Beginn der Pandemie bietet der Verein mit dem Partner „Natur im Garten“ in Niederösterreich viele Aktivitäten online an, die Mitglieder nehmen sie dankend an. Darunter sind sowohl Hobbygärtner als auch Verantwortliche aus Kommunen oder Garten- und Landschaftsbauer. Das Bildungsangebot richtet sich an Jung und Alt sowie an Experten und Laien gleichermaßen. Ab Frühjahr 2021 sollen grüne Stammtische im Freien stattfinden, mit ausreichendem Abstand und Masken. Denn nach dem Corona-Lockdown im Winter hungern sicherlich viele Menschen nach Natur und Grün. ■



KONTAKT:

gARTENakademie Sachsen-Anhalt e. V.
Telefon: 03907 7777114
info@gartenakademie-sachsen-anhalt.de
www.gartenakademie-sachsen-anhalt.de



Beim Jugendcheck der Forderungen im März 2019

„Nehmt uns ernst!“

Den Anfang machte die Auftaktkonferenz: Etwa 110 Jugendliche waren vor Ort und bestimmten selbst, wo sie Prioritäten setzen wollen. Ihr persönliches Themen-Voting gaben die jungen Teilnehmenden ab, indem sie weiße und orangefarbene Tischtennisbälle in unterschiedliche Glasbehälter warfen. Zur Wahl standen Schwerpunkte wie Jugendkultur, Bildung, Mobilität oder Freiräume. In Kleingruppen wurden anschließend zentrale Fragen, erste Ideen und Forderungen diskutiert. Dabei fanden die Jugendlichen klare Worte: „Wir leben in 20 Jahren noch hier, deshalb nehmt uns ernst“, sagte eine der Teilnehmenden, während andere „mehr Digitalisierung an Schulen“ forderten. Auch konkrete Projektideen wie eine Jugend-App wurden schon bei diesem ersten Treffen entwickelt. Für Abwechslung im Programm sorgte ein Auftritt des Poetry-Slammers Felix Römer sowie ein Kurzfilm des medienWERKS „O-Töne zu Jugend im Werra-Meißner-Kreis“.

Dem Projektteam war es wichtig, den Jugendlichen möglichst viele Gelegenheiten zu geben, sich unkompliziert einzubringen. Deshalb konnten die Teilnehmenden der Auftaktveranstaltung direkt vor Ort mit ihren Smartphones bewerten, wie ihnen der Tag gefallen hat. Das Feedback war positiv. Die Frage, ob sie Interesse an einer vertiefenden Bearbeitung der Themen haben, beantworteten zwei Drittel der Teilnehmenden mit ja.

Im Anschluss standen die Zwischenergebnisse und erste Forderungen digital zur Diskussion: Rund 400 Personen beteiligten sich an einer Online-Befragung, die das Projektteam initiiert hatte. Insgesamt 100 Kommentare wurden abgegeben. „Dass so viele mitgemacht haben, zeigte uns: Wir haben den richtigen Weg für diesen Austausch gewählt“, so Sabine Wilke vom Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner. Nachdem zwei Jugendworkshops mangels Interesse der Jugendlichen ausgefallen waren, hatten die Projektbeteiligten diese Online-Beteiligung als zusätzliches Instrument eingeführt. Parallel zur Abfrage im Netz führte die Universität Marburg qualitative Interviews, um die Einschätzungen eines möglichst breiten Querschnitts an Jugendlichen zu berücksichtigen.

Klare Forderungen

In Kleingruppen setzten sich Jugendliche und Fachleute mit dem umfangreichen Feedback auseinander. Auch ein Vertreter der Akademie Junges Land e. V. wurde hinzugezogen, um im Projekt den Blick für die besonderen Bedingungen und Chancen des Aufwachsens

Jugend gestaltet mit

„Nichts für uns ohne uns“: Mit diesem Credo ist der Masterplan Jugend im Werra-Meißner-Kreis entstanden. Darin haben Jugendliche aus der Region Themen bestimmt, die ihnen für ihr Leben vor Ort wichtig sind.

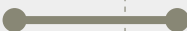
[VON MICHAEL GLATTHAAR, SABINE WILKE UND KAI SIEBERT]

Im nordhessischen Werra-Meißner-Kreis gehört jeder Siebte zur Altersgruppe 14 bis 27 Jahre. Dennoch hatte diese Gruppe nur selten die Möglichkeit, das Leben in ihrer Region mitzugestalten. Nach einigen Veranstaltungen – wie Barcamps und Gesprächen mit Experten aus der Jugendarbeit – fassten der Verein für Regionalentwicklung und der Landkreis im Jahr 2017 ein gemeinsamen Beschluss: In Absprache mit den Jugendvertretern zusammen den Masterplan Jugend „Landei 2020 – nichts für uns ohne uns“ zu erarbeiten.

Federführend waren dabei die Jugendförderung des Kreises und der Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner, der auch das Management der LEADER-Region innehat.

Zwei Arbeitsgruppen mit Experten aus der kommunalen Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, dem Arbeitskreis Open Flair, dem medienWERK, dem Kreisjugendring Werra-Meißner und verschiedenen Einrichtungen der Jugendarbeit und -bildung begleiteten das Projekt. Finanziert wurde es durch den Landkreis und aus dem Modellvorhaben Land(auf) Schwung des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Das Team hatte ein klares Ziel: Die Jugend sollte endlich im Mittelpunkt der Regionalentwicklung stehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollten sie einen möglichst großen Kreis Jugendlicher einbinden. Es galt, Formate zu entwickeln und zu nutzen, die insbesondere junge Menschen ansprechen.

Zeitlicher Ablauf der Veranstaltungen	I / 2018	II / 2018	III / 2018	IV / 2018	I / 2019	II / 2019
Auftaktveranstaltung für Jugend: 110 Teilnehmer						
2 Jugend-Workshops: 10–15 Teilnehmer						
2 Jugend-Workshops: ausgefallen						
Experten-Frühstück: 30 Teilnehmer						
Quantitative Befragung: 400 Teilnehmer						
Öffentlicher Auftakt: 100 Teilnehmer						
3 thematische Workshops: 15–20 Teilnehmer						
Qualitative Befragung: 14 Teilnehmer						
Online-Beteiligung: 400 Teilnehmer, 100 Kommentare						
Jugendcheck: 100 Teilnehmer						
Öffentlicher Abschluss: 90 Teilnehmer						
Beschluss Kreistag						

in ländlichen Räumen zu schärfen. Eine Arbeitsgruppe überprüfte, ob die Ergebnisse konsistent waren. Bei der abschließenden Konferenz „Jugendcheck“ prüften und bewerteten die Jugendlichen die Ergebnisse der verschiedenen Quellen selbst.

Die Arbeit hat sich gelohnt: Schlussendlich umfasst der Masterplan Jugend über 30 Forderungen in den sechs Themenfeldern Bildung, Beteiligung, Jugendkultur und Treffpunkte, Unterstützung, Digitalisierung sowie Mobilität. Die drei wichtigsten Ansprüche sind darin klar formuliert: Jugendliche brauchen selbstgestaltbare Räume, ein regelmäßiges Nachtbusangebot am Wochenende und eine kreisweite Jugend-App mit Infos zu Veranstaltungen und Mobilitätsangeboten.

Auf die richtigen Mittel gesetzt

Um möglichst viele junge Menschen für das Projekt zu interessieren, setzte das Projektteam auf unterschiedliche Mittel, um die Angebote und Veranstaltungen zu bewerben. Eine Schlüsselrolle spielte dabei das MedienWERK, das als Medienpartner nicht nur ein Logo entwickelte, sondern alle Veranstaltungen und Aktivitäten begleitete. Es nutzte soziale Medien sowie eine Website, um Termine und Zwischenergebnisse zu veröffentlichen. Auch Videoclips und Plakate machten auf die Veranstaltungen aufmerksam. Engagierte und Täte in der kommunalen Jugendarbeit sprachen die Jugendlichen direkt an. Ein zusätzlicher Anreiz: Die beiden Jugendkonferenzen wurden mit einem Budget ausgestattet. Alle Teilnehmenden erhielten 50 Euro für ihr Engagement und durften das Geld für ein gemeinnütziges Jugendprojekt

verwenden. Sie investierten es beispielsweise in Ton- und Lichtanlagen oder Wandfarbe für Jugendräume.

Grenzen der Beteiligung

Nur eine kleine Zahl von Jugendlichen hatte allerdings Interesse daran, an einem Thema länger zu arbeiten: Aufeinander aufbauende Treffen wie Arbeitsgruppen waren nicht oder nur eingeschränkt möglich. Diejenigen Jugendlichen, die sich an den einmaligen Veranstaltungen beteiligten, waren jedoch sehr motiviert und engagiert. Ihre Vorarbeit war es, die die Online-Beteiligung für den großen Kreis von Jugendlichen ermöglichte.

Übrigens: Der Landrat des Werra-Meißner-Kreises hat an den Konferenzen teilgenommen und die Online-Beteiligung beworben. Sein aktives Mitwirken machte den jungen Menschen deutlich, dass sie gehört werden. Schließlich wurde der Masterplan Jugend dem Landrat und anschließend im Kreistag präsentiert – und einstimmig verabschiedet.

Die Umsetzung ist zwischenzeitlich durch die Corona-Pandemie ins Stocken geraten. Die üblichen Kommunikationswege funktionieren nicht mehr wie gewohnt und zahlreiche Projekte liegen auf Eis, darunter etwa die Jugend-App und die Umgestaltung von Räumen. Ab Herbst 2021 soll es weitergehen – und alle zwei Jahre eine kreisweite Jugendkonferenz zur Aktualisierung, Fortschreibung und zum Stand der Umsetzung durchgeführt werden.

Lohnt sich Jugendbeteiligung?

„Ja, auf jeden Fall“, so Sabine Wilke. „Damit die Beteiligung gelingt, ist ein Mix aus unterschiedlichen Angeboten nötig, um nicht nur einen Masterplan über Jugendliche zu erstellen, sondern von und mit Jugendlichen.“ Eine zentrale Erkenntnis lautet zudem: „Wenn Jugendliche bleiben sollen, muss man sie ernst nehmen, mit ihnen auf Augenhöhe reden, reale Chancen eröffnen, Ressourcen und Verantwortung teilen. Ob sie bleiben oder gehen und mit neuen Ideen wiederkommen, hängt sicherlich entscheidend davon ab, ob sie ihre Region auch als ihre Region erleben konnten.“

SERVICE:

Zum Masterplan Jugend:
www.jugendnetz-wmk.de/landei-2020



KONTAKT:

Dr. Michael Glatthaar
Planungsbüro proloco
Telefon: 0551 5480922
glatthaar@proloco-bremen.de
www.proloco-bremen.de

Sabine Wilke
Verein für Regionalentwicklung
Werra-Meißner e. V.
Telefon: 05651 70511
sabine.wilke@vfr-werra-meissner.de
www.vfr-werra-meissner.de

Kai Siebert
Jugendförderung Werra-Meißner-Kreis
Telefon: 05651 3021450
kai.siebert@werra-meissner-kreis.de
www.jugendnetz-wmk.de



Potenziale migrantischer Unternehmen

Ein Praxis-Forschungsprojekt nahm in den Blick, welche Bedeutung Unternehmen, die von Menschen mit Migrationshintergrund gegründet wurden, für ländliche Regionen haben. Die Frage nach der optimalen Gründungsförderung erzeugte eine weitere Frage: Wie können Forschung und Beratung vor Ort vertrauensvoll zusammenarbeiten? [VON ANKE KASCHLIK]

Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund gründen in Deutschland ein Unternehmen: Zuletzt machten diese Unternehmen knapp 40 Prozent aller Gründungen aus. Viele bauen sich eine Existenz in den Bereichen Gastronomie und Einzelhandel auf; das Spektrum der Branchen wird aber breiter und schließt wissensintensive Bereiche verstärkt mit ein.

Entwicklungsdynamik für ländliche Regionen

Migrantische Unternehmen schaffen dabei nicht nur Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie berücksichtigen oftmals auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen, weil sie aus eigener Erfahrung um die Wirkung von Diskriminierungen und die Bedeutung von Chancen und persönlicher Unterstützung wissen. Die

Unternehmen leisten dadurch einen Beitrag für die Integration vor Ort. Durch ihre immer noch verstärkte Ausrichtung auf Dienstleistungen sind sie zudem in der Lage, einerseits die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge zu unterstützen und andererseits einen Beitrag zur Leerstandsminderung und zur Belebung der Zentren zu leisten. Migrantische Unternehmen bieten also viele Potenziale für die regionale Entwicklung.

Welche Angebote gibt es, die migrantische Unternehmensgründungen unterstützen? Mit dieser Frage setzte sich ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Kommunen innovativ“ gefördertes Praxis-Forschungsprojekt auseinander.

Im Blick der Forschung

Mit dem Projekt „MIGOEK – Migrantische Ökonomie für ländliche Kommunen“ wollte die HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen die Potenziale migrantischer Unternehmen und Gründungen für die Entwicklung ländlicher Regionen besser nutzbar machen. Aus der Praxis beteiligten sich die Landkreise Cloppenburg und Holzminde sowie der Werra-Meißner-Kreis. Die Forschenden analysierten die Informations- und Beratungssituationen in diesen drei unterschiedlich strukturierten Regionen. Sie führten Interviews mit Ansprechpersonen aus der Gründungsberatung, der Integrationsförderung und migrantischen Organisationen. Sie sprachen mit migrantischen Unternehmensleitenden über ihre Wege in die Selbststän-



„Hürden waren vielmehr nicht vernetzte Strukturen: Vielen migrantischen Gründungsinteressierten waren Angebote der Wirtschaftsförderung nicht bekannt.“

digkeit. Durch Hospitationen gewannen die Forschenden Eindrücke von Beratungsge-sprächen, -situationen und -bedarfen – insbesondere mit Blick auf Hürden für migrantische Gründungsinteressierte. Beispiele zur Förderung migrantischer Ökonomie wurden gesammelt und in einer Datenbank öffentlich gemacht. Als Inspiration für Gründungsinter-essierte und um die Leistungen rund um eine Gründung sichtbar zu machen, wurden Vi-deos gedreht. Zur bedarfsgerechteren Gestal-tung der Gründungsberatung wurden Infor-mationsmaterialien und Vorschläge für Ver-anstaltungsformate der Wirtschaftsförderung sowie eine Weiterbildungsveranstaltung zur interkulturellen Kommunikation erarbeitet.

Barrieren überwindbar

Es zeigte sich, dass migrantische Gründungs-interessierte Beratungsangebote selten wahrnehmen und migrantische Unterneh-men in Organisationen der Wirtschaft kaum vertreten sind. Dafür sind nicht die räumli-chen Distanzen verantwortlich. Hürden wa-ren vielmehr nicht vernetzte Strukturen: Vie-len migrantischen Gründungsinteressierten waren Angebote der Wirtschaftsförderung nicht bekannt. Dies liegt an nicht adäquater Ansprache, aber auch vielfach an fehlender Vernetzung zu Einrichtungen der Integra-tionsförderung oder zu Organisationen der Menschen mit Migrationshintergrund selbst. Hinzu kommt, dass migrantische Unterneh-men selten in lokalen und branchenspezifi-schen Netzwerken wie Werbegemeinschaften, Innungen oder auch politischen Parteien vertreten sind. Einige Gründungsinteressierte brachten auch Unsicherheiten oder Angst gegenüber staatlichen Stellen mit.

Das Team der HAWK organisierte deshalb in den Landkreisen Vernetzungstreffen mit In-teressierten aus den benannten Bereichen. In Absprache mit den Gründungsberatungen entwickelten die Forschenden Informations-broschüren und -veranstaltungen für Grün-dungsinteressierte und führten diese – teil-weise gemeinsam mit den Gründungsbera-tungen, teilweise allein – durch. Das For-schungsteam erarbeitete zudem ein Konzept für die Fortbildung interkultureller Kompe-tenzen in der Gründungsberatung und bot sie in den drei Landkreisen an.

Großes überörtliches Interesse an den Ergebnissen

Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung inner-halb von „Kommunen innovativ“ sowie mit unterschiedlichen Einrichtungen der Integra-tionsförderung anderer Regionen weckten großes Interesse an den Projektergebnissen. Im Rahmen des Förderprogramms „Integra-tion durch Qualifizierung“ (IQ) Hessen wurde ein Folgeprojekt eingeworben, in dem die Er-ggebnisse auf andere Regionen übertragen und weiterentwickelt werden. Die Schulung

in interkulturellen Kompetenzen wurde in das Fortbildungsprogramm der Hochschule aufgenommen, die IQ-Fachstelle Migranten-ökonomie pflegt die im Projekt MIGOEK ent-standene Datenbank.

Verstetigung vor Ort noch schwierig

Ohne die migrantischen Unternehmen blei-ben ländlichen Räumen Entwicklungspoten-ziale verschlossen: Die Kreishandwerker-schaft im Landkreis Cloppenburg hatte be-reits in einem Vorläuferprojekt die Nichtbe-teiligung von migrantischen Unternehmen in freiwilligen Gremien thematisiert. Die gewon-nenen Erkenntnisse konnten jedoch nicht in die Arbeit vor Ort integriert werden: Die vom Team der HAWK entwickelten und teilweise gemeinsam mit den Gründungsberatungen durchgeführten Informationsveranstaltungen für Gründungsinteressierte wurden nach dem Projekt nicht in den Beratungskanon aufge-nommen. Auch die Vernetzungsveranstaltun-gen nahmen die lokalen Institutionen nicht als wiederkehrendes Format in ihre Angebote auf, obwohl sie von Wirtschaftsverbänden und Gründungsinteressierten als hilfreich eingeschätzt worden waren. Mit derartigen Veranstaltungen ist ein nicht unerheblicher Organisationsaufwand verbunden.

Veränderungen der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis erforderlich

Die geringen Effekte des Projekts in den beteiligten Landkreisen führen die For-schenden weniger auf fachliche Wider-sprüche zurück: Insbesondere Verant-wortliche von Gründungsberatungen teilten die Ausgangsthesen und sahen die Notwendigkeit für Veränderungen. Vielmehr könnte die Entstehung des Projekts dafür eine Rolle spielen: Es war zeitlich nicht möglich gewesen, mit den Personen, die konkret die Gründungsberatungen durchführ-

ten, eine gemeinsame Problemdefinition und Zielstellungen zu erarbeiten. Nur Vorgesetzte zu integrieren, reicht also nicht aus – es gilt, die Personen einzubinden, die Änderungen in ihrer Praxis umsetzen.

Für die praktische Arbeit und den Austausch war das im Konzept auch vorgesehen: Die Forschenden sollten während der Projekt-laufzeit Arbeitsplätze in den Wirtschaftsför-derungen vor Ort bekommen. Im Landkreis Cloppenburg war der Arbeitsplatz der Pro-jektstelle dort angesiedelt, im Werra-Meiß-ner-Kreis im selben Gebäude, lediglich im Landkreis Holzminden arbeitete die For-schende von der Hochschule aus. Dennoch schien das Projekt in den Wirtschaftsför-de-rungen eher als externes Hochschulprojekt betrachtet zu werden und weniger als eige-nes Anliegen.

Ein Fazit zur Methode ist deshalb: Eine ver-trauensvolle Zusammenarbeit beginnt im Sin-ne transdisziplinärer Forschung bei der ge-meinsamen Problemdefinition und geht über die Festlegung von Zielstellungen und Metho-den für Forschung und Praxis bis hin zur ge-meinsamen Auswertung der Ergebnisse. ■

SERVICE:

Mehr über das Projekt unter www.kommunen-innovativ.de/migoek



KONTAKT:

Dr. Anke Kaschlik
HAWK Hochschule für angewandte
Wissenschaft und Kunst
Hildesheim/Holzminden/Göttingen
Telefon: 05531 126-179
anke.kaschlik@hawk.de
www.hawk.de



Wie die Verkehrswende gelingen kann

Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Damit der ländliche Verkehrssektor seinen Beitrag dazu leistet, muss sich im öffentlichen Personennahverkehr einiges tun. [VON AXEL STEIN]

Dass der Verkehr sich – bis zum Beginn der Corona-Pandemie – in einer Art entwickelt hat, die dem Klima nicht zuträglich ist, lässt sich aus den Ergebnissen der bundesweiten Umfragen „Mobilität in Deutschland“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ablesen: Zwischen den Jahren 2002 und 2017 verlängerte sich die durchschnittlich zurückgelegte Strecke pro Tag in den Dörfern des ländlichen Raums von 37 auf 44 Kilometer, in den ländlichen Oberzentren von 30 auf 36. Auch die Pkw-Dichte nahm in dieser Zeit zu – von 498 auf 607 Pkws pro 1 000 Einwohner in den Dörfern und von 377 auf 527 in den Oberzentren.

Technologische Lösungen reichen nicht

Der Trend zu mehr privater Motorisierung und längeren Wegen wirkt also fort. Angesichts dessen setzen viele Autohersteller und auch Teile

der Politik auf eine rein technologische Lösung, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken: die Umstellung der Antriebe auf emissionsfreien Einsatz von Strom oder Wasserstoff. Ein aktuelles Gutachten des Umweltbundesamts (UBA) zur umweltorientierten Personenbeförderung zeigt auf, dass allein eine Eins-zu-eins-Umstellung des heutigen Pkw-Verkehrs auf E-Fahrzeuge einen zusätzlichen jährlichen Stromverbrauch erzeugen würde, der der Stromerzeugung aller deutschen Windkraftanlagen im Jahr 2019 entspräche. Der Bedarf an erneuerbaren Energien würde noch stärker steigen, wenn statt auf batterieelektrische Fahrzeuge auf Wasserstoff oder auf Power-to-Liquid gesetzt würde.

Eine Energiewende im Verkehrssektor reicht also allein nicht aus: Der Verkehr muss effizienter werden. Eine Reduktion der Strecken und ein Umstieg auf Fahrzeuge, die pro Beförderungsleistung mit weniger Betriebsleistung auskommen, tut not.



STROMVERBRAUCH

Allein eine Eins-zu-eins-Umstellung des heutigen Pkw-Verkehrs auf E-Fahrzeuge würde einen zusätzlichen jährlichen Stromverbrauch erzeugen, der der Stromerzeugung aller deutschen Windkraftanlagen im Jahr 2019 entspräche.

Bisherige Bemühungen der Politik, den privaten Verkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu verlagern, hatten allerdings wenig Erfolg. Was muss sich ändern?

Netzwirkung des ÖPNV erhöhen

Es sind insbesondere die weiten Wege, für die es eine Alternative zum Pkw braucht. Der Verkehr über die Schiene kann im Vergleich durch teils kürzere Reisezeiten punkten. Allerdings ist das Netz nach Jahrzehnten der Streckenstilllegungen ausgedünnt und der Planungshorizont für Reaktivierungen reicht weit in die nächsten Dekaden. Für ein besseres ÖPNV-Angebot ist es somit unerlässlich, das Schienennetz zu ergänzen: etwa durch ein Busangebot, das in Taktung und Betriebszeiten vergleichbar ist. Bahn und Busse sollten über ein Anschlussmanagement koordiniert werden sowie gemeinsame Tarif- und Vertriebsstrukturen nutzen. Diese Verknüpfung sollte auch für die Kunden ersichtlich sein.

Inzwischen wird in vielen Bundesländern ein solches Angebot geplant und in Teilen umgesetzt. Da grundsätzlich Bahnverkehr Sache der Länder und Busverkehr Sache der Kommunen – über Kreise und Verbünde – ist, stellt es eine große Herausforderung dar, die Verantwortungsgebiete abzustimmen und die Finanzierung sicherzustellen. Beides wird von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt. Damit das Busangebot auch hinsichtlich der Reisezeiten mit dem Schienenverkehr vergleichbar und mit dem Pkw konkurrenzfähig ist, wird man nicht umhinkommen, es zu optimieren: An den kritischen Engpässen im Straßennetz könnten Bussen Spuren zugeteilt werden. Auch die Zeiten an Lichtsignalanlagen sollten angepasst und für den Busverkehr beschleunigt werden. Dies wird notwendigerweise zu Lasten des Pkw-Verkehrs gehen müssen.

Auch die Dichte der übergeordneten Hauptnetze variiert von Land zu Land. Es liegt nahe, dass sie für die optimale Erschließung des ländlichen Raums möglichst hoch sein muss. Jede Siedlung wird sich jedoch nicht anbinden lassen, weshalb das Zubringersystem zu diesem Hauptnetz die verbleibende Fläche abdecken sollte. Die Erfahrung zeigt, dass Rufbusse und Co. dann gut zu managen und finanzierbar sind, wenn ihre Gebiete klar abgegrenzt werden und ihr Angebot auf zentrale Umsteigepunkte im Regionalnetz ausgerichtet ist: am besten auf Klein- und Mittelstädte, die ein wichtiges Alltagsziel für die Menschen der Region darstellen und so gestärkt werden. Die Informations- und Buchungssysteme sollten leicht erreichbar sein; erleichtert wird der Zugriff durch regionale Plattformen, die gegenüber kleinteiligeren Lösungen Größenvorteile bieten können.

Allianzen schmieden und multimodal ergänzen

Gerade Rufbussysteme gelten für die zuschussgebende öffentliche Hand als teuer. Das Gutachten des UBA empfiehlt, ihren Zuschussbedarf durch Erschließung neuer Einnahmequellen zu senken. Vorstellbar wäre etwa die Zusammenarbeit mit medizinischen Akteuren, denn für Krankenkassen stellt die Taxibeförderung einen erheblichen Kostenpunkt dar. Sollte es gelingen,

„Für ein besseres ÖPNV-Angebot ist es unerlässlich, das Schienennetz zu ergänzen: etwa durch ein Busangebot, das in Taktung und Betriebszeiten vergleichbar ist.“

einen Teil dieser Mittel dem ÖPNV zukommen zu lassen und dadurch eine flächendeckende, flexible Bedienung zu ermöglichen, könnten davon beide Seiten profitieren.

Auch Radfahren und Zufußgehen leisten einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende – gerade auf kürzeren Distanzen. Diese Arten der Fortbewegung sollten in regionale Gesamtkonzepte mit Leitbild und verkehrsbezogenen Zielen aufgenommen werden. Gibt es keine klar formulierten Ziele, besteht die Gefahr, dass die Konzepte zu Stückwerk werden und ihre Wirkung verlieren. Auch Mobilstationen, an denen vom ÖPNV auf Leihräder umgestiegen werden kann, sollten über Mobilitätsplattformen auffindbar sein und in den ÖPNV integriert werden. Das gilt genauso für Carsharing und Fahrgemeinschaftsvermittlungen.

Koordinierung mit Schulentwicklungsplanung

Ein Kostentreiber für den ÖPNV ist das Schulwesen: Die Zentralisierung der Schulen, die unterschiedlichen Schulformen, das 45-Minuten-Zeitraster der Unterrichtsstunden und die weitgehend einheitlichen Anfangszeiten verkomplizieren den öffentlichen Verkehr. Die Anregung, solche Regelungen – auch zur Reduzierung langer Schulwegzeiten – zu überdenken, ist nicht neu. Anwendungsfälle im europäischen Ausland liefern Beispiele für funktionierende Alternativen, etwa in Finnland. Auch Unternehmen und die Wirtschaftsförderung haben ein Interesse daran, dass die Existenz ländlicher Berufsschulen nicht von ihrer Erreichbarkeit für die Auszubildenden ab-

hängt. Schließlich hat die derzeitige Corona-Pandemie den Anstoß für die temporäre Bildung kleinerer Klassen, für gestaffelte Schulzeiten und vermehrtes selbstständiges Lernen gegeben. Eine Evaluation wäre sinnvoll.

Siedlungsentwicklung und gesetzlichen Rahmen beachten

Einige Landesteile weisen eine geringe Zentrendichte auf. Auch das hat Auswirkungen auf die Länge vieler Alltagswege, wie der Raumordnungsbericht 2017 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung aufzeigt. Insofern empfiehlt es sich, im Zuge der Landesentwicklungsplanung zu überprüfen, ob es gerechtfertigt ist, weitere Mittel- und besonders Oberzentren auszuweisen.

Aber auch über die zentralen Orte hinaus sind Siedlungen auf einen attraktiven ÖPNV angewiesen, und dessen Wirtschaftlichkeit hängt wiederum von der Nähe zu Siedlungen ab. Allerdings fehlen Vorgaben für eine verbindliche Koordination von Siedlung und Verkehr, wie sie etwa aus der Schweiz bekannt sind. Dabei hat diese Aufgabe eine nationale Tragweite. Alle Ebenen der Staatlichkeit sollten Maßnahmen der Verkehrs- und Raumplanung integriert betrachten und miteinander koordinieren. Dazu gehört auch, den institutionellen Rahmen durch ein Mobilitätsgesetz grundlegend zu überarbeiten. Es sollte Handlungsziele, Strategien und Maßnahmen so ausrichten, dass sie von den für den Verkehr zuständigen Verwaltungsstellen umsetzbar sind und unmittelbar mit den verkehrsbezogenen Gesetzen verzahnt werden können. ■



MOBILITÄTS-GESETZ

Es sollte Handlungsziele, Strategien und Maßnahmen so ausrichten, dass sie von den für den Verkehr zuständigen Verwaltungsstellen umsetzbar sind und unmittelbar mit den verkehrsbezogenen Gesetzen verzahnt werden können.

SERVICE:

Zum vollständigen Gutachten „Grundlagen für ein umweltorientiertes Recht der Personenbeförderung“:
www.umweltbundesamt.de/publikationen/grundlagen-recht-personenbefoerderung



KONTAKT:

Dr. Axel Stein
 KCW GmbH
 Telefon: 030 4081768-88
stein@kcw-online.de
www.kcw-online.de

Blühende Mosaik schaffen Vielfalt

Forschende der Julius-Maximilians-Universität Würzburg untersuchten, wie sich Blühflächen, die im Rahmen von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen gefördert wurden, auf die lokale Artenvielfalt in Unterfranken auswirken. Ihr Fazit: Die Mischung ist entscheidend.

[VON FABIAN A. BÖTZL, JOCHEN KRAUSS UND INGOLF STEFFAN-DEWENTER]

Über die vergangenen Jahrzehnte wurde der Rückgang der Artenvielfalt, besonders in Agrarlandschaften, immer deutlicher. Artenreiche, halbnatürliche Habitate wie die unterfränkischen Kalkmagerrasen fielen vielerorts dem Landnutzungswandel zum Opfer. In der modernen Agrarlandschaft fehlen dadurch Rückzugsräume für viele Tierarten, darunter auch solche, die in der Landwirtschaft als Bestäuber oder natürliche Feinde verschiedener Schädlinge benötigt werden.

Um dem Verlust an Biodiversität, also der Vielfalt an Arten, Lebensräumen und genetischen Ressourcen, und damit einhergehend von Ökosystemfunktionen entgegenzusteuern, haben Gesetzgeber auf verschiedenen Ebenen ein Bündel an Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) geschaffen. Darüber wird beispielsweise die Anlage von Blühflächen als Rückzugsraum für die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft gefördert. „Jedoch war vor der Studie weitgehend unbekannt, ob und in welchem Maß diese Habitate den gewünschten Effekt auf die Artenvielfalt haben“, sagt Professor Ingolf Steffan-Dewenter. Um mehr Klarheit darüber zu schaffen, startete der Leiter des Lehrstuhls für Tierökologie und Tropenbiologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Jahr 2016 eine groß angelegte Feldstudie.

In der Agrarlandschaft um Würzburg wurden dazu insgesamt 23 Blühflächen mit einer Größe zwischen 0,29 und 2,92 Hektar ausgewählt. Eine zentrale Frage der Forschenden war, wie sich die Kontinuität der Blühflächen – also ihre Landnutzungshistorie – auf die Artenvielfalt auswirkt. Dazu untersuchten sie drei Typen: gänzlich neu angelegte Blühflächen, neu eingesäte Blühflächen, die zuvor bereits fünf Jahre lang als Blühflächen bestanden hatten, sowie kontinuierlich bestehende

lians-Universität Würzburg im Jahr 2016 eine groß angelegte Feldstudie.

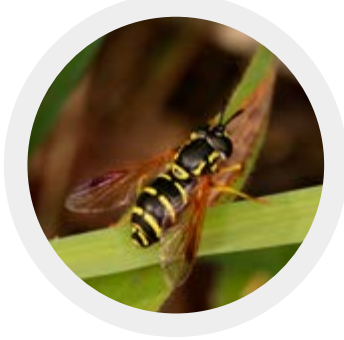
Feldforschung in Unterfranken

In der Agrarlandschaft um Würzburg wurden dazu insgesamt 23 Blühflächen mit einer Größe zwischen 0,29 und 2,92 Hektar ausgewählt. Eine zentrale Frage der Forschenden war, wie sich die Kontinuität der Blühflächen – also ihre Landnutzungshistorie – auf die Artenvielfalt auswirkt. Dazu untersuchten sie drei Typen: gänzlich neu angelegte Blühflächen, neu eingesäte Blühflächen, die zuvor bereits fünf Jahre lang als Blühflächen bestanden hatten, sowie kontinuierlich bestehende

Eine neu angelegte Blühfläche im zweiten Jahr



Eine Schwebfliege – die Larven vieler Arten sind Blattlausjäger, die erwachsenen Tiere Blütenbestäuber.



Blühflächen, die nach fünf Jahren ohne Eingriff in ökologische Vorrangflächen im Rahmen des sogenannten Greenings übergangen. Als Vergleichsflächen zogen die Forschenden artenreiche, halbnatürliche Kalkmagerrasen heran. Sie sind in der Studienregion als Zentren der Artenvielfalt bekannt. „Wir vermuteten, dass sich die Artenvielfalt in den Blühflächen mit steigender Kontinuität an die der artenreichen Kalkmagerrasen annähert“, erklärt Fabian Bötzl, Doktorand am Lehrstuhl, der die praktischen Arbeiten leitete. Neben der Kontinuität und der Größe der Blühflächen bezog die Studie auch den Landschaftskontext in die Betrachtung ein.

Von 2016 bis 2018 wurden mit Hilfe von Studierenden und im Feld Assistierenden mit klassischen Kartiermethoden sowie mittels modernem DNA-Meta-Barcoding exemplarisch zwölf wichtige Pflanzen- und Tiergruppen erfasst: Mit Bienen, Tagfaltern, Nachtfaltern, blütenbesuchenden Käfern und Schwebfliegen deckten die Untersuchungen die wichtigsten Gruppen der Bestäuber ab; als natürliche Feinde von Agrarschädlingen wurden parasitäre Schlupfwespen, Lauf- und Kurzflügelkäfer sowie viele Vögel berücksichtigt. Auch Gefäßpflanzen, Zikaden und Heuschrecken, die häufig als Indikatoren für die Qualität eines Habitats verwendet werden, nahmen die Forschenden unter die Lupe. Diese Breite der erfassten Gruppen ist bislang einmalig und erlaubt differenzierte Aussagen.

Nicht alle Gruppen reagieren gleich

Insgesamt wurden bei der Beprobung der verschiedenen Habitate fast 55 000 Individuen von etwa 3 200 verschiedenen Pflanzen- und Tierarten vor Ort kartiert oder gesammelt und im Labor mit Hilfe erfahrener Taxonomen bestimmt. Wie erwartet, zeigten sich Kalkmagerrasen im Mittel als besonders artenreich. Die mittlere Artenvielfalt

in den angelegten Blühflächen nahm mit steigender Kontinuität zu. Jedoch reagierten nicht alle Pflanzen- und Tiergruppen gleich:

Seit Längerem bestehende Blühflächen förderten Tagfalter und Heuschrecken besser als jüngere Flächen. So fanden sich beispielsweise auf neu angelegten Blühflächen im ersten Jahr nur fünf bis sechs Arten von Heuschrecken, während ihre Zahl auf den Blühflächen mit höherer Kontinuität anstieg und sich den etwa 15 Arten der als Referenz herangezogenen Kalkmagerrasen annäherte. Es waren jedoch auch

gegenteilige Trends zu beobachten: „Für Laufkäfer, die für die Schädlingskontrolle in angrenzenden Agrarflächen eine wichtige Rolle spielen, sind junge Blühflächen vorteilhafter als ältere. Ihre Artenzahl nimmt im zeitlichen Verlauf ab“, sagt Bötzl. Viele der untersuchten Gruppen waren auf allen Blühflächen ähnlich artenreich – die Faustformel „je älter, desto besser“ trifft demnach nicht unbedingt zu.

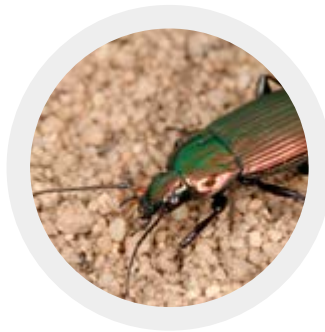
Das Alter der Blühflächen spielte allerdings für die Zusammensetzung der Artengemeinschaften eine wichtige Rolle: Mit der zeitlichen Kontinuität ändern sich die Artengemeinschaften der meisten Pflanzen- und Tiergruppen in den Blühflächen und werden denen auf den Kalkmagerrasen ähnlicher. Verschiedene Arten haben unterschiedliche Lebensraumsansprüche und -präferenzen und mit steigender Kontinuität findet ein Wechsel in der Zusammensetzung des Artenspektrums statt.

Ein weiteres Ergebnis der Studie: Die Größe der Blühflächen und auch ihre Landschaftsumgebung hatten nur geringe Effekte auf die

Entwicklung der lokalen Artenvielfalt. Im untersuchten Größenspektrum der Blühflächen waren keine Effekte der Größe auf die beobachtete Artenvielfalt zu erkennen – kleinere Flächen unterstützten also einen vergleichbaren Artenpool wie größere. Auch die Diversität der Landschaft, gemessen als Anteil halbnatürlicher Habitate in der Umgebung, hatte wenig Einfluss auf die Artenvielfalt in den angelegten Biotopen: Blühflächen in eher monotonen Landschaften waren ähnlich artenreich wie solche in strukturierten, diverseren Landschaften. Lediglich Bienen wurden mit steigendem Anteil halbnatürlicher Habitate in der Landschaft artenreicher.

Fazit: Die Mischung macht's!

Es gibt also keinen idealen Blühflächentyp, der alle Gruppen gleich gut unterstützt. Mit zunehmendem Alter der Flächen ändern sich die Zusammensetzung und der jeweilige Artenreichtum der Pflanzen- und Tierarten. Um ein Maximum an Pflanzen- und Tierarten in der Agrarlandschaft zu erhalten, sollte daher ein Netzwerk aus Blühflächen mit verschiedener zeitlicher Kontinuität und halbnatürlichen Habitaten wie Kalkmagerrasen hergestellt werden. Blühflächen, die umgebrochen werden, sollten an anderer Stelle durch neue ersetzt werden. Ein solches Mosaik aus permanent und mehrjährig bestehenden Habitaten könnte auch stärker auf die gewünschte Funktion zugeschnitten werden: Bestäuber legen in der Regel größere Distanzen zurück als natürliche Feinde von Agrarschädlingen. Blühflächen, die vorrangig die natürliche Schädlingskontrolle unterstützen sollen, müssen daher kleinräumiger in der Landschaft verteilt werden. „Die Ergebnisse können als Grundlage für die konkrete Ausarbeitung der Landschaftsplanung durch regionale Planungsbehörden dienen“, so Professor Steffan-Dewenter. ■



Natürlicher Schädlingsbekämpfer: Der Kupferfarbene Buntgrabläufer kommt auf landwirtschaftlichen Flächen häufig vor.

SERVICE:

Studie zum Weiterlesen:

Fabian A. Bötzl et al. (2021): A multitaxa assessment of the effectiveness of agri-environmental schemes for biodiversity management, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 118 (10), <https://doi.org/10.1073/pnas.2016038118>



KONTAKT:

Fabian A. Bötzl
Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Lehrstuhl für Tierökologie und
Tropenbiologie (Zoologie III)
Biozentrum
fabian.boetzl@uni-wuerzburg.de
www.biozentrum.uni-wuerzburg.de/zoo3/startseite

Wie fördert man ein Mosaik?

Um die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft optimal zu fördern, empfiehlt die Universität Würzburg regional verteilte und unterschiedlich strukturierte Blühflächen (s. Seiten 42-43). Können Agrarumweltprogramme das leisten? Wir fragen beim Thünen-Institut nach; es evaluiert Programme von sieben Bundesländern und berät sie bei der Programmierung für die kommende Förderperiode.



Karin Reiter ist Mitglied des Evaluierungsteams für die Programme der zweiten Säule,

Norbert Röder ist Sprecher des Arbeitsgebietes Landnutzung und natürliche Ressourcen; beide beschäftigen sich seit Langem mit der Bewertung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM).
www.eler-evaluierung.de

„Frau Reiter, Herr Röder, ist die Empfehlung aus der Wissenschaft neu?“

Reiter: Nein, die Bundesländer kennen sie seit Jahren und versuchen, sie zu realisieren. Dafür müssten entweder so viele Streifenmaßnahmen gefördert werden, dass automatisch ein Mosaik entstünde, oder eine inhaltliche und räumliche Lenkung erfolgen. Gegen einen hohen Flächenumfang spricht, dass Streifenmaßnahmen pro Hektar relativ teuer sind und somit viele Finanzmittel gebunden wären. Eine gezielte Lenkung scheitert häufig daran, dass Förderauflagen schnell an administrative Grenzen stoßen: Die Betriebe setzen Maßnahmen dort um, wo es aus betrieblichen Gründen am sinnvollsten ist, und nicht dort, wo der größte ökologische Nutzen zu erwarten wäre.

Röder: Blühstreifen alleine sind nicht der Weisheit letzter Schluss, um Biodiversität zu erhalten. Ackerwildkräuter benötigen beispielsweise regelmäßig gestörte Böden. In der heutigen Agrarlandschaft fehlen zudem sogenannte Ausbreitungsvektoren wie wandernde Viehherden oder Überflutungen von Auen, die Arten von A nach B verdriften. Viele Pflanzenarten verbreiten sich höchstens mehrere Meter pro Jahr, bei Tagfaltern sind es oft weniger als 100 Meter. Da ist selbst ein flächenhaftes Mosaik, also der bereits in den 1980er- und 90er-Jahren propagierte Biotopverbund, nur eingeschränkt funktional.

Reiter: Pilotvorhaben haben die Grenzen einer unzureichenden Vernetzung aufgezeigt. Ganz praktisch heißt das: Wenn eine Art einen Blühstreifen verlässt, weiß sie nicht,

ob sie sich links- oder rechts herum wenden muss, um zum nächsten Streifen zu gelangen.

Voraussichtlich werden Landwirte zukünftig die Möglichkeit haben, Blühstreifen im Rahmen der Öko-Regelungen anzulegen. Dafür will die EU Gelder aus der ersten Säule reservieren. Könnten sie die Lücken zwischen den Biotopen füllen?

Reiter: Die Öko-Regelungen stellen eine große Chance dar und können die zweite Säule und damit die Agrarumweltmaßnahmen finanziell entlasten. Damit werden über die Direktzahlungen der ersten Säule hoffentlich im größeren Umfang ökologische Leistungen als durch das Greening gefördert.

Röder: Zu Beginn der Förderperiode besteht voraussichtlich ein großer Anreiz, Blühstreifen anzulegen. Damit einher geht das Risiko, dass sich die Landwirte im Rahmen der Vorgaben auf die minimal nötige Zahl an Arten beschränken, die zudem folgende Bedingungen erfüllen: Die Arten etablieren sich sicher, das Saatgut ist ohne erhöhten Aufwand beschaffbar und möglichst billig. Das Ergebnis wäre ein deutscher Einheitsblühstreifen von Oberstdorf bis Flensburg. Dies würde nur bedingt zur gewünschten Vielfalt beitragen.

Reiter: Im Vergleich zu den AUKM sind die Öko-Regelungen das einfachere Konstrukt und es wird voraussichtlich ein höherer Flächenumfang erreicht. Das ist gut. Spezifische Streifenmaßnahmen, beispielsweise Hamsterstreifen, sollten weiterhin den AUKM der zweiten Säule vorbehalten bleiben. Die große Herausforderung ist, diese beiden Instrumente aufeinander abzustimmen. Wir müssen es schaffen, dass Landwirte sich nicht fragen: Warum soll ich neben den Blühstreifen der Öko-Regelung noch den Hamsterstreifen umsetzen?

Röder: Gleichzeitig ist mehr Freiheit als bisher nötig. Flächendeckend starre Bewirtschaftungsvorgaben sind für die Biodiversität sinnlos. Die Frage ist, wie es gelingt, Blühstreifen flexibel, aber dennoch prüfbar und rechtssicher zu gestalten. Das ist nicht trivial!

Wie ließe sich die ökologische Wirkung von Maßnahmen steigern?
Röder: Prinzipiell bringt die beste

„Dafür bedarf es qualifizierter Berater.“

Maßnahme am falschen Standort nichts. Sie schadet vielleicht sogar. So ist die Anlage von Hecken in Wiesenbrütergebieten nicht sinnvoll. Der Information und Beratung der Betriebe kommt deshalb eine zentrale Bedeutung zu. Viele Bundesländer setzen die Beratung über vor Ort etablierte Strukturen wie Biologische Stationen oder Landschaftspflegeverbände um. In Großbritannien gibt es das sogenannte Higher Level Stewardship-Scheme: Dort muss ein Landwirt ab einem bestimmten Fördervolumen einen ökologischen Managementplan vorweisen. So etwas ist mit den Strukturen, die es bei uns gibt, auch vorstellbar.

Reiter: Das Kennzeichen einer guten Biodiversitätsberatung ist, dass sie auf den jeweiligen Betrieb zugeschnitten ist und ein Maßnahmenportfolio anbietet, das dort ökologisch sinnvoll ist. Dafür bedarf es qualifizierter Berater. Sie müssen über Wissen zu den einschlägigen ökologischen Fachplanungen in der Region verfügen, die Ansprüche der Zielarten sowie die Abläufe auf dem Betrieb und in der Verwaltung kennen. Damit sie sich in dem jeweiligen Überbau zurechtfinden, also das berücksichtigen können, was das Bundesland und die Verwaltung wollen, müssen sie entsprechend qualifiziert werden. Zu einem guten Beratungsinstrumentenkoffer gehört also auch „Train the Trainers“.

Röder: Wichtig ist bei der Beratung auch ein kontinuierlicher Feedback-Prozess: Was funktioniert, was nicht? Der Berater sollte, wenn erforderlich, Veränderungen des Standardvorgehens mit den Landwirten und den Behörden vor Ort abstimmen können. Der Informationsfluss muss dabei auch in Richtung Verwaltung gehen. Wenn eine Maßnahme Probleme bereitet, muss nachgefragt werden, was man damit erreichen will, und sie sollte auch verändert werden können.

Reiter: Zu guter Letzt brauchen wir ein ökologisches Monitoring. Die Kooperativen in den Niederlanden kartieren beispielsweise die Effekte ihrer Arbeit. Dadurch erfassen sie nicht nur Flächenumfänge, sondern auch ökologische Erfolge. Diese besprechen sie immer wieder mit den Bewirtschaftern.



„Die Frage ist, wie es gelingt, Blühstreifen flexibel, aber dennoch prüfbar und rechtssicher zu gestalten.“

Das Konzept der Niederlande wird häufig als Best Practice dargestellt. Könnte Deutschland sich etwas davon abgucken?

Röder: Genau wie wir geben die Niederlande übergeordnete Ziele vor, die zwischen der Kooperative und dem Staat vereinbart werden. Landwirte bieten dann ihre Flächen und Möglichkeiten an und die Kooperativen wählen aus, ob sie zu ihren Zielen passen. Sie können ihre Maßnahmen damit gut auf die regionalen Erfordernisse zuschneiden.

Reiter: Der Unterschied zu Deutschland ist, dass die Niederlande bezogen auf den Mittelumfang nur eine kleine zweite Säule haben. Es gibt häufig mehr Landwirte, die an AUKM teilnehmen wollen, als tatsächlich gefördert werden können, deshalb können die Kooperativen wählen und somit auch regional lenken.

Also bleibt es dabei: Es gilt, die Landwirte mit Argumenten davon zu überzeugen, Maßnahmen an den bestmöglichen Stellen durchzuführen.

Röder: Allerdings werden im Augenblick die qualifizierten Berater knapp. Deshalb wäre ein Ansatz, dort zu beginnen, wo die Beratungsstunde den größten Nutzen bringt, nämlich bei großen Flächen: Wenn beispielsweise ein Betrieb aufgrund der Öko-Regelungen mit mehr als 10 000 Euro gefördert werden möchte – ein Betrag, den man mit den großen ostdeutschen Strukturen relativ schnell erreicht –, dann wird das Geld erst freigeschaltet, wenn ein entsprechendes Konzept vorliegt.

Reiter: Für die Bundesländer mit großen Betriebseinheiten ist zu überlegen, ob auch anteilig Personalkosten für diejenigen übernommen werden, die vor Ort für Biodiversitätsfragen zuständig sind – kurz Fachbeauftragte für Biodiversität. Einschränkend gilt, Beratung ist kein Allheilmittel. Schlussendlich entscheiden die Betriebsleiter, ob sie die freiwilligen Maßnahmen umsetzen.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.

Mit AKIS ungenutztes Potenzial nutzen

Die EU-Kommission sieht für den Agrar- und Forstsektor einen großen Bedarf an Innovationen und einem strukturierten Wissensaustausch. Deshalb sollen all diejenigen in AKIS – dem Agricultural Knowledge and Innovation System – zusammenarbeiten, die Wissen sowohl generieren als auch für ihre Arbeit nutzen. Wie kommt der Wissensaustausch in Fluss? [VON BETTINA ROCHA]

Ein System von Institutionen der Beratung sowie der Aus- und Weiterbildung innerhalb eines Bundeslandes oder

Deutschlands: So beschreibt der Bund AKIS in seinem Entwurf des Nationalen Strategieplans für die nächste Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Das ist eine rein territoriale Sichtweise, die sicherlich der Tatsache geschuldet ist, dass Bildung und Beratung in Deutschland Ländersache sind. Ein System wie AKIS hat jedoch auch das Ziel, kontinuierliche Innovationsprozesse voranzutreiben: Neue Erkenntnisse sollen dank eines flüssigen Wissenstransfers schnell zu Verbesserungen in der Praxis führen. Diesem Anspruch wird die Beschreibung im Nationalen Strategieplan nicht gerecht – trotz des Hinweises auf die bereits bestehenden Querverbindungen zwischen den Akteuren des AKIS. Vernetzung ist jedoch nicht gleich Wissenstransfer, sondern nur ein Teil davon. Woran mangelt es also?

Es bestehen schon viele fachliche Forschungs- und Wissensnetzwerke; ihre Ergebnisse werden über zahlreiche Kanäle im Agrarkosmos gefunkt: Es fließen also bereits Informationen und Erkenntnisse an die richtigen Stellen. Doch wir kennen das Ausmaß der gelungenen Kommunikation zwischen den Akteuren dieser fachlichen Netzwerke nicht. Jedes für sich genommen ist ein eigenes AKIS, aber wie verbreitet es Wissen? Und hat es einen Effekt auf das Innovationsgeschehen? Denn die Interaktionen geschehen bislang

weder systematisch noch umfassend oder für alle Nutzer und Bereitsteller von Wissen sichtbar und zugänglich. Wie viel ungenutztes Potenzial gibt es also?

AKIS kann besser werden

Zahlreiche Berater arbeiten an Projekten der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) mit. Doch können alle Ergebnisse in die bestehenden Beratungsangebote integriert werden? Angebote für strategische Unternehmens- oder gar Innovationsberatung sind gegenüber produktionstechnischer Beratung in Deutschland rar. Ist also sichergestellt, dass wesentliche Neuerungen bei den Betrieben ankommen und zudem Probleme aus der Praxis über die Berater ins AKIS eingespeist werden? Denn auch das soll AKIS laut EU-Kommission leisten.

Es tun sich weitere Fragen auf – etwa danach, wer künftig Innovationen anstößt: Die Innovationsdienstleister (IDL) der Bundesländer? Berater oder Landwirte? Bisher verstehen sich vermutlich nur wenige von ihnen als stetige Innovationstreiber. Landwirtschaftskammern oder Landesanstalten, die an EIP-Projekten beteiligt sind, sind oft auch Träger von Fachschulen. Vermitteln sie die Ergebnisse an die Lehrer, die sie an die Schüler weitertragen? Vielleicht, wenn sie ins Curriculum passen und es Unterrichtsmaterialien dazu gibt. Und so könnte man weiter fragen: Wie läuft es in den Bundesländern mit schwach ausgeprägter Beratungsstruktur? Wie steht es um die

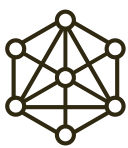
Integration von privaten Beratungsanbietern in AKIS? Welche Verbindungen bestehen zu Wirtschaftsakteuren? Könnte eine Verbindung zwischen EIP und LEADER weiterhelfen?

AKIS fachlich-thematisch denken

Wenn es darum geht, Wissen in die Praxis zu transferieren, aus ihr heraus zu gestalten und stetig Innovationsprozesse anzustoßen, die nicht vor Ländergrenzen Halt machen, lohnt der Blick auf bereits existierende AKIS. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit im EIP-Projekt „Nachhaltiges Insekten- und Krankheitsmanagement im Zuckerrübenanbau der Zukunft“ (NIKIZ) aus Rheinland-Pfalz mit der Forschungsgemeinschaft Zuckerrübe Südwest, deren Aktionsradius sich über drei Bundesländer erstreckt. 2009 gründeten der Verband und Vereinigung der Zuckerrübenanbauer in Rheinland-Pfalz die „Stiftung Südwest-deutscher Zuckerrübenanbau“. Ihr Zweck ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie Berufsbildung und Beratung. Die Stiftung fand sich mit Partnern aus Forschung, Lehre und Beratung zusammen und bildet nach einer dreijährigen Gründungsphase seit 2020 die „Forschungsgemeinschaft Zuckerrübe Südwest“.

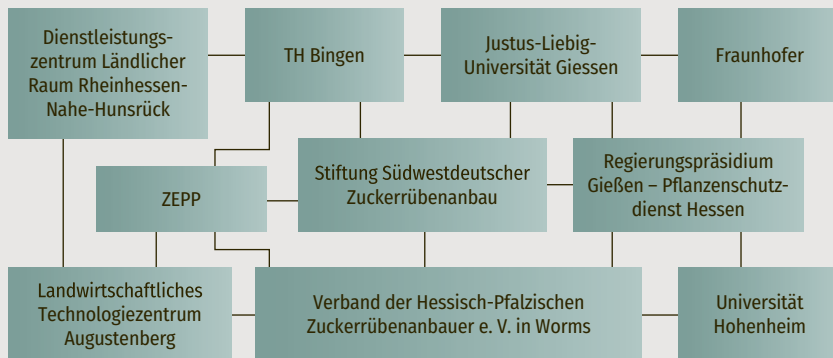
Im Januar 2020 startete das zeitlich befristete EIP-Projekt NIKIZ, das sich mit der Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten im Zuckerrübenanbau befasst.

Das NIKIZ-Projekt hat eine Basis für weitere Forschungsarbeiten ge-

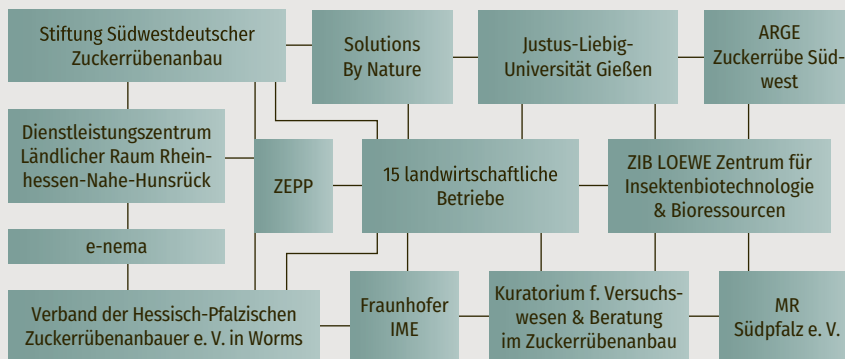


Vernetzung ist nicht gleich Wissenstransfer, aber ein wichtiger Teil davon.

Die Forschungsgemeinschaft Zuckerrübe Südwest



Das Netzwerk „Nachhaltiges Insekten- und Krankheitsmanagement im Zuckerrübenanbau der Zukunft“ (NIKIZ)



Quellen: Stiftung Südwestdeutscher Zuckerrübenanbau, Verband der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer

AKIS

Auf bestehenden AKIS aufbauen: Das NIKIZ-Projekt hat aus der Forschungsgemeinschaft Zuckerrübe Südwest heraus eine Basis für weitere Forschungsarbeiten geschaffen.

schaffen, da es sowohl strukturell und versuchstechnisch als auch personell die Voraussetzungen für eine schnelle und fundierte Zusammenarbeit bietet. Unterstützt wird das Vorhaben zudem durch eine Promotion, die wie die Aktivitäten zur Vernetzung der Forschungsgemeinschaft von der Stiftung Südwestdeutscher Zuckerrübenanbau finanziert wird.

Diese Art von Zusammenspiel befristeter praxisnaher Projekte und dauerhafter Strukturen der Forschungsgemeinschaft ist ideal, um die Ziele von AKIS umzusetzen. Strukturen wie diese können den Ergebnistransfer zu großen Teilen selbstständig übernehmen und Innovationen beschleunigen – insbesondere dann, wenn sie gefördert werden.

Keine Scheu, Strukturen zu fördern

Eine Möglichkeit wäre, im Rahmen der GAP für AKIS überregionale Leitthemen zu entwickeln, ähnlich wie bei EIP-Agri. Um nah am oben genannten Beispiel zu bleiben: Solch ein AKIS sollte nicht eng gefasst werden und „Zuckerrübe“ heißen, sondern beispielsweise „Invasive Arten im Acker-, Garten- und Obstbau in Folge des Klimawandels“. Wenn die GAP mehr als vordefinierte Maßnahmen – wie „von der Stange“ – fördern soll, nämlich Projekte, Prozesse, thematisch weit gefasste AKIS und innovative Produkte, die das Prinzip der Verbesserung zu mehr Produktivität und Nachhaltigkeit bereits in sich tragen, werden wir in Deutschland nicht umhinkommen, gezielt die sogenannten „Knowledge Hubs“ und „Innovation Hubs“, die AKIS tragen (siehe LandInForm 1.2021, Seiten 38-39), zu fördern.

Was braucht es noch?

Damit Wissenstransfer geordneter abläuft als bisher, transparenter wird und die Ergebnisse leichter zugänglich werden, gibt es weitere Stellschrauben: Projektträger sollten den Wissenstransfer in die Praxis mitdenken. Vorab muss klar definiert werden, was die Projektnehmer für die Praktiker entwickeln. Die Mindestanforderung sollte ein verständlich ausgearbeitetes Praxisblatt sein, das ein Wissenschaftler gemeinsam mit einem Redakteur formuliert. Dieses Informationsblatt muss frühzeitig veröffentlicht werden – sobald Ergebnisse vorliegen. Es sollte über alle Forschungstöpfe und -träger hinweg eine Minimalvorgabe für seinen Aufbau geben und Hinweise für die Praxisanwendung liefern. Gute Beispiele finden sich bereits bei EIP-Agri- und Ökolandbau-Projekten, deren Ergebnisse so aufbereitet werden.

Eine Datenbank, vergleichbar mit dem Forschungsinformationssystem Agrar und Ernährung (FISA), die sich niedrigschwellig nicht nur an Forschende, sondern auch an Praktiker richtet und zu den vollständigen Projektinformationen führt, wäre ein zentraler Ort, um die Projektinformationen schnell und zentral zu veröffentlichen. Auf diese Informationen könnten alle zurückgreifen, die sie entweder selbst nutzen oder weiterverarbeiten möchten: Die Datenbank könnte zu weiteren Materialien verlinken wie Filmen oder Unterrichtsmaterial, beispielsweise auf den Bildungsserver Agrar des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL). Wichtig ist, dass die Ergebnisse der AKIS für alle Zielgruppen passgenau zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus könnte eine zusammenfassende Aufbereitung zu ganzen Themenfeldern sinnvoll sein – vor allem im wissenschaftlichen Kontext und für den Fachaustausch auf europäischer Ebene. ■



KONTAKT:

Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de



Stadt und Land liefern Agrarprodukte von morgen

Das breit angelegte Forschungsprogramm „Agrarsysteme der Zukunft“ bearbeitet acht visionäre Entwicklungsfelder. Wo entstehen in 20 Jahren unsere Lebensmittel? Das fragen wir Thomas Weith, der als Koordinator am Projekt mitwirkt.

**Professor
Thomas Weith**

arbeitet am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung e. V., lehrt an der Universität Potsdam und beteiligt sich am vom Bundesforschungsministerium (BMBF) geförderten Projekt „Zentrale Koordinierungsstelle Agrarsysteme der Zukunft“.

www.agrarsysteme-der-zukunft.de

„Herr Professor Weith, vier von acht Schwerpunkten des Forschungsprogramms liegen im urbanen Raum. Verliert der ländliche Raum in Zukunft als Produktionsstandort an Bedeutung?“

Nein, aber es wird ein Nebeneinander von Produktionssystemen geben. Die Bedeutung von Produktionsflächen auf dem Land wird aufgrund der Verknappung verfügbarer produktiver Flächen sogar zunehmen und die Rolle der Landwirtschaft bedeutend bleiben, aber sie wird sich verändern. Dabei geht es weder um rückwärtsgewandte Romantik noch um apokalyptische Untergangsvisionen, sondern schlicht um zukunftsfähige Agrarsysteme. Sie müssen sich intensiver mit gesellschaftlichen Ansprüchen auseinandersetzen, beispielsweise mit denen an eine nachhaltige Bioökonomie: Mit ihr ist ein Mehr an Multifunktionalität, Klimaschutz, Biodiversität und Zirkularität verbunden. Die dafür notwendige Transformation ist sowohl in tech-

nologische als auch in politische Entwicklungen eingebettet – Stichwort Green Deal. Ein solcher Prozess benötigt Akteure, Zeit und auch Geld – davon haben wir viel an den falschen Stellen ausgegeben.

Warum sollte man in die urbane Agrarproduktion investieren?

Bei den Projekten Suskult und Cubes Circle geht es darum, Nahrungsmittel konsumentennah und in geschlossenen Kreisläufsystemen zu produzieren; im Projekt RUN sollen Nährstoffe aus dem Abwasser oder auch häusliche Reststoffe wiederverwertet werden. Mit kürzeren Wertschöpfungsketten reduzieren sich Transportwege und die mit ihnen verbundenen Umweltbelastungen. Derartige Systeme stärken zudem die Resilienz der Stadt: Es gibt Länder, die urbane Produktion betreiben, um unabhängiger von Importen zu sein. Unsere Systeme setzen momentan beispielsweise auf einheimische Gemüse, Kräuter oder auch Fische. Was innerstädtisch später konkret wirtschaftlich ist, hängt von der zur Verfügung stehenden Fläche ab und davon, ob größere Produktionsanlagen dort akzeptiert werden. Agrarsysteme der Zukunft sollen – im Stadt-Land-Kontext – vielfältiger werden.

Welche Veränderung bedeutet das für die Landwirtschaft?

All das, was große Flächen beansprucht und maschinell bearbeitet werden muss, wird weiterhin auf dem Land produziert. Damit die Landwirtschaft sich entsprechend

der gesellschaftlichen Erwartungen wandelt, bedarf es großer Veränderungsschritte. In Projekten erproben wir beispielsweise Landwirtschaft 4.0 ohne chemisch-synthetischen Pflanzenschutz sowie Ansätze zur Grünlandwirtschaft. Außerdem untersuchen wir, wie Ökosystemdienstleistungen verstärkt in die Landbewirtschaftung integriert werden können. Das muss im gesamtgesellschaftlichen Kontext gedacht werden und es gilt, die relevanten Akteure beispielsweise beim Thema Digitalisierung mitzunehmen. Die Projekte sollen als eine Art Reallabor die Umsetzung demonstrieren. Deshalb beziehen wir die Gesellschaftswissenschaften ein, um Fragen von Bürger- und Verbraucher-schutzinteressen in den Blick zu nehmen.

Das Programm wird vom BMBF gefördert. Was sagen das Bundeslandwirtschaftsministerium und landwirtschaftliche Interessenvertretungen zu den Ansätzen?

Wir haben bislang ein sehr positives Feedback bekommen. Es ist allen klar, dass es bei der Transformation der Agrarsysteme nicht mehr darum geht, Sektoralpolitik zu betreiben, sondern zukunftsorientiert mit ressortübergreifenden Lösungen zu gestalten – auf einer breiten Basis. Das ist ein langfristiger Entwicklungsprozess. Gleichzeitig können wir es uns nicht mehr leisten, dabei weiter Zeit zu verspielen.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.

„Wir können es uns nicht leisten, weiter Zeit zu verspielen.“



Altbaubewahrung ist Klimaschutz

Ein Gastkommentar von Dr. Julia Ricker zum Fokusthema der kommenden Ausgabe: „Tradition neu belebt“



Dr. Julia Ricker ist Geschäftsführerin der Interessengemeinschaft Bauernhaus e. V.

„Für eine Zukunft unserer Altbauten sind gut ausgebildete Fachleute aller Gewerke gefragt.“

Bekanntlich gehört der Bausektor zu den energie- und ressourcenintensivsten Branchen. Die Lebensdauer von Gebäuden wird immer kürzer: Gewerbebauten und Wohnhäuser bestehen oft nur wenige Jahrzehnte, weil sie dann als nicht mehr instandsetzungsfähig gelten. Auch entstehen Neubaugebiete an Ortsrändern, während historisch gewachsene Zentren durch Leerstand verwaisten. Mit dieser Entwicklung nimmt die Bodenversiegelung zu, was sich negativ auf die Artenvielfalt, das Mikroklima und den Wasserhaushalt auswirkt.

Gut, dass ein neues Denken einsetzt, das die Bestandserhaltung als wesentlichen Faktor zum Klimaschutz zählt. Beispielhaft dafür ist das EU-Papier „Eine Renovierungswelle für Europa – umweltfreundlichere Gebäude, mehr Arbeitsplätze und bessere Lebensbedingungen“. Es beschreibt, wie durch umfassende Renovierungen die Energieeffizienz von bis zu 35 Millionen Gebäudeeinheiten in der EU verbessert werden soll.

Zum Bestand gehören seit Jahrhunderten existierende Gebäude, die mit ihren meist lokal gewonnenen, natürlichen Baustoffen von sich aus klimafreundlich sind. Sie müssen im Rahmen der anstehenden Klimaschutzverordnungen entsprechend bewertet und in Bezug auf ihre Energieeffizienz neu beurteilt werden. Berücksichtigt werden sollte ihre Gesamtenergiebilanz, also nicht mehr nur der reine Energieverbrauch in der Nutzungsphase. Das heißt, der Energieeinsatz ab Herstellung aller Baustoffe sowie die Betriebsenergie über den gesamten Lebenszyklus – inklusive Abriss und Entsorgung. So gerechnet, schneiden historische Archi-

tekturzeugnisse energetisch meist genauso ab wie Neubauten.

Der Schutz baulicher Eigenheiten – von Denkmälern sowie nicht denkmalgeschützten Gebäuden – sollte ein Baustein beim Klimaschutz sein. Ansonsten werden die Häuser den Forderungen zur Energieeffizienz und daraus resultierenden Förderanreizen zu stark ausgesetzt sein. Dörfer, Städte und Landschaften könnten mit der historisch gewachsenen Baukultur ihren regionaltypischen und individuellen Charakter verlieren.

Damit die historische Substanz langfristig und nachhaltig bewahrt bleibt, muss eine Instandsetzung intelligent erfolgen. Dazu bedarf es kenntnisreicher Handwerker, die mit Altbauten umgehen können, ressourcenschonend arbeiten, in der ökologischen Baustoffkunde versiert sind und tradierte Techniken beherrschen. Für eine Zukunft unserer Altbauten sind gut ausgebildete Fachleute aller Gewerke gefragt. Im Ergebnis würde das beides sicherstellen: Klimaschutz und den Schutz der Baukultur. ■

Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion



LESERBRIEF: Zur „Position“ in LandInForm 1.21 auf Seite 49:

„Kleine Wasserkraft“ keine Option für den Klimaschutz

Die sogenannte „Kleine Wasserkraft“ kann entgegen der Auffassung von Herrn Schöningh kaum zum Klimaschutz beitragen. Die mehr als 4 000 Kleinwasserkraftanlagen der insgesamt rund 4 200

Anlagen in Bayern schaffen gerade einmal den marginalen Beitrag von neun Prozent des Wasserstroms.

Dabei haben auch kleine Anlagen enorme Umweltfolgen: Die Schlammablagerungen hinter den Wehren stellen für viele Fisch- und Insektenarten „tote Zonen“ dar, die sich zudem stark erwärmen, was die negativen Folgen des Klimawandels auf die

Gewässer verstärkt. Fischauflusstiegsanlagen funktionieren in der Praxis oft nicht, und das Problem des Fischabstiegs ist bis heute ungelöst, weshalb viele Fische in den Anlagen umkommen.

Fazit: Gewässer- und Klimaschutz müssen zusammen gedacht werden, insbesondere im Hinblick auf den zusätzlichen Druck, den die Klimaerwärmung auf unsere Gewässer ausübt. Wirklich unver-

zichtbare Querbauwerke sollten gewässerökologisch umgebaut werden, sodass sie von Gewässerlebewesen problemlos überwunden werden können. Politik und Behörden sind auch weiterhin gut beraten, neue Genehmigungen in diesem Bereich mit Verweis auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie zu versagen.

Dipl. Geoökologe
Martin Friedel ■

angelesen



Wie Waldökosysteme schützen?

Dem deutschen Wald geht es nicht gut: Klimaveränderungen und Schädlinge setzen ihm zu – mittlerweile werden Schäden von bisher unbekanntem Ausmaß sichtbar. Dem wollen Bund und Länder mit Fördergeldern in Höhe von hunderten Millionen Euro etwas entgegensetzen, beispielsweise für den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder inklusive Digitalisierung und Investitionen in moderne Maschinen.

Die Autoren von „Der Holzweg“ sehen diese staatlichen Förderprogramme kritisch. Sie sind der Ansicht, dass damit eine Intensivierung der Forstwirtschaft befeuert wird. Naturnähe und Biodiversität würden lediglich eine nachrangige Rolle spielen und die Erfüllung der Schutz- und Sozialfunktionen der Wälder eingeschränkt werden. Deshalb plädieren sie dafür, vorhandene, stabile Waldökosysteme unberührt zu lassen: Deren Leistungen im Ökosystem, etwa als Wolkenbildner, Sauerstoffproduzent, Humusbildner oder zur Kühlung, seien von unschätzbarem Wert.

Als problematisch erachten die Autoren darüber hinaus Fehlinterpretationen wissenschaftlicher Erkenntnisse: Oft werde die Wissenschaft in ihrer Komplexität nicht erfasst. Das führe zu falschen Einschätzungen, die auch politische Entscheidungen beeinflussten. So sei die Annahme verbreitet, dass ein bewirtschafteter Wald mehr Biodiversität aufweise als ein naturnaher Wald – dies treffe aber nicht immer zu. Auch die Holzverbrennung als CO₂-neutral zu bezeichnen, halten die Autoren für fragwürdig, da bei der Waldbewirtschaftung viel fossile Energie verbraucht werde.

Als praktischen Ansatz stellt die Publikation die „Waldallianz“ vor: Sie beschäftigt sich damit, alternative Lösungen zu naturfernen Wirtschaftskonzepten umzusetzen, und legt zu Bildungszwecken Modellwälder an.

„Der Holzweg“ ist für diejenigen lesenswert, die sich für den Diskurs zum zukunftsfähigen Wald interessieren. Die Autoren geben aber auch praktische Anwendungshinweise für Waldbewirtschaftende, etwa wie ein nachhaltiger Dauerwald angelegt werden kann und warum man aus ihrer Sicht zukünftig bei der Baumartenwahl auf heimische Gehölze setzen sollte. [cbe]



Potenziale kleiner Städte und großer Dörfer freilegen

Haben kleine Städte und große Dörfer so wenig zu bieten, dass sie als Heimat nur zweite Wahl sind? Fehlt ihnen eine eigene Anziehungskraft für das Leben in modernen Gesellschaften? Diese Fragen stellen die Autoren gleich zu Beginn der Publikation. Sie kommen zu dem Schluss, dass das Leben gegenwärtig entweder geringgeschätzt oder beschönigt wird. Es fehle an wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Zukunftsperspektiven sowohl kleiner Städte als auch großer Dörfer. Im Forschungsprojekt, das der Publikation zugrunde liegt, haben die Autoren die Lebenswelten in vier Gemeinden mit 2 000 bis 8 000 Einwohnern analysiert und mögliche Entwicklungsoptionen erarbeitet.

Im Rahmen des Projekts recherchierten die Autoren sogenannte „Geschichten des Gelingens“ und trugen sie zusammen: Sie erzählen von Orten der Begegnung, von vielseitigen Lebensmodellen, von Multiwirtschaftenden, die gleichzeitig mehrere Unternehmen führen oder mehrfach beschäftigt sind, und von vielfältigen Landschaften. Auf dieser Grundlage haben die Forschenden Empfehlungen für Bewohner und Aktive in kleinen Städten und großen Dörfern formuliert.

Sie regen an, große Hofanlagen, die heute nicht mehr genutzt werden, als Platz zur Entfaltung zu verstehen. Auch kleinere leerstehende Immobilien in den Ortszentren könnten Potenzial bieten: Gemeinden sollten sie beispielhaft umbauen, um zu zeigen, was in und mit diesen Gebäuden möglich ist. Beim Probewohnen auf Zeit testen potenzielle Neubürger das Leben in einer Gemeinde – und bleiben bei Gefallen langfristig.

Diese Ansätze sind auf viele Gemeinden übertragbar. Sie könnten dabei helfen, den Blick für die Themen, Räume und die Aktiven in der eigenen Gemeinde zu schärfen und Ideen für die Zukunft zu entwickeln. [mok]

Neues aus kleinen Städten und großen Dörfern,
Wüstenrot-Stiftung (Hrsg.), 2020, 152 Seiten,
ISBN 978-3-96075-003-1

Hans D. Knapp, Siegfried Klaus, Lutz Fähser: Der Holzweg – Wald im Widerstand der Interessen. Oekom, 2021, 470 Seiten, ISBN 978-3-96238-266-7

angekündigt

Digitale Kompetenzen in Frauenvereinen

Bis zum 22. Juni können sich regional agierende Fraueninitiativen und -vereine um Fördermittel aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung bewerben: Im Rahmen der Maßnahme „Digital.Vernetzt – Frauen im Ehrenamt stärken“ werden Schulungen mit bis zu 40 000 Euro gefördert. Die Mittel können zur Organisation und Durchführung von Bildungsmaßnahmen zur digitalen Vereinsarbeit, innerhalb der Organisation oder deren Untergliederungen eingesetzt werden. Die Förderung soll das ehrenamtliche Engagement auf dem Land angesichts der durch die Corona-Pandemie entstandenen Krisensituation unterstützen. [arh]

www.ble.de/digital-vernetzt

Neues Programm für ländliche Museen

Seit April fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft landwirtschaftliche Museen mit jeweils bis zu 50 000 Euro: beispielsweise für Investitionen in die Modernisierung oder Barrierefreiheit von Ausstellungsräumen oder für die Kulturvermittlung. Bewerben können sich Museen in Regionen mit bis zu 30 000 Einwohnern, die sich schwerpunktmäßig den Themen Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Ernährung, Gartenbau, Weinbau und Fischerei widmen. Die Förderung erfolgt im Rahmen des „Soforthilfeprogramms Heimatmuseen und landwirtschaftliche Museen 2021“. Anträge können beim Verband für Archäologie gestellt werden. [arh]

www.dva-soforthilfeprogramm.de

Überland – Festival der Akteure 2021

Vom 10. bis 12. September lädt das zweite „Fest für alle Menschen, die das Landleben neugestalten“ nach Görlitz ein: Eingebettet in ein buntes Rahmenprogramm finden in einem Open Space Workshops zu den Themen „Praktiken des Solidarischen“, „Das neue Wir“, „Diversität im Ländlichen“ sowie zur Region Lausitz statt. Veranstalter sind der Verein Neulandgewinner, in dem sich Projektträger aus dem gleichnamigen Förderprogramm der Robert Bosch Stiftung vernetzen, sowie das Thünen Institut für Regionalentwicklung. Bis zum 15. Juni suchen sie noch Aktive, die das Festival mittragen – mit Workshops, Food-Trucks oder Musik- und Kulturprogrammepunkten. [arh]

www.landlebtdoch.de/ueberland-festival



LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplar/e.

☐ Ich möchte über Veranstaltungen der DVS informiert werden (Bitte E-Mail-Adresse angeben).

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

☐ Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name _____

Institution _____

Ggf. LAG-Name (LEADER) _____

Postanschrift _____

Telefon _____ E-Mail _____

Funktion des Abonnenten _____ Arbeitsfeld der Institution _____

Unterschrift _____

Unseren Newsletter landaktuell können Sie über www.landaktuell.de bestellen.

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen oder den QR-Code oben links dafür nutzen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Tradition neu belebt



Termine

9. Juni und
weitere
Termine ab
15. September

Zukunftsmodell Dorfladen
Online-Veranstaltungsreihe

www.asg-goe.de/Anmeldung_Dorflaeden.shtml
Agrarsoziale Gesellschaft (ASG)

11. September **Gleichberechtigte Teilhabe
junger Menschen ✳**
Workshop beim Überland Festival
in Görlitz
siehe Seite 9

www.netzwerk-laendlicheraum.de/jugend
DVS

13. bis 15.
Oktober **Neue Wege digital und analog!
Den Wandel im ländlichen Raum
aktiv gestalten**
Internationale Infrastrukturtagung und
Bundestagung der DLKG in Wiesbaden

www.dlkg.org/bundestagung2021.html
Deutsche Landeskulturgesellschaft (DLKG),
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft,
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr
und Wohnen, Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft
Nachhaltige Landentwicklung (ArgeLandentwicklung),
Bundesverband der Teilnehmergeinschaften

21. Oktober **Baukultur und Innenentwicklung für
lebenswerte Ortskerne: Der Ländliche
Raum im Dialog von Wissenschaft
und Praxis**
Online-Veranstaltung

www.alr-bw.de > Veranstaltungen
Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg,
Gemeindetag Baden-Württemberg, Ministerium
für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg

Die DVS-Termine finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen

Unser Fokus-Cartoon
von Mele

ZUGEREIFTE?! DIE NEHMEN UNS DOCH
NOCH DEN LETZTEN REST WASSER WEG!



SCHUMMER ALS DÖRRE UND KÄFER: AUFROSTUNGSGEGER